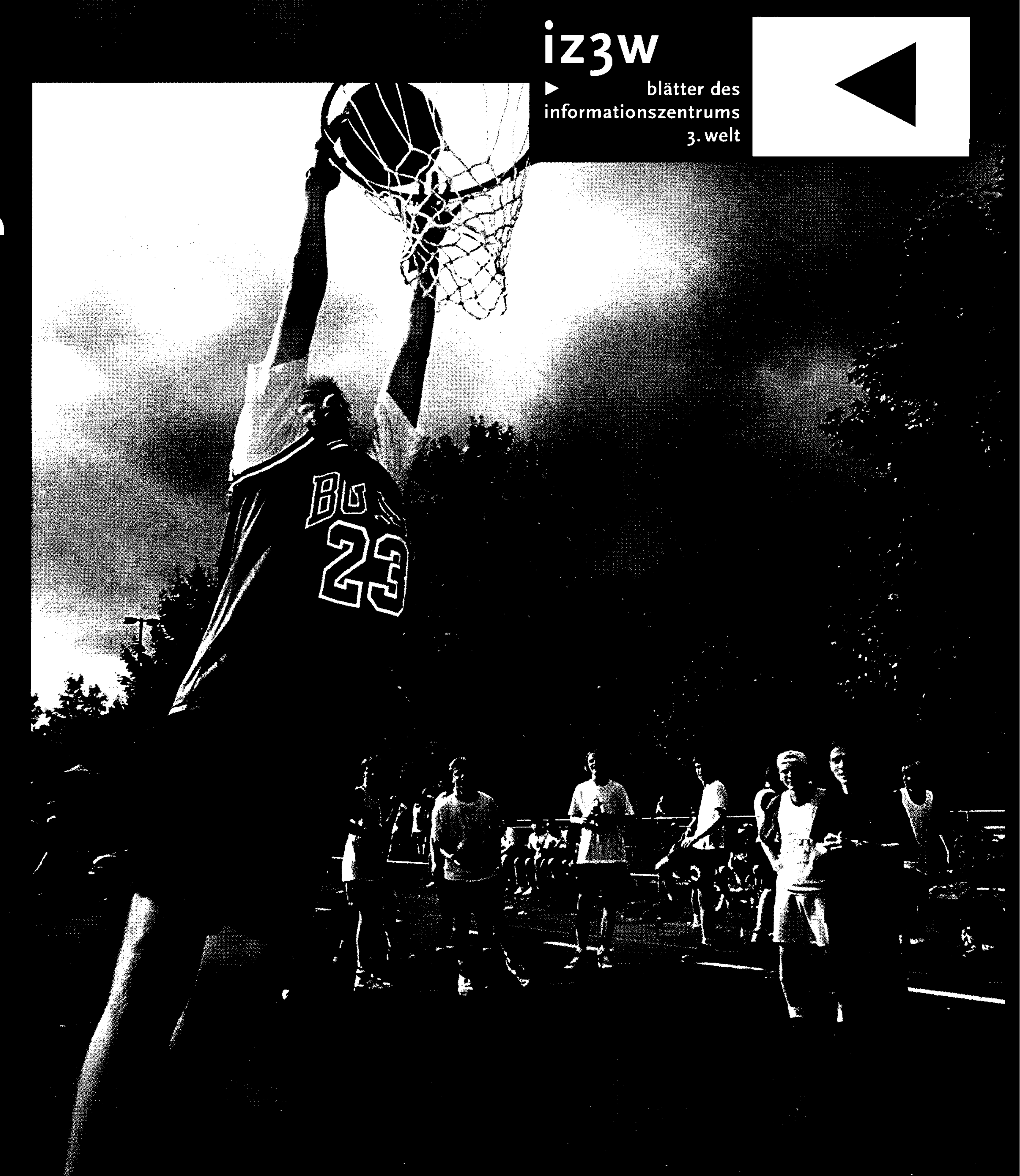
Schwerpunkt: Globalisierung II – Spiel ohne Grenzen ▶ Außerdem: ▶ Rwandas Völkermord ▶ Afrikas Demokratien ▶ Frankreichs Weltpolitik ▶ Kriegsdienstverweigerung und Desertion ▶ Tango Argentino ▶ Filme aus Kuba...

iz3w

▶ blätter des informationszentrums 3. welt



▶ blätter des informationszentrums 3. welt



Titelbild: H. Sachs/version

In dieser Ausgabe

Politik



Schwerpunkt:

Globalisierung II – Spiel ohne Grenzen

Kultur



Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Warten auf Claudia

»Einer wartet immer«, antwortet Charles Bronson am Ende von 'Spiel mir das Lied vom Tod', als ihn Claudia Cardinale (»Sweetwater wartet auf Dich!«) auffordert, sich doch mit ihr in jenem kleinen Städtchen niederzulassen. Dann besteigt er sein Pferd und reitet in die Prärie, läßt Caudia, Sweetwater und hunderte in Sonne und Staub schwitzender Arbeiter, die auf seinen Spuren Eisenbahngleise Richtung Westen verlegen, hinter sich.

Das Muster des ruhe- und rastlosen Helden, unterwegs in der unerschlossenen Weite des Raums, der die Zivilisation zu fliehen sucht, die doch an seinen Sporen hängt, prägt nicht nur die Westernfilme. Es charakterisiert auch, was man die Dialektik des europäischen Mönchtums nennen könnte: Die Diener Gottes siedelten in der Wildnis, um in der Einsamkeit fernab der Zivilisation ihr frommes Werk zu tun, und waren dort doch die Keimzelle dessen, dem sie eigentlich entsagen wollten.

Ob nun die Helden des wilden Westens dort dasselbe suchten wie die frühmittelalterlichen Mönche in dunklen Eichendschungeln (oder neuzeitliche Rucksacktouristen an fernen Stränden), sei einmal dahingestellt. Gemeinsam ist ihnen jedenfalls, daß sie selbst das Gegenstück dessen im Gepäck hatten, wonach sie so dürsteten. Die Folge aus diesem vertrackten Tun ist die zeitliche und räumliche Unendlichkeit der Suche.

So (oder so ähnlich) verhält es sich auch mit der freien Marktwirtschaft. Vom Profitzwang erfüllt treibt es das Kapital von hier nach dort, kaum hat es sich irgendwo zur Ruhe gelassen, muß es schon wieder fort – und wie bei Charles Bronson pflastern Leichen seinen Weg. So beschleunigt sich die Zeit, und der Raum wird auf der Suche nach immer neuen Sweetwaters immer weiter und gleichzeitig enger. Das haben wir uns mittlerweile angewöhnt, »Globalisierung« zu nennen. Und obwohl vergleichbares schon im Mittelalter und im Wilden Westen vor sich ging, die Unendlichkeit der Glücksuche also offenbar eine anthropologische Konstante ist, war 1996 in dieser Hinsicht ein besonderes Jahr. »Globalisierung« war das Modewort. Keine Elefanten- oder Stammtischrunde, in der nicht das Spiel mit den Grenzen, der Standortpoker oder gleichwelches Thema in die Fänge der Globalisierungsrede geriet.

Auch wir setzten uns auf die Spur des Pudels und präsentieren nun schon den zweiten Themenschwerpunkt in diesem Jahr, der die Suche nach dem Kern des Globalen weiterbringen soll. Das ist nicht immer einfach. Die Suche nach dem Neuen bringt neben Altem eine Menge Unbekanntes, Ungewohntes, (noch) Nichtalltägliches mit sich, das auf dem Weg zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit oft erst noch zu erschließen und zu übersetzen ist. Das ist manchmal harte Arbeit (für alle!). Weil wir um unsere eigenen Mühen und die knappe Zeit unserer LeserInnen wissen, versprechen wir fürs' neue Jahr, daß wir uns noch mehr um diese Übersetzung sorgen werden. Gleichzeitig sei aber daran erinnert, daß auch für unsere eingangs erwähnten Helden erst *nach* der Durchquerung der Prärie oder der Rodung des Eichenwaldes Zeit blieb für eine kurze Rast bei einem Glas Whisky oder einen Becher Wein.

Erholung und Abwechslung in schwierigen Zeiten bieten neben dem Trinken aber auch andere populäre Freizeitaktivitäten. Und so haben wir in diesem Jahr den Kulturschaffenden und Spitzensportlern mehr Raum gegeben; und werden das auch weiter tun, denn die Resonanz ist ausgesprochen positiv. Außerdem spiegeln Filme und Bücher, Musik, Theater und das Geschehen um den Sport häufig früh und sehr konkret gesellschaftliche Entwicklungen wider – auch wenn wir selbst weder Filme zeigen noch Spiele spielen, sondern doch nur darüber schreiben können.

Ansonsten war auch das **iz3w** in diesem Jahr auf der Suche nach Standorten, an denen die Luft klar und das Wasser süß ist. Damit sind wir nicht allein. In den postmodernen Zeiten ist diese Suche aber ein schwieriges, zwiespältiges und in jedem Fall endloses Unterfangen. So werden wir also auch im nächsten Jahr weiterfahnden nach einem Stein der Weisen, wissend, daß wir nie versprechen können, ihn zu finden, und doch hoffend, ab und zu, irgendwann, irgendwo Augenblicke zum Verweilen zu erhaschen.

Vielleicht ist das ein bißchen wie bei Charles, der immer und immer reiten muß und dabei doch immer und immer auf Claudia wartet. Aber so ist das Leben...

Eine kurze Rast zwischen den Jahren wünscht jedenfalls:

die redaktion

Benin: Die Rückkehr des Chamäleons

Bekommen Afrikas gestürzte Diktatoren eine zweite Chance?

von **Christof Hartmann**

Nach der Demokratisierung vieler Staaten Schwarzafrikas Anfang der 90er Jahre erwarteten viele Beobachter von den Wahlen in diesem Jahr eine neue Demokratisierungswelle. Die Bilanz am Jahresende signalisiert aber eher eine Rückkehr zu autoritären Strukturen. Benin, einst Musterbeispiel der Demokratisierung, könnte nun erneut zum Vorbild werden: für die Rückkehr der Diktatoren.

► Bei einem Blick auf die Ergebnisse der diesjährigen Wahlen in afrikanischen Staaten drängt sich der Eindruck auf, daß sich der nach den Demokratisierungen zu Beginn der 90er Jahre jetzt erhoffte 'zweite Wind des Wandels' als ein laues Lüftchen entpuppt: Kantersiege von Mugabe und Museveni in Simbabwe und Uganda, die Bestätigung der Militärs in Äquatorial-Guinea, Gambia, Tschad und Mauretanien, Putsche und Amtsenthebungsverfahren gegen demokratisch gewählte Präsidenten in Niger, der Zentralafrik. Republik und Madagaskar. Gelangen zwischen Februar 1991 und Mai 1994 Machtwechsel durch demokratische Wahlen in vierzehn Staaten Schwarzafrikas (Kap Verde, Benin, São Tomé, Sambia, Mali, Kongo, Madagaskar, Niger, Zentralafrikanische Republik, Burundi, Lesotho, Südafrika und Malawi), so läßt sich seitdem dieser Liste nur noch der etwas zweifelhafte Fall der Komoren hinzuzählen, wo nach dem Militärputsch vom Oktober 1995 zu Beginn dieses Jahres ein neuer Präsident gewählt wurde. Zudem führten bereits vor 1994 Wahlen in zahlreichen Staaten zur Bestätigung vormaliger Diktatoren. [1]

Interessant erscheint vor dem Hintergrund dieser »Wahlbilanz 1995« ein Blick auf die Entwicklung in Staaten, in denen Anfang der 90er Jahre oppositionelle Präsidenten an die Macht kamen und von denen sich viele jetzt nach Ablauf ihrer ersten Amtszeit den Wählern stellen müssen. Drei der neuen Präsidenten haben nicht einmal das Ende ihrer Amtszeit erlebt: Burundis Präsident Melchior Ndadaye wurde im Oktober 1993 bereits nach wenigen Monaten durch einen Militärputsch entmachtet und getötet. Mahamane Ousmane, Präsident des Niger, wurde im Januar dieses Jahres durch seine Armee gestürzt, und in Madagaskar wurde Präsident Albert Zafy kürzlich vom Obersten Gerichtshof des Landes abgesetzt, nachdem das Parlament ein Verfahren der Amtsenthebung gegen ihn eingeleitet hatte. Auch in den meisten anderen Staaten war der Jubel über den Sieg der aus der Opposition hervorgegangenen Präsidenten einer allgemeinen Enttäuschung über anhaltende Tendenzen zur autoritären Amtsführung und Vernachlässigung der sozio-ökonomischen Probleme der Bevölkerung gewichen.

Afrikas geläuterte Diktatoren

► Dramatischstes Zeichen dieser Enttäuschung ist die Rückkehr der in der ersten Runde der Demokratisierung gestürzten Diktatoren, die nun in mehreren Staaten ihr Comeback versuchen. Der Sieg der ehemaligen Einheitsparteien bei den Parlamentswahlen in São Tomé (Oktober 1994) und Niger (Februar 1995), vor allem aber der Erfolg Mathieu Kérékous bei den Präsidentschaftswahlen Benins im März 1996, scheinen das Signal für die im Ruhestand oder Exil befindlichen Manuel Pinto da Costa (São Tomé), Didier Ratsiraka (Madagaskar) und Denis Sassou N'guesso (Kongo) gewesen zu sein, selbst an eine zweite Chance zu glauben. [2]

Pinto da Costa, der São Tomé und Príncipe seit der Unabhängigkeit regiert und sich 1991 zugunsten von Miguel Trovoada freiwillig zurückgezogen hatte, wurde mit Unterstützung der ehemaligen Einheitspartei bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 1996 von Trovoada nur knapp geschlagen. Didier Ratsiraka kündigte unmittelbar nach dem Beschluß des Obersten Gerichtshofes von Madagaskar aus seinem Pariser Exil an, erneut zu kandidieren und den amtierenden Präsidenten Zafy wegen Verstöße gegen die Verfassung seines Amtes zu entheben. Die Bevölkerung Madagaskars empfing ihn mit Jubel. Sassou N'guesso, der vor der Nationalkonferenz Kongos sein Bedauern über die Jahre seiner Präsidentschaft ausgedrückt hatte, gilt als aussichtsreicher Gegenkandidat Präsident Lissoubas für die anstehende Präsidentschaftswahl im Juni 1997. Zudem war in Sambia Kenneth Kaunda angetreten, seinen 1991 geräumten Amtssessel gegen seinen Nachfolger Frederick Chiluba zurückzuerobern.

Ein Sieg des demütigen Christen gegen den herzlosen Weltbank-Technokraten

Die schon vor Jahren aufgeworfene Frage 'Werden Diktatoren zu Demokraten?' (iz3w Nr. 176) muß also erneut gestellt werden. Sich vor vier oder fünf Jahren in die Wahlniederlage gefügt zu haben, macht aus Politikern, die über Jahrzehnte hinweg mit Unnachgiebigkeit und Repression geherrscht haben, noch keine Demokraten. Die Entwicklung in Benin als bislang einzigem Land, in dem die Rückkehr eines »geläuterten« Diktators tatsächlich gelang, soll im folgenden etwas genauer betrachtet werden. [3]

Bereits mit der Erfindung der 'Nationalkonferenz' als Modus der Demokratisierung hatte Benin eine Vorbildfunktion für die Staaten der Region erlangt. Diese Versammlung aller wichtigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte hatte 1990 in einer Art zivilem Staatsstreich das autoritäre Regime des Präsidenten Mathieu Kérékou entmachtet. Auf der Grundlage einer neuen Verfassung wurde Übergangspremier Nicéphore Soglo im März 1991 zum Präsidenten gewählt. Benins erfolgreicher und friedlicher Weg des Systemwechsels löste in zahlreichen Staaten der Region Forderungen nach Abhaltung von Nationalkonferenzen aus, ohne daß allerdings dadurch ähnlich erfolgreiche Demokratisierungsprozesse eingeleitet werden konnten. Benin blieb im frankophonen Afrika das vielzitierte und nie erreichte demokratische Vorzeigebeispiel.

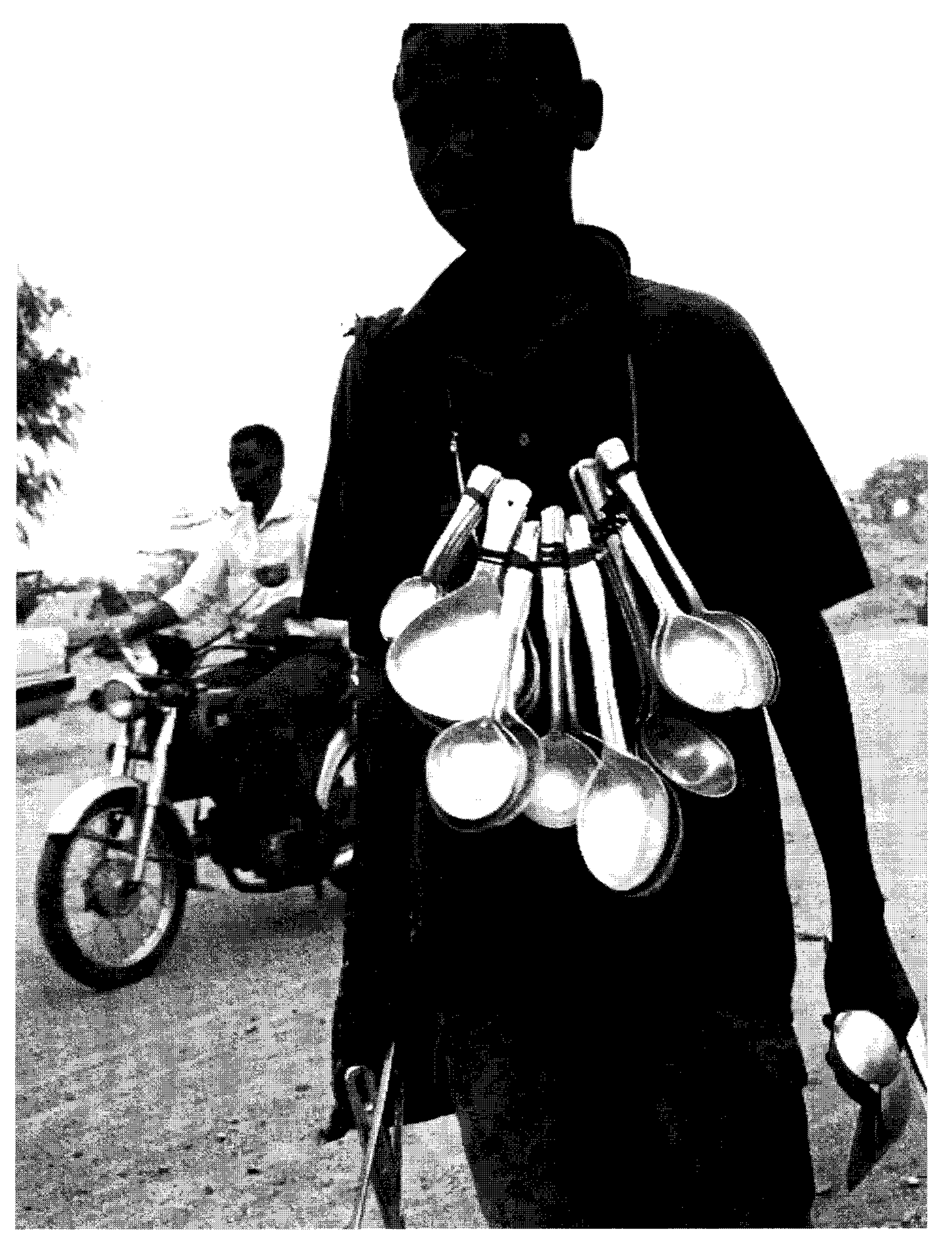
Um so mehr kam es einem Paukenschlag gleich, als die Bevölkerung Benins im Frühjahr 1996 bei den zweiten freien Präsidentschaftswahlen für die Rückkehr jenes Mathieu Kérékou sorgten, der von 1972 bis 1991 das Land regiert hatte und mit der Nationalkonferenz zum Abdanken gezwungen worden war. Im ersten Wahlgang lag Soglo noch knapp vor Kérékou, hatte die erforderliche absolute Mehrheit aber deutlich verfehlt. Kérékou profitierte in der Stichwahl von den Wahlempfehlungen der ausgeschiedenen Kandidaten und gewann knapp mit 52,5% der Stimmen vor Soglo. Erst als das Verfassungsgericht das Ergebnis bestätigte, machte Soglo den Weg für seinen Vorgänger und Nachfolger frei. Kérékous Regierung setzt sich aus all jenen Politikern zusammen, die ihn im Wahlkampf unterstützt haben. Mit Pierre Osho wurde lediglich ein Veteran aus der Zeit des Einparteienstaates ins Kabinett berufen.

Nicht nur die zahlreichen Beobachter im Ausland stellten sich verwundert die Frage, wie Soglo seinen politischen Kredit hatte verspielen können, und warum gerade Kérékou zur Alternative werden konnte. Nicephore Soglo

hatte schließlich zu jenen afrikanischen Präsidenten gehört, die mit großem Enthusiasmus der Bevölkerung, der politischen Klasse und der Gebergemeinschaft in ihr Amt gewählt worden waren. Sie schienen den Neuanfang Afrikas auch in einem neuen Typus von Politiker und einer neuen Art des Regierens zu verkörpern. Nach mehreren Jahren als leitendem Angestellten der Weltbank schien Soglo programmiert auf eine liberale Umgestaltung des Staates und immunisiert gegen die Einflüsse von politischem Klientelismus und Vetternwirtschaft. Er setzte auch konsequent auf Strukturanpassung und wurde mit großzügigen Krediten und Hilfsprogrammen belohnt. Seine politischen Gegner räumten etwa ein, daß sich in den fünf Jahren seiner Präsidentschaft die städtische Infrastruktur verglichen mit den Amtszeiten aller seiner Vorgänger erheblich verbessert hätte.

Die gute Zusammenarbeit mit den Bretton-Woods-Institutionen hatte jedoch ihren innenpolitischen Preis. Mehr und mehr sah Soglo sich in seiner Arbeit externen Kreditgebern verpflichtet und immer weniger seiner Bevölkerung, die ihm doch das Mandat erteilt hatte (nicht jedoch das Geld ...). Einmal in Amt und Würden, erwies sich Soglo weniger als ein geklonter reiner Technokrat des 'good governance', sondern als Politiker, der sein Image als westlicher Bürokrat mit Elementen traditioneller Legitimität zu kombinieren versuchte. Er wertete afrikanische Religionen durch Zuweisung eines gesetzlichen Feiertags auf und scheute auch nicht davor zurück, Teile seiner Familie im Regierungsapparat unterzubringen. Seine Frau avancierte als Parlamentsabgeordnete zur Vorsitzenden der Präsidentenpartei 'Renaissance du Bénin'. Je länger Soglo an der Regierung blieb, desto mehr schien der soziokulturelle Kontext, in dem er agierte, sozusagen seine liberale Hülle abzuschleifen.

Kritik an diesem (im Rahmen bleibenden) 'Nepotismus' des Staatschefs und seiner Vernachlässigung der 'sozialen Dimension' wurde in der politischen Klasse jedoch nur laut, weil Soglo Politiker aus der Regierung ausschloß, die nicht bereit waren, seiner Linie bedingungslos zu folgen. Darüberhinaus wurde moniert, Soglo verschleppe die Einrichtung jener in der Verfassung von 1990 vorgesehenen Organe, die als Gegengewichte zur präsidialen Macht gedacht waren (z.B. das Verfassungsgericht) und erschwere damit jede Form von Opposition. Die politische Klasse des Landes erinnerte ihn vergeblich daran, daß er seine Wahl nicht zuletzt einer ziemlich einhelligen Allianz eben dieser Gruppe zu verdanken hatte.


Wer löffelt die Suppe aus? Foto: Akinbode Akinbiyi

In dem ehemaligen Präsidenten fanden die von der Macht entfernten politischen Kräfte einen Gegenkandidaten, der nicht nur versicherte, in konsensualer Weise alle Parteien in die Geschicke des Landes einzubinden, sondern darüberhinaus auch den Vorteil hatte, in seiner persönlichen Lebensführung völlig unangreifbar zu sein. Nach seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen hatte sich Kérékou (Spitzname: Chamäleon) völlig aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen, war (nachdem er während der 70er Jahre zwischenzeitlich zum Islam übergetreten war) zum Christentum konvertiert und hatte sich offenkundig auch während seiner Amtszeit nicht bereichert. Nun spielte er im Wahlkampf die Rolle eines bescheidenen, wenn auch

etwas einfältigen Mannes, dem zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ein Bibelzitat einfällt. Die Presse wurde denn auch nicht müde, seinen Erfolg als Sieg des demütigen Christen gegenüber dem herzlosen Weltbank-Technokraten darzustellen.[4]

Der ethnische Joker

► Kérékou schien plötzlich nicht mehr die Verkörperung eines bankrotten 'marxistisch-beninistischen' Systems, das die von allen herbeigesehnten Reformen jahrelang verhindert hatte, sondern ein Verbündeter des Wandels, der das Gelingen der Nationalkonferenz ermöglicht hatte. Die wüsten Tiraden, mit denen Soglo dieser Geschichtsklitterung entgegentrat[5], verfehlten freilich ihre Wirkung, weil andere Akteure, die unter Kérékou gelitten hatten, nun auf ihn setzten. Dazu gehörte vor allem die katholische Kirche, die über Soglos Aufwertung des Voodoo-Kultes mehr als irritiert war. Wichtiger noch war, daß Kérékou nicht als Kopf einer ehemaligen Einheitspartei und mit der Unterstützung nostalgischer Offiziere und Apparatschiks in den Wahlkampf ging, sondern als Führer einer Koalition, in der sich zahlreiche ehemalige Gegner, die vor ihm ins Exil geflohen oder in seinen Gefängnissen gelandet waren, gemeinsam mit ehemaligen Weggefährten Kérékous wiederfanden.

Das Scheitern der Reformer bedeutet nicht unbedingt das Scheitern der Reformen

Daß Kérékou zum Kandidaten dieser Anti-Soglo-Koalition werden konnte, verdankt er jedoch primär seiner ethnischen Herkunft aus dem Norden des Landes. Seinen Unterstützern aus der (südlichen) Elite des Landes war klar, daß die beiden Nordprovinzen des Landes relativ geschlossen für Kérékou stimmen würden, wie sie es im übrigen auch bei der Wahl 1991 getan hatten. Im zweiten Wahlgang brachte der südliche Flügel der Koalition die entscheidenden Stimmen ein. Kérékou konnte die Wahl nur mit Hilfe von Politikern gewinnen, die 'für ihn' die Wahl in den Südprovinzen entschieden. Frappierend auch, daß Soglo bei den Präsidentschaftswahlen 1991 im ersten Wahlgang mit 36% annähernd den gleichen Prozentsatz erhalten hatte wie dieses Mal; damals hatte er von der Stimmenübertragung der ausgeschiedenen Konkurrenten profitiert. Ohne eigene Mehrheit im Parlament bleibt jetzt Kérékou wie zuvor Soglo auf die Berücksichtigung vieler ethnischer und persönlicher Ambitionen angewiesen.

Kein neuer Marxismus-Benininsmus

► In mancher Hinsicht erscheint das Scheitern Soglos weitaus exemplarischer als die Rückkehr Kérékous. Letzterer verdankt seine Wiederwahl einer Kombination politischer und ethnischer Faktoren, die in anderen Ländern nicht ohne weiteres wiederzufinden sein wird – auch wenn gleiche oder ähnliche Faktoren ausschlaggebend für die Erfolgschancen anderer Ex-Präsidenten sein werden. Kérékous Rückkehr bestätigt nur vordergründig jene Skeptiker, die mit Blick auf die Gleichzeitigkeit von politischer und ökonomischer Reform und auf die ungünstigen sozio-ökonomischen Voraussetzungen die Konsolidierungschancen der Demokratie in Afrika als gering eingestuft hatten. Durch Strukturanpassungsprogramme erzwungene Entlassungen im öffentlichen Dienst und Privatisierungen träfen genau jene städtischen Schichten besonders hart, die Anfang der neunziger Jahre zu den entscheidenden Trägern der Demokratiebewegung gehört hatten. Genau wie in Osteuropa führe die Enttäuschung über die ausbleibende Verbesserung der Lebensverhältnisse unter dem demokratischen Regime unweigerlich zu Resignation und nostalgischer Sehnsucht nach den autoritären oder sozialistischen Sicherheiten von einst.

Tatsächlich handelt es sich bei Kérékou, Pinto da Costa, Ratsiraka, Sassou N'guesso und Kaunda zwar genau um jene autoritären Herrscher, die jahrzehntelang wissenschaftliche oder afrikanische Versionen des Sozialismus gepredigt hatten. Kérékous Wahlsieg und die Wiederauferstehung seiner Kollegen ist aber kein Zeichen für eine neue Popularität sozialistischer Ideen in Afrika, und für die vielbemühte Abwendung der städtischen Mittelklassen von den Reformern läßt sich jedenfalls im Fall Benins in den Wahlergebnissen keinerlei Evidenz finden. Das Stimmverhalten korrespondiert hier weiterhin mit der ethnischen Verbundenheit zu politischen Führern und nicht mit der Zustimmung zur Privatisierungspolitik der Regierung.[6]

So ist es wohl eher Soglos Schicksal, das einiges über die Dynamik und Erfolgsaussichten der Demokratisierung in Afrika verrät: Die bleibende ethnische Prägung der Politik, die Abhängigkeit vom Ausland und die ideologische Beliebigkeit der politischen Klasse schaffen Rahmenbedingungen, in denen die Verwirklichung liberal-demokratischer Reformen in Politik und Wirtschaft nur als langfristiger Prozeß verstanden werden kann. Die am Ende von Soglos Präsidentschaft gebetsmühlenartig wiederholte Forderung nach der Rückkehr zum 'Geist der Nationalkonferenz' ist bei vielen in Wirklichkeit nichts anderes als eine Ablehnung von Opposition und Parteienwettbewerb. Die Nationalkonferenz, in der Beschlüsse nur per Konsens gefällt wurden, wird zum Synonym afrikanischer Entscheidungsfindung stilisiert, die dem konfliktgeladenen Funktionieren einer demokratischen Ordnung vorgezogen wird. Vieles deutet darauf hin, daß auch einzelne Geberländer diese Einschätzung teilen und an der Wiederauferstehung der Kérékous nicht ganz unbeteiligt sind.

Das Scheitern einiger demokratischer Reformer und die Ablösung durch ihre demokratisierten Vorgänger bedeutet keinen zwangsläufigen Rückschlag für die demokratischen Reformen.[7] Die Wahlen vom März 1996 in Benin und die – wenn auch mühsame – Anerkennung des Verfassungsgerichtsentscheids durch Soglos Regierung haben im Gegenteil die Zustimmung der Akteure zur Demokratie als Regierungssystem bestätigt. Gleiches gilt etwa in Madagaskar für Zafys Akzeptanz seiner Amtsenthebung und Trovoadas (São Tomé / Príncipe) Warten auf den endgültigen Entscheid des Obersten Gerichtshofes. In den meisten Staaten Afrikas braucht die Rückkehr der entmachteten Diktatoren nicht befürchtet zu werden, solange diese sich der Wahlurne bedienen. Wo Demokratie derart von Institutionen getragen wird, spielt die demokratische Gesinnung des 'Chamäleons' Mathieu Kérékou nicht mehr die alles entscheidende Rolle.

Anmerkungen:

1 Dies geschah vor allem dort, wo diese Staatschefs über genügend Reichtum und Einfluß verfügten, um die Opposition zu spalten oder ethnische Konflikte zu provozieren – oder dort, wo das Militär eingeleitete Demokratisierungsprozesse kontrollierte. Von dieser Bilanz ausnehmen lassen sich die 'Langzeit-Demokratien' Mauritius, Botswana und Senegal sowie Namibia. Zur Diskrepanz zwischen der Einführung demokratischer Institutionen und dem Grad tatsächlicher Partizipationsmöglichkeiten für große Teile der Bevölkerung s. den Themenschwerpunkt über die Demokratisierung im Süden (iz3w Nr. 205).

2 In diese Reihe ließe sich auch André Kolingba, der ehemalige Präsident der Zentralafrik. Republik einordnen, dem eine tragende Rolle im jüngsten Putschversuch zugeschrieben wird. Der ehemalige Staatschef Burundis, Pierre Buyoya, der auch bei neuen Wahlen keine Chance zum Sieg gehabt hätte, putschte sich Ende Juli 1996 mit Hilfe der Militärs wieder an die Macht zurück.

3 Die Wahl in Madagaskar, in der Ratsiraka nach dem ersten Wahlgang führte, war bei Redaktionsschluß noch nicht entschieden. In Sambia wurde Mitte November Präsident Chiluba wiedergewählt – unter derart undemokratischen Verhältnissen, daß Kaunda zum Wahlboykott aufgerufen hatte und u.a. die USA, Großbritannien und Norwegen ihre Entwicklungshilfe aussetzten.

4 Als »Ausgleich« rief Kérékou die beiden wahrscheinlich reichsten Männer Benins (Adjovi, Houngbedji) in sein Kabinett.

5 In Wirklichkeit hatte Kérékou erst unter dem vereinten Druck der Geber und der Straße der Abhaltung der Nationalkonferenz zugestimmt. Seine Einheitspartei war dabei sich aufzulösen, und auf die Armee konnte er nicht mehr zählen – auch weil er sie nicht mehr bezahlen konnte.

6 In der mit Abstand größten Stadt Cotonou stimmten im zweiten Wahlgang 63,5% für Soglo. Die Ergebnisse in den anderen Städten belegen die These des ethnisch begründeten Wahlverhaltens: So stimmten in Abomey, Ouidah und Grand-Popo über 80% für Soglo, während in Porto-Novo und Parakou ca. 80% und in Naitingou 95% Kérékou wählten.

7 Der Erfolg der demokratischen Regime in den ehemals sozialistischen Ländern Mali oder Kap Verde zeigt, daß entbehrungsreiche Reformen im wirtschaftlichen Bereich die Legitimität der gewählten Regierungen nicht zwangsläufig unterminieren.

► **Christof Hartmann** ist Politologe und promoviert derzeit am Institut für politische Wissenschaften in Heidelberg über 'Demokratisierungsprozesse in Afrika'.

Adé an die Freunde
Nicaragua nach den Wahlen

von **Annette Massmann**

Im November hat die FSLN in Nicaragua die Präsidentschaftswahl verloren. Nun sind Wahlbeteiligungen und Niederlagen ehemals revolutionärer Bewegungen schon lange nichts besonderes mehr. Bemerkenswert ist aber, wie sich die FSLN, einst Hoffnungsträger weit über Nicaragua hinaus, in diesem Wahlkampf präsentiert hat.

► Auch 1990 war die FSLN einer Allianz unterlegen – damals als die Option der Linken. Aus den diesjährigen Wahlen ist sie wiederum als stärkste Einzelpartei hervorgegangen, doch die FSLN von 1996 hat programmatisch mit der von 1990 nicht mehr viel gemein. Man mag sich erinnern: Noch Anfang 1994 forderte eine Strömung, die »demokratische Linke«, eine klare Abgrenzung der Partei gegen den neoliberalen Kurs der Präsidentin Chamorro. Sie forderte die Rückkehr zu den Prinzipien des Antiimperialismus, die Betonung der Basisbindung, die Förderung sozialer Bewegungen sowie die Fortsetzung des revolutionären Projektes. Sie betrachtete kollektives Eigentum als Grundlage für jede gesellschaftliche Veränderung und hielt eine Transformation der Gesellschaft »von unten« für möglich. Diese Strömung sprach sich auch gegen die faktische Einbindung in die Regierung Chamorro aus – rückwirkend wohlgemerkt, denn in den vorausgegangenen Jahren hatte die FSLN die Rolle des Mitregierenden bereits eingenommen.

Die Gegenposition innerhalb der FSLN stellte die innerparteiliche Demokratisierung in den Vordergrund und sprach sich gegen den autoritären, zentralistischen Führungsstil Daniel Ortegas aus. Doch zu einer konstruktiven Diskussion um diese Themen kam es nicht. Machtinteressen standen im Vordergrund. Es kam zu einer Spaltung, und obwohl sich der Parteiapparat und die »demokratische Linke« durchsetzten, fanden sich von den kurz zuvor noch beschworenen Grundsätzen der »demokratischen Linken« im Wahlprogramm 1996 nicht einmal mehr Ansätze. Das Wirtschaftsprogramm setzte auf das Leitbild der Modernisierung und Exportorientierung als Hebel für wirtschaftliche Entwicklung. Die Förderung von kleinen und mittleren ProduzentInnen fand nur noch am Rande Erwähnung – vor allem sollten offensichlich mittlere und große ProduzentInnen nicht verprellt werden. Der forcierte Aufbau von Teilfertigungsfabriken für den Weltmarkt, sog. Maquiladoras, in denen zu unmenschlichen Bedingungen produziert wird, fand ebenso Eingang in das Wahlprogramm wie der angestrebte Ausbau des interozeanischen Kanals quer durch Nicaragua inclusive der Einrichtung zweier Freihandelszonen.

Die Wahlformel von der Dreifachen Allianz (FSLN/mittlere und große ProduzentInnen/Ex-Contras) ließ ebensowenig an die alte FSLN erinnern. Hier brilliert das neue Image der »Partei für alle«. Das drückt sich auch aus in der stillschweigenden Ablösung der alten FSLN-Hymne, in der die USA noch als »Feind der Menschheit« besungen wurde, durch Beethovens »Ode an die Freude«. Wesentlicher Bestandteil der neuen Rhetorik des Präsidentschaftskandidaten Ortega waren zudem religiöse Töne. Die Abschlußkundgebung der FSLN in Managua leitete er mit einem Dank an Gott ein und schloß sie mit den Worten »Gott möge unser nicaraguanisches Volk beschützen«. Die FSLN konvertierte zur Wahlpartei. Einen Großteil ihrer moralischen Autorität hatte sie bereits vor dem Amtsantritt Chamorros eingebüßt, als ihre Kader im Rahmen der »Pinata«, der Übertragung von ehemals staatlichem Eigentum, kräftig zugelangt hatten. Längst sind arrivierte Kader auch zu erfolgreichen Unternehmern geworden.

»Gott möge unser nicaraguanisches Volk beschützen.«

So war die Stimmenabgabe für die FSLN für viele WählerInnen wohl eine Wahl des geringeren Übels gegen den radikalen Verfechter des Neoliberalismus, Arnoldo Alemán. Der Wahlsieger Alemán, ehemaliger Bürgermeister von Managua, hatte die Rolle des Oppositionellen spielen können. Er stand in den letzten Jahren nicht in der Regierungsverantwortung, entschied nicht über den neoliberalen Umbau der Gesellschaft mit, der einen Großteil der Bevölkerung weiter verarmen ließ. Seine Politik als Bürgermeister Managuas war autoritär, aber auch populistisch. Den EinwohnerInnen sind die unzähligen Straßeneinweihungen ebenso in Erinnerung wie die neue Uferpromenade am Xolotlán-See. Jobs in der Stadtverwaltung wurden an den Eintritt in seine Partei, die PLC (Partido Liberal Constitucionalista) gebunden. Seine Politik stand unter dem Motto: »Managua ändert sich, der Bürgermeister hält seine Versprechen.«

Alemán festigte so sein Image als Macher. Hinter ihm steht der katholische Klerus, der einflußreiche Kardinal Obando y Bravo, der Unternehmerverband COSEP, US-amerikanische Regierungskreise und Exil-NicaraguanerInnen und -KubanerInnen. Das Programm der Allianza Liberal läßt ein radikal neoliberales Modernisierungskonzept erkennen, das vor allem die Förderung exportorientierter Großproduktion sowie den Ausbau der »Freien Produktionszonen« vorsieht. Verbunden ist dies mit einem Demokratiemodell, das sich gegen partizipative Ansätze in staatlichen und kommunalen Strukturen richtet. Gewerkschaftliche Organisierung soll zurückgedrängt, Gesundheitsversorgung und das Bildungssystem weiter privatisiert werden. Unterfüttert ist das Programm mit konservativsten Moralvorstellungen. Alemán spricht sich gegen Emanzipation und gegen die Organisierung von Frauen aus, gegen Familienplanung und Abtreibung.

Er wußte in diesem Wahlkampf zu vermitteln, daß er Investoren auf seiner Seite hat und daß er Caudillo genug ist, sich gegen Widersacher durchzusetzen. Einen allein konfrontativen Kurs wird sich Alemán jedoch nicht leisten können. Ihm fehlt die Mehrheit in den staatlichen Institutionen wie dem Parlament oder dem Obersten Gerichtshof. Dementsprechend kündigte er an, daß er mit allen Parteien zusammenarbeiten wolle. In der FSLN werden sich dann die Gegensätze zwischen Parteifunktionären, die ihren politischen und ökonomischen status quo auch unter einer Alemán-Regierung halten wollen und den Interessen einer Basis aus verarmten kleinen ProduzentInnen, marginalisierten städtischen Schichten sowie AkteurInnen sozialer Bewegungen weiter zuspitzen. Eine erneute Spaltung droht und könnte den einstigen Hoffnungsträger langfristig in die Bedeutungslosigkeit führen.

► **Annette Massmann** ist Mitarbeiterin im Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal.



Bildvorlage: Andreas Wenzel

Identität und Wahnsinn

Zur Genealogie des Völkermordes in Rwanda

von **Jörg Marx**

In Zentralafrika entlang der Grenzen von Zaire, Burundi und Rwanda herrscht Krieg. Eine halbe Million Menschen irren durch die unwegsamen Bergwälder. Das seit zwei Jahren nicht endende Morden von Hutu und Tutsi droht die Anrainerstaaten zu erfassen. Der folgende Beitrag versucht, den bereits geschehenen Völkermord in Rwanda und die ethnische Gewalt in Zentralafrika mit der Machttheorie Michel Foucaults (siehe Kasten) zu beleuchten. Nach einer kurzen theoretischen Bestimmung des Völkermordes als Kulturkampf verfolgt der Autor die Voraussetzungen und den Verlauf des Genozids.

▶ Bereits im Jahre 1994 wurde in Afrika ein Teil der Menschheit vernichtet. Hundert Tage lang wurden vor aller Augen und mit dem Wissen aller im kleinen Rwanda mit seinen rund acht Millionen Einwohnern bis zu einer Million Männer, Frauen und Kinder hingeschlachtet und weitere viereinhalb Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Der Völkermord von Rwanda und die ihm folgende Massenabwanderung – mehr Vertreibung denn Flucht – war der Auftakt zu den jetzigen Ereignissen. Will man ihre gewaltsame Dynamik begreifen, muß man eine Antwort auf die Frage suchen, wie in Rwanda eine Situation des Nächstenkampfes entstehen konnte, in der Nachbarn zu Feinden und Brüder zu Bestien wurden.

Zur Zeit werden Konflikte in der Welt, insbesondere in Afrika, im Westen bevorzugt mit der Zauberformel vom 'ethnischen Konflikt' erklärt. Eine entweder von der Natur her biologische oder aber auf ein Ziel hin gerichtete ideologische Ethnizität soll die Ursache für die Konflikte im ostafrikanischen Zwischenseengebiet sein. Das krude Schema von kleinen, dunkelhäutigen Ackerbauern (Hutu), die gegen große, hellhäutige Viehzüchter (Tutsi) kämpfen, wird, angereichert mit eurozentristischen und rassistischen Klischeevorstellungen, über den mainstream der Berichterstattung in extenso verbreitet und verkehrt die Greueltaten in eine Naturkatastrophe. Oder aber Experten stilisieren in verkappten Parteinahmen die Bevölkerung zur manipulierten und willenlosen Masse, zum Opfer einer menschenverachtenden Ideologie. Beide Erklärungsmuster – das eine glaubt biologistisch an Ethnie als natürliche Gegebenheit, das andere möchte sie als den eigentlichen Zweck vertuschende Ideologie entlarven – treffen nicht den Kern des Problems.

Völkermord als Kulturkampf

▶ Verteilungskämpfe und Herrschaftskämpfe erklären zwar die ökonomische und politische Krise Rwandas an der Wende in die 90er Jahre, aber sie stehen synonym für Massenmord und Massenvertreibung. Die Analyse muß auf einer komplexeren und fundamentaleren Ebene ansetzen. Dabei geht es um die durch Macht und Wissen konstituierte Ordnung der Wörter und der Dinge samt ihrer Untersagungen, Verwerfungen, Verhinderungen und Verbergungen, die Michel Foucault als 'Wahrheitsregime' charakterisiert hat. Die ethnischen Zuweisungen 'Hutu' und 'Tutsi' müssen als Objektivierungen eines solchen Regimes begriffen werden, die mit einer bestimmten politischen Praktik korrelieren. Der Begriff der Ethnizität muß in den der Ethnisierung aufgelöst und die Frage nach der natürlichen oder der ideologischen Realität der Ethnien umgekehrt werden in die Frage, in welcher politischen Praktik die Menschen in einer Weise objektiviert werden, daß

sie sich selbst und einander als Hutu und Tutsi wahrnehmen und deswegen gar gegenseitig quälen und töten. Es geht also nicht um ethnische Unterschiede an sich, sondern um die Herkunft und Entstehung der Diskurse über diese Unterschiede und deren zunehmende Relevanz für die Bestimmung von personaler und kultureller Identität und Differenz.

Versteht man Kultur als historisch vermittelten Komplex von Bedeutungen und Vorstellungen, als zirkulierende diskursivierte soziale Energie, dann handelt es sich bei dem Konflikt in Zentralafrika um einen 'Kulturkampf'. Nicht von ungefähr knüpft die Definition des Völkermordes in Artikel 2 der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes an eine Ungeheuerlichkeit des Denkens an (entscheidend ist die Absicht, nicht das Ausmaß der ihr folgenden Taten), wie sie sich in diesem Jahrhundert bereits drei Mal ihren Weg bahnen konnte: im Völkermord an den Armeniern, an den europäischen Juden und eben an der Tutsi-Minderheit in Rwanda. Der Verweis auf die Kultur als einer »geschichteten Hierarchie bedeutungsvoller Strukturen« (Clifford Geertz) mit ihren materiellen Wirkungen, die die Dinge für die Menschen in Form eines öffentlichen Kontextes sichtbar und sagbar macht und damit ihre Wirklichkeit erst erzeugt und abstützt, macht somit zweierlei deutlich: Zum einen kann es eine transhistorische Realität natürlicher Ethnizität nicht geben, da diese immer nur in der Relation existiert, zum anderen ist es keine ethnische Ideologie, weil Ethnien in der Relation nun einmal existieren.

Die Hamitenthese

▶ Die herkömmlichen Erklärungsschablonen für die Konflikte in Rwanda wiederholen jene Diskursfragmente, mit denen bereits vor dem Völkermord eine erkenntnistheoretische Schlachtlinie errichtet worden war. Damit transportieren sie unbewußt ein Problem weiter, das zu lösen sie vorgeben. Vor Ort nämlich stehen sich zwei unversöhnliche Positionen gegenüber. Bis zum April 1994 wurde in der offiziellen Geschichtsschreibung Rwandas die Unterwanderungsthese vertreten, nach der die Tutsi seit dem 16. Jahrhundert die Hutu-Gesellschaft politisch zersetzt hätten. Insbesondere extremistische Hutu argumentieren darum, daß Hutu und Tutsi verschiedene, konkurrierende 'Rassen' seien. Demgegenüber beschwört die rwandische Tutsi-Elite damals wie heute die Einheit aller Rwander und leugnet die Bedeutung der von den Kolonialisten erfundenen und dann vom Hutu-Regime instrumentalisierten Ethnien. Vielmehr seien Hutu, Tutsi und Twa die 'drei Zweige des nationalen Baumes'.

Dreh- und Angelpunkt dieser zwei radikal verschiedenen Sichtweisen bildet die 'Hamitenthese', eine zu Anfang des 19. Jahrhunderts säkularisierte Rekonstruktion eines in der Genesis, im Midrasch und im Talmud verwurzelten Mythos. Seit dem Jahr 1600 war in Europa allgemein anerkannt, daß alle Afrikaner Nachkommen von Cham (Ham), einem Sohn Noahs, seien. Dieser habe seinen Vater nackt gesehen, sei verflucht und seine Nachkommen nach Afrika verbannt worden, wo sie als Sklaven den Nachkommen der Brüder Chams dienen sollten. Im 18. Jahrhundert hingegen wurden die 'Hamiten' als eine niedere Form der 'kaukasischen Rasse' von den 'Negroiden' unterschieden und abgehoben. Als John Hanning Speke dann das zentralafrikanische Buganda entdeckte, entwickelte er die Migrationshypothese. Demnach sollten die von ihm dort vorgefundenen zivilisatorischen Elemente durch eine Gruppe, die im 17. Jahrhundert vom heutigen Äthiopien als Viehzüchternomaden eingewandert sei, importiert worden und somit hamitischen Ursprungs sein. In Abhebung zu den kolonialisierten Negroiden als seßhafte Ackerbauern schrieb man der Viehzucht mit all ihren Attributen die Aura kultureller Überlegenheit und den Viehzucht betreibenden Hamiten eine kulturelle Identität zu.

Die hamitische These bildete den Hintergrund für die koloniale Perspektive auf Rwanda, für das mit dem Eintreffen der Expedition des Grafen Gustav Adolf von Götzen am 30. Mai 1894 die koloniale Epoche begann. Dem kolonialen Projekt lag ein bestimmter Wille zugrunde: der Wille, zu verstehen und zu klassifizieren, dann aber auch zu kontrollieren, zu manipulieren und sich das einzuverleiben, was deutlich anders ist. Dieser Wille zur Horizonterweiterung, der Europa im 19. Jahrhundert nach außen trieb, ohne dabei selbst als Hauptbeobachter aus dem privilegierten Zentrum zu weichen, galt der Selbst-Repräsentation und Befestigung eigener Identität durch die Formulierung von Differenzen. Die diesem Willen entspringenden Wahrheits- und Machtwirkungen offenbarten sich besonders deutlich im Wechselspiel von Erforschung und Eroberung, von Wissen und Macht, von Kultur und Imperialismus im Fall der Kolonialisierung Rwandas durch die Deutschen.

Kolonialisierung durch Wissen

▶ Deren Strategie einer Kolonialisierung durch Wissen diente einerseits dazu, das Ideale zu realisieren, nämlich das europäische Ordnungsmodell im empirischen Kontrast mit dem ihr ganz anderen zu bestätigen. Andererseits sollte das Reale idealisiert werden, indem machtpolitische Interessen durch den Import der eigenen überlegenen Ordnung legitimiert werden konnten. Die Durchsetzung erfolgte über die an sie anknüpfenden Prinzipien des 'divide et impera' und der 'indirekten Verwaltung'.

Dieser Logik gehorchte die ethnisierende Aufspaltung der rwandischen Gesellschaft durch die Ethnographen, die mit Rekurs auf die Hamitenthese die Wirklichkeit einer radikalen Entgegensetzung von Hutu und Tutsi wortwörtlich 'festschrieben'. Das, was in der oralen Gesellschaft Rwandas bis dahin in der Abhängigkeit verschiedener Situationen offen gehalten worden war, wurde nun fixiert und die zuvor multiplen, flexiblen und amorphen, teils überlappenden und teils komplementären

Mit Foucault nach Rwanda reisen

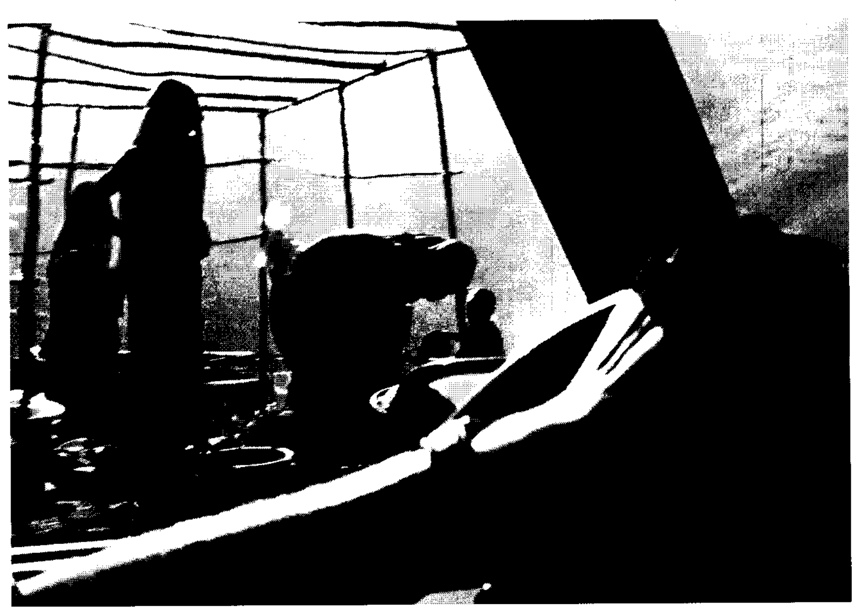
▶ Die in Foucaults Philosophie verhandelte Sache heißt »Macht«. Macht sei Entwicklungs- und Integrationsprinzip unserer Gesellschaft und ihr komme ein Totalitätsanspruch zu. Das bedeutet, daß Macht nicht nur praktisches Prinzip ist, sondern auch grundlegend für theoretische Systeme des Wissens. Daher identifiziert Foucault Macht und Wissen als fundamentale Willensprinzipien.

Er entwickelt eine Theorie der Machtpraktiken und eine Theorie der Diskurs- und Wissensformen.

Was ist ein Diskurs? Anschaulich läßt der Begriff des Diskurses sich zunächst als ein Fluß von Text und Rede bzw. Wissen durch die Zeit fassen. Diskursanalyse zu betreiben, heißt die Frage zu stellen, warum die am Diskurs Beteiligten das, und nichts anderes, an dieser Stelle sagen. Eine Antwort suchend macht sich der Diskursanalytiker sodann daran, positivistisch – das meint hier ereignishaft und auf alle Abstraktionen verzichtend – zu beschreiben, was in den Raum hinein gesagt wird.

Diskurse bilden demnach die Wirklichkeit nicht ab. Sie verschleiern sie auch nicht – wie sich Ideologiekritik bemüht zu zeigen. Sie sind nicht der Ausdruck von Materialitäten, sondern selbst Materialitäten sui generis, nach deren Maßgabe sich gesellschaftliche Wirklichkeit entfaltet. Nach Foucault sind Wirklichkeiten insofern diskursiv erzeugt, als die die Wirklichkeit konstituierenden Subjekte selbst diskursiv verstrickt und davon durch und durch historisch geprägt seien. Wissen, Fühlen, Selbstverständnis und die Vorstellung eigener Identität sähen sich durch die Diskurse determiniert.

Macht werde immer diskursiv transportiert und durchgesetzt. Insofern übten die Diskurse immer auch selbst Macht aus. Jeder einzelne, der sich im Einklang mit dem hegemonialen Diskurs äußere, unterwerfe sich dieser Macht, befestige den hegemonialen Diskurs, der je nachdem konfliktverschärfend oder deeskalierend wirken könne. Die Verknüpfung von Diskurs und Macht trägt nach Foucault dazu bei, daß sich machtvolle Diskurse als 'normal' oder auch als 'wahr' durchsetzen können. Es bilden sich Wahrheitsregime, die dann in ganzen Gesellschaften oder Gruppen die Regeln dafür vorgeben, was sagbar und was nicht sagbar sei, oder anders ausgedrückt: was als 'Wahrheit' zu gelten habe.



Blick im Vorbeifahren Bildvorlage: Andreas Wenzel

Identitäten der Rwander wurden auf die jeweilige 'Rasse' als einzigem Idiom der Gruppenzugehörigkeit verkürzt. Die öffentlich festgeschriebene Zugehörigkeit zu einer Ethnie war exklusiv und ergab sich quasi selbstverständlich im Zuge der Etablierung eines effizienten, auf indirekte Herrschaft gestützten Verwaltungssystems. Es bildete die Grundlage für ein Regime roher politscher Gewalt, das die mit einem Völkerbundsmandat beauftragten Belgier nach dem Ersten Weltkrieg installierten.

Zwar konnten die anthropometrischen Messungen die Rassenzuordnungen in große Tutsi mit gerader Nase und schmalen Lippen und kleine Hutu mit platter Nase und wulstigen Lippen nicht bestätigen, was aber die wirklichkeitskonstituierende Macht der europäischen Denkkategorien entsprungenen 'body map' nicht beeinträchtigte, auch wenn sie 'falsche' ethnische Identitäten produzierte. So war denn im Frühjahr 1994 der Umstand, 'eine zu lange Nase für einen Hutu zu haben', für manchen Hutu das Todesurteil.

Jedoch mußten die Belgier wegen der Unzulänglichkeit der körperlichen Kriterien während der Volkszählung in den Jahren 1933 und 1934 dann doch das Eigentum an Vieh zum Schlüsselkriterium für die ethnische Zuordnung erheben. Demnach war derjenige ein Tutsi, der mehr als zehn Rinder besaß – eine künstliche Spaltung, die quer durch die Familien verlief, wenn etwa als Folge des Erbrechts der älteste Sohn mehr Rinder besaß und als Tutsi eingestuft wurde, während seine Brüder zu Hutu gemacht wurden. Da in der rwandischen Gesellschaft zudem die Zahl der eigenen Rinder üblicherweise geheim gehalten wurde, teils aus Aberglaube, teils aus Steuergründen, konnten hinter den Kulissen solche Geschäfte abgewickelt werden, die es dann vielen Hutu ermöglichten, sich zu 'tutsiisieren'. Schätzte man 1910 den Anteil der Tutsi auf etwas mehr als zwei Prozent, so stieg er nun sprunghaft auf fast fünfzehn Prozent an.

Ethnizität war von Anfang an mithin eine vorrangig politische Kategorie, die, mit wissenschaftlicher Autorität legitimiert, produktive Machtwirkungen entfaltete. Der nachhaltige 'Erfolg' des rwandischen Kolonialprojekts ist eben in jenem Zusammenspiel von Wissen, produktiver Macht und unterdrückender Herrschaft begründet. Machtwirkungen beruhen nämlich nicht allein darauf, im Namen einer souveränen, repressiven Macht einen Willen und eine Herrschaft aufzuzwingen, sondern durch die Macht des inneren Zwangs und durch subjektive Anpassung an die Norm zu unterwerfen oder pointiert gesprochen, zu blenden und zu binden.

Der kulturelle Sprengstoff der Kolonialisten

▶ Die Bezeichnungen 'Hutu', 'Tutsi' und 'Twa' waren keine kolonialen Erfindungen, jedoch war diese Kategorisierung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von nur nachgeordneter Bedeutung gegenüber dem komplexen Sozialgefüge von Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen. Die Identitäten und Loyalitäten der Menschen waren äußerst komplex. Die vierzehn Hauptclans und zahlreichen Nebenclans im vorkolonialen Rwanda umfaßten jeweils Mitglieder aus allen drei Gruppen.

Seit dem 15. Jahrhundert hatte sich unter der Führung des Banyiginya-Clans im Zwischenseengebiet mit seinen fünfzig unabhängigen Häuptlingstümern und Kleinkönigreichen das noch recht begrenzte Königtum Rwanda nach und nach entwickelt. Mit dem Regierungsantritt König Kigeri IV. Rwabugiris im Jahr 1853 begann die große Expansion und gleichzeitig die Transformation vom Familienstaat zum Zentralstaat. Die Begriffe 'Hutu', 'Tutsi' und 'Twa', bis dahin Synonyme für 'arm' und 'reich', bildeten im Zuge des persönlichen Dirigismus Rwabugiris eine politische Konnotation aus und determinierten nunmehr die Partizipation an der Macht, wobei soziale Auf- und Abstiegsprozesse häufig mit einem Lagerwechsel verbunden waren.

Dem Tod Rwabugiris, der in die Zeit der Ankunft der Deutschen fiel, folgte die Rückeroberung der Herrschaft durch den zuvor entmachteten Adel, der sich nun seinerseits des Kolonialprojektes bediente, um in Zusammenarbeit mit den Kolonisatoren sein Herrschaftsinteresse durchzusetzen. Kolonisatoren und Kolonisierte bildeten so eine eigentümliche Koalition, innerhalb derer beide Seiten einander zu instrumentalisieren glaubten. Die Hamitenthese, die den Tutsi eine kulturelle Vorrangstellung in der rwandischen Gesellschaft zuschrieb, die dann durch die koloniale Praktik des 'divide et impera' verwirklicht wurde, legitimierte deren Herrschaftsanspruch und nährte von nun an deren positives Selbstbild. Hingegen bot die hamitische These der Hutu-Mehrheit keine solche unmittelbare Möglichkeit der Identifikation, sondern nötigte sie zu deren Umcodierung: Nicht mehr eine kulturelle Überlegenheit, sondern die absolute Fremdheit der Tutsi wurde nun diskursiviert.

Einer kämpferischen Ausschlußsemantik gehorchend definierte sich die Hutu-Identität nun negativ oder spiegelbildlich durch das wesenhafte Anderssein von den Tutsi. Diese kollektive Identität formierte sich zunächst in einem versteckten Diskurs als Ausdruck eines »Zusammenhalts durch Unterdrückung« und artikulierte sich dann offen in der sogenannten 'Novemberrevolution' Ende der 50er Jahre, die zum Umsturz der Tutsi-Monarchie und im Juli 1962 in die wiedererlangte Unabhängigkeit führte.

Verfolgte der erste Staatspräsident Grégoire Kayibanda, der die Revolution angeführt hatte, eine blutige Politik der ethnischen Segregation, so verlagerte sich die Hauptachse der gesellschaftlichen Konflikte nach dem Staatsstreich Juvénal Habyarimanas im Februar 1973. Dessen 'Politik des ethnischen und regionalen Gleichgewichts' zielte vor allem auf die Begünstigung der nördlichen Präfekturen Gisenyi und Ruhengeri und entsprach dem bereits in vorkolonialer Zeit verwurzelten regionalen Konflikt zwischen den Hutu im Norden (Bakiga) und jenen im Süden (Banyanduga). Demgegegenüber spielte die ethnische Frage nur noch eine nachgeordnete Rolle, blieb aber weiterhin in Form des von Habyarimana eingeführten Quotensystems institutionell verankert und sozial virulent.

Ende der 80er Jahre rückte diese dann auch wieder unversehens in das Zentrum des gesellschaftlichen Interdiskurses. Die mit dem Verfall des Kaffeepreises sichtbar gewordene wirtschaftliche Misere und die daraufhin von den Geberländern lautstark geforderte Demokratisierung des Landes bedrohte die öffentliche Ordnung und, wichtiger noch, das Klientelsystem in den Führungskreisen. Normalisierungsstrategien im Sinne einer Wiederherstellung der Hutu-Identität zielten nun darauf, an die 'Novemberrevolution' zu erinnern,

abgelagerte Diskursfragmente neu zu beleben und so die erodierende Hutu-Identität wiederherzustellen. Der Angriff von Exilrwandern am 1. Oktober 1990 vom Nachbarland Uganda aus, die dort nach ihrer Flucht in den 60er Jahren ein wechselhaftes Schicksal erlebt hatten und auf eine Repatriierung drängten, wurde zum Anlaß genommen, alle Tutsi im Land zu Komplizen der angreifenden, überwiegend aus Tutsi rekrutierten 'Front Patriotique Rwandais' zu erklären und den Krieg mit der hamitischen Invasionsthese kurzzuschließen.

Identitätsgefährdung und Identitätsstiftung

▶ Doch der hegemoniale Hutu-Diskurs war bereits derart brüchig geworden, daß sich ab 1991 Oppositionsparteien formierten, die sich nach dem Abschluß des Friedensabkommens von Arusha im August 1993, das eine Machtteilung mit der 'Front Patriotique Rwandais' regelte, nochmals in Gegner und Befürworter dieser Vereinbarung spalteten. Auf dem Weg zurück nach Kigali verkündete dann Théoneste Bagosora, Habyarimanas Chef de cabinet im Verteidigungsministerium und einer der Hauptverantwortlichen für den Völkermord (im März 1996 in Kamerun verhaftet), er werde heimkehren, um »die Apokalypse vorzubereiten«. Monate später trieben Tausende von Toten über den Kagera-Fluß in den Victoria-See. Es schwammen so viele Leichen im Wasser, daß die Bewohner Kampalas keine Fische mehr aus dem See kauften und aßen. Bereits ein Jahre zuvor hatte der bekannte Hutu-Extremist Léon Mugesera über den Hetzsender 'Radio Télévision Libre des Mille Collines' gefordert, die »Tutsi-Invasoren zurück nach Äthiopien zu schicken – auf dem kürzesten Weg über den Nyabarongo-Fluß«. Die Wahrheitswirkungen der Hamitenthese erzeugten so, hundert Jahre nach der Kolonialisierung Rwandas, ihre blutige Materialität.

Der Ausgangspunkt für den Völkermord lag also keineswegs im Zusammenstoß zwischen Hutu und Tutsi begründet, sondern im identitätsgefährdenden Konflikt innerhalb des Hutu-Interdiskurses, der angesichts der Frage, ob die öffentliche Ordnung weiterhin den Ausschluß oder aber den Einschluß der Tutsi praktizieren solle, aufgespalten wurde. Insofern galt der Konflikt in Rwanda weit mehr dem 'Ähnlichgewordensein' von Hutu und Tutsi als der historischen Gewalt gegen das Fremde; er galt der Ähnlichkeit des Anderen, das das Eigene bedrohte, weil es als das Negativ oder Spiegelbild dieses Anderen definiert war. Der die alte Gesellschaftsordnung konstitutierende vertraute Antagonismus von Hutu und Tutsi war unterlaufen worden, weshalb sich die erste Welle der Gewalt im April 1994 dann auch vor allem gegen jene Hutu richtete, die für den gesellschaftlichen Dissens verantwortlich gemacht wurden.

Der daraufhin einsetzende Völkermord ging somit über das Ziel der physischen Vernichtung der Tutsi-Minderheit hinaus. Das eigentliche Ziel war die Transformation der kollektiven Hutu-Identität; der Völkermord diente hierbei als eine identitätsstiftende Strategie, indem er die Differenz zum Anderen markierte, eine absolute Grenzziehung, die der Reformulierung eigener Identität und der Restrukturierung der moralischen Ordnung diente, der Transformation der kollektiven Identität und der Masseninitiation in eine neue rwandische Staatsbürgerschaft. Das neue Rwanda sollte fortan das Land der Hutu sein, deren Zusammenhalt und Einheit als Tätergemeinschaft in der Komplizenschaft gründet: ein 'Volk von Blutsbrüdern' geeint durch den Mord an den Tutsi. Eben darum war das Massenmorden in Rwanda so doppeldeutig; es produzierte nicht nur eine Masse von Opfern, sondern auch eine Masse von Tätern, die schlachteten und zerstückelten, Auge in Auge und mit Blut an den Händen. Viele Hutu, Männer, Frauen und Kinder, wurden zu den Mordtaten genötigt. Das organisierte Morden mit masu und Machete war zudem wenig 'effektiv' in seinen Mitteln, aber in seinen Wirkungen um so 'effektvoller'. Die unendlich leidenden Opfer waren nicht nur das Objekt eines Vernichtungsfeldzugs; in ihrem Leiden waren sie zugleich das Medium eines mit Wahnsinn betriebenen Akts der Identitätsstiftung, durch den der Initiator über eine traumatische Erfahrung zur neuen Identität gelangen soll.

Diese zwei Umkehrungen jener herkömmlichen Lesart, die versucht, die Greueltaten in den Termini einer politischen Vernunft zu erklären und deren ethnischen Gehalt als Kalkül von Befehlshabern zu rationalisieren, verlagern die Bedingungen für das Unbegreifliche auf die Ebene eines umfassenden Weltbildes, das hinter den Identitäten steht und das aus jenen Diskursen besteht, welche aus Ereignissen und ihren zugeschriebenen Bedeutungen entstanden sind. Dieses Weltbild konstituiert als »Mythen-Historie« (Liisa Malkki) Wirklichkeit und kann Kultur genannt werden. Der Völkermord soll somit als 'Kulturkampf' gedeutet werden, der auch nach den 'Ereignissen' von 1994, wie die Rwander selbst halb verschämt, halb unverschämt sagen, andauert. Auch wenn im offiziellen Diskurs die Bedeutung der Ethnien weiterhin geleugnet wird, so bedeutet die augenblicklich zu beobachtende Praktik der Tutsifizierung aller Institutionen, gefördert durch den konservativ-rassistischen Diskurs der aus Burundi kommenden Tutsi, die Rückkehr zur hamitischen These, diesmal wieder codiert zur Legitimierung einer Tutsi-Vorherrschaft. Diese diskursive Gemengelage hat sich aber längst über die Grenzen hinweg ausgebreitet und bereitet nun den Boden für die andauernden Konflikte in der Region von Rwanda, Burundi und Ost-Zaire.

▶ **Jörg Marx** ist Soziologe und hat in den Sommermonaten 1994 als Krankenpfleger in den ostzairischen Flüchtlingslagern gearbeitet. Sein Artikel basiert auf einem Manuskript, das voraussichtlich im Frühjahr 1997 als Buch erscheinen wird.

Eine Fliege zeigt Flagge
Die neuen Initiativen der französischen Außenpolitik

von **Bernhard Schmid**

Frankreichs Weltpolitik in den ehemaligen Kolonialgebieten soll dem zunehmenden Einflußverlust der ehemaligen »Schutzmacht« entgegenwirken. Vor allem in den Krisenregionen im Nahen Osten und jüngst auch in Zentralafrika gerät Paris damit in Konkurrenz zur US-Außenpolitik.

▶ »Jacques Chirac nimmt überall die diplomatische Initiative wieder auf,« titelte Mitte Oktober das konservative Magazin *Figaro* und berichtet im folgenden, daß sich »zwischen Paris und Washington die Anlässe für Zusammenstöße« vervielfachten. Als Schauplätze dieser Zusammenstöße werden der Nahe Osten, Schwarzafrika und die Besetzung der NATO-Kommandantur-Süd in Neapel genannt, die Washington und Paris jeweils für sich beanspruchen. Die jüngst mit der Nahostreise von Präsident Chirac erneut demonstrativ intensivierte französische Nahost-Diplomatie habe US-Außenminister Warren Christopher laut *Figaro* als »ärgerliche Fliege, die uns um die Ohren summt«, bezeichnet.

An Signalen für den Anspruch auf eine eigenständige Nahost-Politik gegenüber der Allianz USA/Israel hatte Chirac es im Verlauf seiner sechstägigen Reise nicht fehlen lassen. Zunächst begann er den Besuch in Syrien. Vor dem jordanischen Parlament machte er sich zum Fürsprecher eines »Dialogs zwischen dem Westen und dem Islam«. Dann stattete er dem palästinensischen Autonomierat in Ramallah als erster ausländischer Staatsmann einen Besuch ab und setzte damit einen Meilenstein zu dessen internationaler Anerkennung als Parlament. Der israelischen Knesset schenkte Chirac dagegen wenig Aufmerksamkeit. Nur flüchtig und erst infolge diplomatischen Drucks stattete er auch hier einen Pflichtbesuch ab.

Bei seiner Rückkehr nach Paris äußerte sich Chirac indes zurückhaltend über mögliche Ergebnisse: Eine Anzahl von Vorschlägen habe er übermittelt, und es sei nicht ausgeschlossen, daß seine Reise in relativ kurzer Zeit positive Ergebnisse erbringen würde – »Inschal allah, vielleicht«, wie er hinzufügte. Die Wochenzeitung *Le Canard Enchainé* hatte bereits im Vorfeld der Reise einen hohen Beamten im Außenministerium zitiert, der erklärte, Chirac habe sich überschätzt. »Es ist ein schwerer Fehler, einen solchen Besuch in Damaskus zu beginnen. Das macht die Israelis wütend und nervt die gemäßigten Araber. Man kann sich nicht als bester Freund von Assad ausgeben und gleichzeitig eine Vermittlerrolle spielen wollen.« *Le Monde* wies zudem darauf hin, daß die Europäer über die letzten Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern, wie etwa über das Treffen Arafat/Netanyahu in Washington, ja gar nicht im Detail informiert worden seien – schlechte Voraussetzungen für eine erfolgreiche französische Diplomatie.

Auf den Spuren De Gaulles

▶ Aus ist damit möglicherweise der Traum, sich als Vermittler mit einem großen Projekt für den gesamten Nahen Osten hervorzutun. Bliebe ein anderer Nutzen der Reise, die wohl schließlich auch dazu dienen sollte, mit demonstrativer Distanz zu den USA und Israel in den arabischen Ländern Marktanteile und Einflußsphären zu erschließen. Die »arabische Politik« unter De Gaulle könnte Chirac dabei ein Vorbild sein.

Noch in den 50er und 60er Jahren war Israel mit Abstand Frankreichs wichtigster »Partner« in der nahöstlichen Region. Politisch und militärisch stand Israel sowohl im Algerienkrieg (1954-62) als auch anläßlich der britisch-französisch-israelischen Suez-Expedition gegen Ägypten (1956) an Frankreichs Seite. Die Aussichtslosigkeit des Kampfes um die Aufrechterhaltung der Kolonialreiche in ihrer traditionellen Form erkannte dann der neue Präsident De Gaulle – zumal dieser Kampf auch die neue Weltmacht USA gegen sich hatte. 1961/62 leitete er den geordneten Rückzug aus Algerien ein. Zugleich versuchte die gaullistische Regierung damit, sich Sympathien und auch privilegierte Markt- und Handelsanteile in Algerien und der arabischen Welt zu erhalten.

Fünf Tage vor Beginn des Sechs-Tage-Krieges 1967 stoppte Frankreich dann sämtliche Waffenexporte in die Region, was Tel Aviv als einseitig gegen Israel gerichteten Akt interpretierte. Nach dem Krieg eiferte De Gaulle gegen die Israelis, die er als »Elitevolk, seiner selbst sicher und herrschsüchtig« bezeichnete. 1970 verkaufte sein Nachfolger Pompidou (1969-74) 110 'Mirage'-Kampfflugzeuge an Libyen, dessen gerade an die Macht gelangter Staatschef Oberst Ghaddafi scharf gegen die Existenz Israels agitierte. Pompidous Außenminister Michel Jobert setzte nie einen Fuß auf israelischen Boden.

Nach der Ölkrise 1973/74, die im innerwestlichen Konkurrenzkampf einen Vorteil für die USA und einen Schlag für die vom Nahostöl in stärkerem Maße abhängigen Westeuropäer darstellte, versuchte Frankreich, seine eigenständige Nahostpolitik auszubauen. Als Premierminister knüpfte Jacques Chirac 1974-76 eine Reihe persönlicher Freundschaften zu Politikern im Nahen Osten, etwa zu Hosni Mubarak, Yassir Arafat und dem heutigen libanesischen Präsidenten und schwerreichen Geschäftsmann Rafiq Hariri. Israel besuchte er erst 1983 als Pariser Bürgermeister. Die engste freundschaftliche Bindung unterhielt er mit Saddam Hussein. Als »modern, laizistisch und republikanisch« pries er den starken Mann der irakischen Diktatur. Die Krönung dieser Freundschaft bildete die nukleare französisch-irakische Kooperation. Den Osirak-Atomreaktor tauften die Israelis »O'Chirac« und zerstörten ihn 1981 kurz vor seiner Fertigstellung, da er ihnen als künftiger Lieferant von Uran und Plutonium für Atomwaffen galt.

Trotz einer »ausgewogeneren« Politik zwischen Israelis und Arabern durch den 1981 gewählten sozialistischen Präsidenten François Mitterand [1] setzte Frankreich seine privilegierten Irak-Beziehungen auch während des Iran-Irak-Krieges (1980-88) fort, während die meisten westlichen Industrieländer sich »neutral« äußerten (und an beide Seiten Waffen lieferten). Nach langem Zögern und ergebnislosen Vermittlungsversuchen schloß sich Paris aber 1991 der von den USA angeführten Golfkriegsallianz gegen den Irak an. Damit war der Versuch einer eigenständigen Nahost-Politik in einer Sackgasse angelangt.

Seit seiner Wahl zum Präsidenten 1995 versucht Chirac nunmehr, an die gaullistische Tradition der »arabischen Politik« anzuknüpfen. An die Stelle des international noch geächteten Saddam Hussein – der hat inzwischen in Gestalt von Jean-Marie Le Pen einen neuen französischen Freund gefunden – setzt die Chiracsche Diplomatie als Stützpfeiler auf den syrischen Präsidenten-Diktator Hafiz el-Assad. In Syrien und dem von Syrien dominierten Libanon kann sich Frankreich auf seine traditionelle Rolle als Protektoratsmacht (mit Völkerbundsmandat ab 1920) beziehen. Zugleich setzt sich Paris, gegen Widerstände in Washington, für das UN-Programm »Öl gegen Nahrung« zur Lockerung des Irak-Embargos ein, und der französische Ölkonzern 'Elf' sitzt bereits wieder in Bagdad in Warteposition.

Senf in den Nasen

▶ Versucht Frankreich zwischen dem Roten Meer und dem Golf noch an Einfluß gegenüber der Achse USA/Israel zu gewinnen, verliert Paris im Maghreb sowie in West- und Zentralafrika gegenwärtig Terrain an die USA und



Frankreichs Spuren in der Welt

Foto: R. Maro/version

andere Konkurrenten. In Algerien ist Frankreich zwar noch »Schirmherr« der seit der Unabhängigkeit 1962 ungebrochen dominierenden bürokratisch-militärischen Kaste. Mit der zunehmenden Fraktionierung innerhalb des Militärs sowie zwischen rivalisierenden Clans zerreißen die Fäden zwischen Paris und Algier jedoch zunehmend. Die Ersetzung des Französischen durch das Englische als erste Fremdsprache in Algeriens Schulen für das Schuljahr 1996/97 ist ein Symbol für den Verfall des französischen Einflusses.

In West- und Zentralafrika steht die wachsende Verärgerung über die traditionelle »Schutzmacht« hinter dem sich abzeichnenden Schwinden von Frankreichs Einfluß. Die Zeitung *Les Echos* in Bamako (Mali) schreibt dazu, daß die brutale polizeiliche Räumung der afrikanischen Immigranten aus der Pariser Kirche Saint Bernard am 23. August – seit nunmehr über zwei Monaten nicht abreißendes Thema der afrikanischen Presse – »noch einmal den Senf in die Nase der Afrikaner steigen ließ, die seit der Abwertung des CFA-Francs im Januar 1994 anti-französische Ressentiments hegen.« Das an die französische Währung angekoppelte Zahlungsmittel in den ehemaligen Kolonien West- und Zentralafrikas wurde damals durch Paris um 50% abgewertet (vgl. iz3w Nr. 208). Und weiter heißt es in dem Blatt: »Frankreich läuft heute Gefahr, an Einfluß in seinem traditionellen Hinterhof zu verlieren; Vor allem, seitdem die Amerikaner aus ihrer gewohnten Reserviertheit gegenüber Afrika herauskommen.«

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Konkurrenzverhältnisses zwischen Frankreich und den USA hatte der französische Entwicklungsminister Jacques Godfrain Anfang Oktober ironisch die US-Afrikapolitik kommentiert: »Während Bill Clinton kein einziges Mal in Afrika gewesen ist, während er Afrika in seiner Rede vor der 51. UN-Vollversammlung nicht einmal erwähnte und die amerikanische Entwicklungshilfe um 15% verringert hat, freue ich mich, den Chef des Weißen Hauses drei Wochen vor der Präsidentenwahl an Afrika interessiert zu sehen.« Die Clinton-Administration, so übersetzte die französische Presse ihrer Leserschaft, wolle damit lediglich schwarze Wähler auf ihre Seite bringen. Am 12. Oktober setzte Warren Christopher anläßlich seiner Afrikareise zum Gegenschlag an: »Die Zeit ist vorbei, da Afrika in Einflußsphären aufgeteilt werden konnte oder ausländische Mächte ganze Ländergruppen als für sie reserviertes Feld betrachten konnten«. Gemeint war damit unverkennbar Frankreichs Rolle in den 14 französischsprachigen Ländern, seinen ehemaligen Kolonien.

Voraus ging die Vorstellung des US-Projekts einer »interafrikanischen Krisenreaktionskraft«. Diese soll aus etwa 10.000 Soldaten afrikanischer Staaten bestehen, die durch die USA ausgebildet, ausgerüstet und transportiert würden. Auch dies trifft Paris, war doch auf dem französisch-afrikanischen Gipfel in Biarritz 1994 ein ähnliches Projekt beschlossen worden, das mit England auch die andere alte Kolonialmacht unterstützte. Die US-Initiative visiert deutlich die Schaffung eines Gegengewichtes zur französischen Militärpräsenz an – Frankreich hält derzeit etwa 8.200 Soldaten ständig auf dem Kontinent. In der von Washington vorgeschlagenen Truppe haben die englischsprachigen Länder Afrikas ein deutliches Übergewicht. Als erstes Land überhaupt sagte jedoch das frankophone Mali bei Christophers Besuch seine Teilnahme zu – ein Synonym für das Bröckeln der französischen Hegemonie. [2]

Zu einem Schauplatz des Kampfes um Image und Einfluß zwischen den USA und Frankreich gerät jetzt auch die Situation im Osten Zaires. Als traditionelle Schutzmacht von Diktaturen in der Region – Paris hielt lange das alte Regime in Rwanda ebenso an der Macht wie es heute noch die Diktatur in Zaire unter Mobutu stützt – ist Frankreich jedoch keine neutrale Kraft (s. iz3w Nr.208). So sind die Versuche, ein UN-gedecktes Eingreifen unter französischer Führung zu organisieren, zum Scheitern verurteilt. In Zentralafrika stehen die Zeichen schlecht für eine Fortsetzung französischer Machtpolitik im alten Stil. Schon wird in Rwanda an vielen Schulen nicht mehr Französisch, sondern Englisch unterrichtet.

Anmerkungen:

1 Bis heute ist in Frankreich insbesondere die Außenpolitik unbestrittene Domäne des jeweiligen Präsidenten.

2 Mit südafrikanischen Unternehmen ist Frankreich nach der Demokratisierung und wirtschaftlichen Liberalisierung in vielen Staaten Zentralafrikas und nach dem Ende der Isolation Südafrikas insbesondere im Bereich Bergbau ein neuer Konkurrent erwachsen. *Le Monde* vom 15. Oktober sprach im Hinblick auf das frankophone Afrika gar von einem »südafrikanischen Imperialismus«.
Als weiterer Konkurrent versucht auch Deutschland Einfluß zu gewinnen. Eine der wichtigsten Stützen ist dabei Namibia, die frühere Kolonie »Deutsch-Südwest«, wo nach wie vor eine größere deutschstämmige Minderheit als potentielle Lobby lebt. Außenminister Kinkel hielt sich Mitte Oktober bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr in Namibia auf. Insgesamt sind seit der ersten gemeinsamen Konferenz von EU und der 'Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika' (SADC) 1994 in Berlin bereits rund 8 Milliarden DM (*Le Monde*) ins südliche Afrika geflossen, um als Türöffner für die deutsche Wirtschaft zu wirken.

▶ **Bernhard Schmid** lebt und arbeitet als Journalist in Paris.

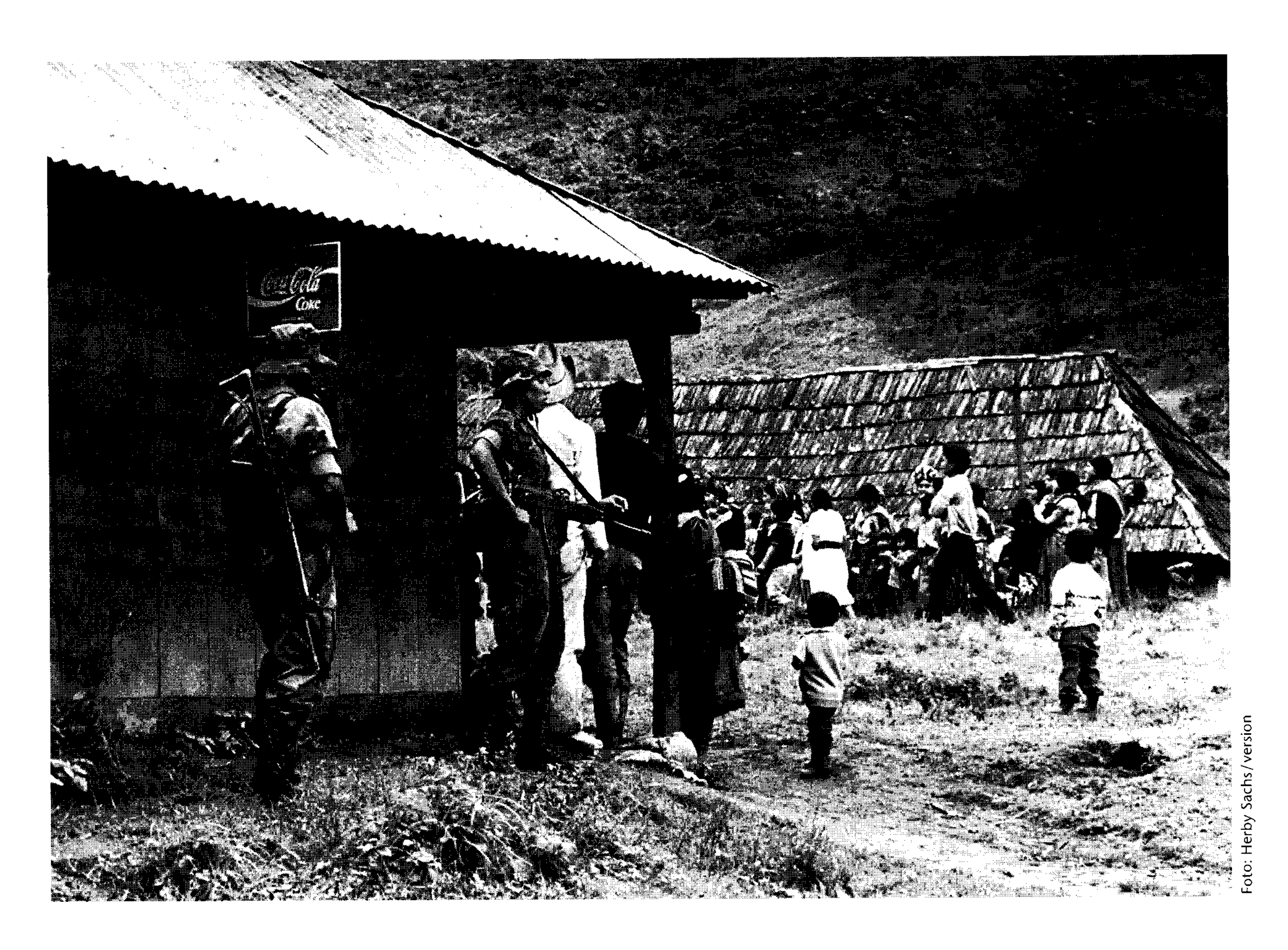


Foto: Herby Sachs/version

Die Internationale der Vaterlandsverräter
Kriegsdienstverweigerung und Desertion

von **Rudi Friedrich**

In den letzten Jahren haben in vielen Regionen Lateinamerikas und Osteuropas Kriegsdienstverweigerungen und Desertionen zugenommen. Die Flucht ins Ausland, um der Einberufung und drohenden Repressalien zu entfliehen, und die Probleme mit der Asylpolitik des Ziellandes sind Themen weltweit entstehender Zusammenschlüsse von Verweigerern und Fahnenflüchtigen.

▶ Besonders durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und in der Türkei wurde der Bedeutung der Desertion größere Aufmerksamkeit geschenkt. In Belgrad sind allein aus den Republiken Serbien und Montenegro über 300.000, auf kroatischer Seite etwa 30% den Einberufungen nicht nachgekommen, so die jeweiligen Antikriegsgruppen und -zentren. In der Türkei gibt es nach offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums 200.000 Fahnenflüchtige, nach Schätzungen des dortigen Vereins der KriegsgegnerInnen »Savaş Karşitlari Derneği İzmir (İSKD)« über 350.000.

In den Ländern Lateinamerikas ist die häufigste Form, sich der Wehrpflicht zu entziehen, die Zahlung von Geldern bzw. Schmiergeldern. In Argentinien wurde aus dem Distrikt La Plata bekannt, daß innerhalb von drei Jahren 13.000 Jugendliche je 2.000 bis 6.000 US$ zahlten. Von den 50.000 Jugendlichen, die jährlich in Paraguay wehrpflichtig werden, leisten nur 7.000 ihren Dienst ab. Weitere 7.000 regeln ihre Situation, indem sie sich ihre Entlassung erkaufen. Alle anderen befinden sich in einem »illegalen« Status, wobei allerdings die Regierung bzw. Justiz nichts gegen sie unternimmt.

1992 konnten in Moskau nach Angaben von Verteidigungsminister Gratschow ganze zehn Prozent der Wehrpflichtigen tatsächlich rekrutiert werden, im Schnitt seien nur rund 20 Prozent der Einberufungen befolgt worden. Während des Krieges in Tschetschenien desertierten die Soldaten Rußlands zu Tausenden. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Besonders in Kriegssituationen entziehen sich Soldaten und Soldatinnen der Wehrpflicht.

Die Motive, sich dem Militärdienst zu entziehen, sind vielfältig. In der Regel entsprechen die Gründe nicht dem Verständnis von Kriegsdienstverweigerung, das sich in Deutschland aufgrund der Rechtsprechung zum Artikel 4 Abs. 3 GG entwickelt hat. Danach wird eine Entscheidung gefordert, die jede persönliche Beteiligung an jedwedem Krieg grundsätzlich ablehnt. Im Krieg sind für die Verweigerer jedoch andere Begründungen ausschlaggebend: Verweigerung bestimmter Kriege, Verweigerung des Gebrauches bestimmter Waffen, Verweigerung des Kriegsdienstes gegen die eigenen Nachbarn, Verweigerung des Kampfes gegen die eigene

Bevölkerung, Verweigerung der Teilnahme an offensichtlichen Kriegsverbrechen, Verweigerung eines Angriffskrieges, Ablehnung eines imperialistischen Krieges, Angst vor dem eigenen Tod, Flucht aufgrund der unmenschlichen Behandlung im Militär u.a. Eine grundsätzlich pazifistische Haltung ist dagegen relativ selten anzutreffen. Was die Verweigerer eint, ist ihre konkrete Handlung. Sie entziehen sich einer Institution, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Herrschaft begreift; einer Institution, die vorwiegend Männer, aber auch Frauen, drillt, verfügbar macht, zum Gehorsam erzieht für die Ziele anderer. Der Soldat, die Soldatin handelt auf Befehl, muß auf Befehl handeln. »Die Sphäre des Nicht-Erlaubten, mit der jeder schon als Kind vertraut gemacht wird, erweitert sich für den Soldaten ins Riesenhafte«, schrieb Elias Canetti. »Der Soldat ist ein Gefangener, der sich seinen Mauern angepaßt hat, der sich gegen seinen Zustand so wenig wehrt, daß die Mauern ihn formen.« Die Person wird im Militär verdinglicht, zu einem Objekt, das legitim Herrschaftsausübung mittels Gewalt praktiziert.

Die Befehlsverweigerung, und erst recht die Desertion, stellt dies konkret in Frage. Das Militär als eine hierarchische Institution funktioniert nur, wenn die Befehle bedingungslos eingehalten werden. Gerade in Kriegszeiten ist daher für das Militär die Desertion, wie auch Sabotage, Befehlsverweigerung und Kriegsdienstverweigerung eine gefürchtete Reaktion des Individuums. Es sind jedoch nicht nur Einzelfälle; in einigen Kriegen wurde die Desertion zu einem Massenphänomen, das den Kriegsherren eine Ressource entzieht, die sich nicht ersetzen läßt: den Menschen.

Das öffentliche »Nein«

► Besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die öffentliche Verweigerung. In immer mehr Ländern wird dies von den Gruppen praktiziert, um ihren Protest öffentlich zu machen. In der Türkei wurde Osman Murat Ülke, Vorsitzender des İSKD, in einem Prozeß Ende August 1995 vom Vorwurf freigesprochen, zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen zu haben. Zugleich erhielt er noch während des Prozesses eine Einberufung zum Militär. Statt dieser Folge zu leisten, verbrannte er in Izmir öffentlich seinen Wehrpaß. »Ich bin kein Wehrflüchtiger, sondern ein Kriegsdienstverweigerer. Ich denke nicht daran, vor der »Wehrpflicht« zu flüchten, denn ich verteidige das Recht, von der Kriegsdienstverweigerung Gebrauch zu machen, ohne mich zu verstecken.« Obwohl er nun dem Gesetz nach »fahnenflüchtig«, sein Wohnort bekannt ist, und er weiter für den Verein der KriegsgegnerInnen in Izmir arbeitet, wurde er bislang nicht festgenommen. Mit dazu beigetragen hat auch die internationale Unterstützung, die sich zur Kriegsdienstverweigerung in der Türkei entwickelt hat. Insgesamt sind es inzwischen etwa 50 Personen, die in der Türkei und als Flüchtlinge ihre Verweigerung öffentlich erklärt haben.

Sicherlich sind es bislang nur kleine Gruppen, die sich für diese Form des Widerstandes gegen Herrschaftsstrukturen und Militär einsetzen. Die Bedeutung liegt vielmehr in der Qualität des Öffentlichmachens. In der Türkei beispielsweise hat diese Form des Protestes dazu geführt, daß das Tabu, überhaupt über Militär und die Pflicht zur Ableistung des Militärdienstes zu reden, gebrochen wurde. In den lateinamerikanischen Ländern kommt noch eine andere Bedeutung hinzu. Gerade, daß sich in diesen Gruppen Männer und Frauen zusammenfinden, die nicht unbedingt zu den ärmsten der Gesellschaft gehören und sich z.B. vom Militärdienst freikaufen könnten, stellt den Herrschaftskonsens der Mittel- und Oberschicht in Frage. Sie billigen nicht den von der Politik akzeptierten Status quo, der die Korruption im Militär, d.h. die außerordentliche Bereicherung der militaristischen Hierarchie begünstigt. Sie gehen mit ihrer Überzeugung an die Öffentlichkeit und stellen damit die bestehenden Spielregeln in Frage. Das sticht als wesentliches Moment der politischen Bedeutung der in Lateinamerika wachsenden Bewegungen zur Kriegsdienstverweigerung hervor.

Somit steckt trotz aller Repression in der öffentlichen Form der Verweigerung zum einen die Chance, Strategien zu entwickeln, die sich der Kriegslogik widersetzen. Zum anderen kann sich, in der jeweils spezifischen gesellschaftlichen Situation, die insbesondere in einer Kriegssituation militaristisch geprägt ist, aus der individuellen Entscheidung heraus eine gemeinsame politische Wirksamkeit entfalten.

Schon in »Friedenszeiten« stehen auf »eigenmächtige Abwesenheit«, »Fahnenflucht«, »Selbstverstümmelung«, »Gehorsamsverweigerung« und ähnlichem mehrjährige Haftstrafen. In vielen Ländern ist die Strafandrohung bei gemeinschaftlichem Handeln, bei Flucht ins Ausland oder im Kriegsfalle erhöht. So beträgt die Strafe nach dem türkischen Militärgesetz (TMCL) bei Desertion zwischen einem und drei Jahren, bei gleichzeitiger Flucht ins Ausland jedoch drei bis zehn Jahre. In den USA wird z.B. die Todesstrafe bei Desertion im Kriegsfalle angedroht. Teilweise ausgesprochene Amnestien waren häufig lediglich Versuche des Militärs, Rückkehrer erneut rekrutieren zu können. Es sind aber nicht nur die Strafandrohungen, mit denen sich Kriegsdienstverweigerer und Deserteure auseinanderzusetzen haben. Außerhalb der »rechtsstaatlichen Gesetze« gibt es zahlreiche Formen der Repression. Sie werden als »Verräter« gebrandmarkt, da sie »ihre Pflicht als Männer nicht erfüllt« hätten. So ist es außergesetzliche Praxis des Militärs, sie als Kanonenfutter an der Front einzusetzen. Behörden verweigern ihnen Pässe und Wohnungen. Es gibt Sippenhaft und Berufsverbote. Die Diffamierung führt auch dazu, daß die Bevölkerung ihnen gegenüber feindlich eingestellt ist. Sie werden ausgegrenzt und sind damit aller Möglichkeiten beraubt, wieder eine Lebensgrundlage aufzubauen. Stets besteht die Gefahr, in eine Militärkontrolle zu geraten und verhört zu werden. Wie z.B. César Barrios, Kriegsdienstverweigerer aus Paraguay. Er war auf dem Weg zu einem Treffen zum Thema Kriegsdienstverweigerung und wurde auf der Fahrt von einer Militärpatrouille gestoppt. Obwohl er ein offizielles Dokument vorlegte, das seine Verweigerung bestätigte, wurde er aus dem Bus gezerrt, gefoltert und verhört.

In Ländern, in denen die Zahl der Wehrdienstentzieher besonders groß ist, greift das Militär nicht nur zur Einberufung, sondern auch zur Form der wilden Rekrutierung. So wurden in Serbien während des Krieges in Bosnien 1995 über Monate hinweg Razzien in Bussen, auf Plätzen oder in Cafés durchgeführt. Auch aus den Flüchtlingslagern heraus wurden Männer rekrutiert. Die Aufgegriffenen wurden den serbischen Truppen in Bosnien überstellt. In Venezuela wird an den belebtesten Orten, wie Plätzen, Kino und Schulausgängen sowie Volksmärkten die Rekrutierung durchgeführt, wobei die Dokumente der Jugendlichen »überprüft« werden. Im Anschluß werden sie nach willkürlichen Gesichtspunkten in Autobussen

Weltweite Zusammenarbeit

► Seit 1981 findet jährlich das »International Conscientious Objectors Meeting (ICOM)« statt. Aus ihm heraus hat sich in der Zwischenzeit eine internationale Zusammenarbeit entwickelt. So findet besonders über die Treffen, die 1993 in der Türkei, 1994 in Kolumbien und 1996 im Tschad stattfanden, ein reger Austausch über Erfahrungen und Strategien von AntimilitaristInnen und Kriegsdienstverweigerern auf internationaler Ebene statt.

Die internationale Öffentlichkeit stellt einen wichtigen Schutz für die Arbeit der KriegsgegnerInnen dar. So löste z.B. die Festnahme aktiver VertreterInnen europäischer KDV-Gruppen in der Türkei eine bereits vorbereitete »urgent action« aus: Auf internationaler Ebene wurden PolitikerInnen, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen informiert und angesprochen, um über Protestbriefe und -faxe, über Aktionen vor Konsulaten und Botschaften oder durch Sammeln von Unterschriften auf die Situation in der Türkei aufmerksam zu machen. Damit Flüchtlinge die wenigen vorhandenen Möglichkeiten nutzen können, um in Deutschland Asyl oder ein anderes Aufenthaltsrecht zu erhalten, stellen Organisationen wie **Connectlon e.V.** Materialien und Informationen über die Rechtslage in Deutschland, wie auch über die Situation in ihren Herkunftsländern, Stellungnahmen, Gutachten u.a. zur Verfügung.

► Nähere Informationen, Rundbriefe und Broschüren zum Thema sind bei Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel: 069/82375534, Fax: 069/82375535 erhältlich.

des öffentlichen Nahverkehrs in die Kasernen transportiert. Diese Repressalien und die Furcht vor der Einberufung sind Gründe, warum sich viele Betroffene zur Flucht ins Ausland entschließen. Über die Angleichung der Asylverfahren und über die Einführung von Visaregelungen wurde von den westeuropäischen Staaten den Fluchtbewegungen jedoch ein Riegel vorgeschoben. So wurden mit Beginn des Krieges in Bosnien von Flüchtlingen aus Bosnien, Rest-Jugoslawien und Mazedonien Visa verlangt. Gerade für Deserteure, die zumeist ohne Papiere sind, ist es damit fast aussichtslos, legal aus dem Land herauszukommen. Sie werden zu Tausenden an den Grenzen abgewiesen. Dennoch kommen viele Flüchtlinge, insbesondere aus Europa nahegelegenen Krisen und Kriegsgebieten, nach Westeuropa, um hier Schutz vor Verfolgung zu finden.

Kein Asyl für Kriegsverweigerer

▶ Wie mit denjenigen umzugehen sei, die sich, insbesondere in einer Kriegssituation, dem Zwang zum Dienen widersetzen, darin sind sich alle Staaten in frappierender Weise einig. Fahnenflucht gilt als Verrat an der gemeinsamen Sache. Was für den eigenen Soldaten Geltung haben soll, wird auch gegenüber anderen Staaten nicht in Frage gestellt. Das schließt das Recht mit ein, Krieg zu führen und dafür auch die Ressource Mensch zu verwenden. Darum haben Fahnenflüchtige, die z.B. in europäische Länder fliehen, um hier Schutz zu suchen, wegen der drohenden Bestrafung keine Möglichkeit Asyl zu erhalten. Der26 VGH Baden-Württemberg schreibt z.B. in einer Entscheidung vom 6.2.1985: »Die sowohl innerstaatlich als auch völkerrechtlich ausdrücklich anerkannte allgemeine Wehrpflicht ist ein legitimer Ausdruck der jedem Staat kraft seiner Souveränität zustehenden Wehrhoheit. Dies gilt nicht nur für die Länder, die sich durch eine freiheitlich-demokratische Ordnung auszeichnen, sondern beansprucht Geltung auch für weltanschaulich totalitäre Staaten.« Die Folge dieser Rechtsprechung ist, daß Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus anderen Staaten kein Schutz gewährt wird. Sie sind von Abschiebung und damit auch von der Auslieferung an das Militär bedroht, dem sie entgehen wollten.

Auch die Wahrnehmung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung wird Flüchtlingen abgesprochen. Das deutsche Grundrecht in seinem Artikel 4 Abs. 3 GG hat Gültigkeit nur für deutsche Staatsbürger, so die deutschen Gerichte. Flüchtlinge, die sich darauf berufen und Schutz beanpruchen, da in ihren Herkunftsländern das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht akzeptiert wird, werden abgewiesen und letztlich abgeschoben.

Judith Kumin, Vertreterin des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge in Deutschland, erklärte am 6. Mai 1995, daß es »die Einheit des Völkerrechtes gebiete, jenen Deserteuren Schutz zu gewähren, die nicht an militärischen Aktionen beteiligt sein wollen, die für völkerrechtswidrig erklärt worden sind. Falls keine Alternativen bestehen, ist ihre Flucht insofern nur eine konsequente Handlung, um sich überhaupt völkerrechtskonform verhalten zu können. Das Völkerrecht kennt durchaus eine persönliche Verantwortlichkeit im Hinblick auf Kriegsverbrechen, wie sie z.B. in den Genfer Rot-Kreuz-Konventionen benannt sind.«

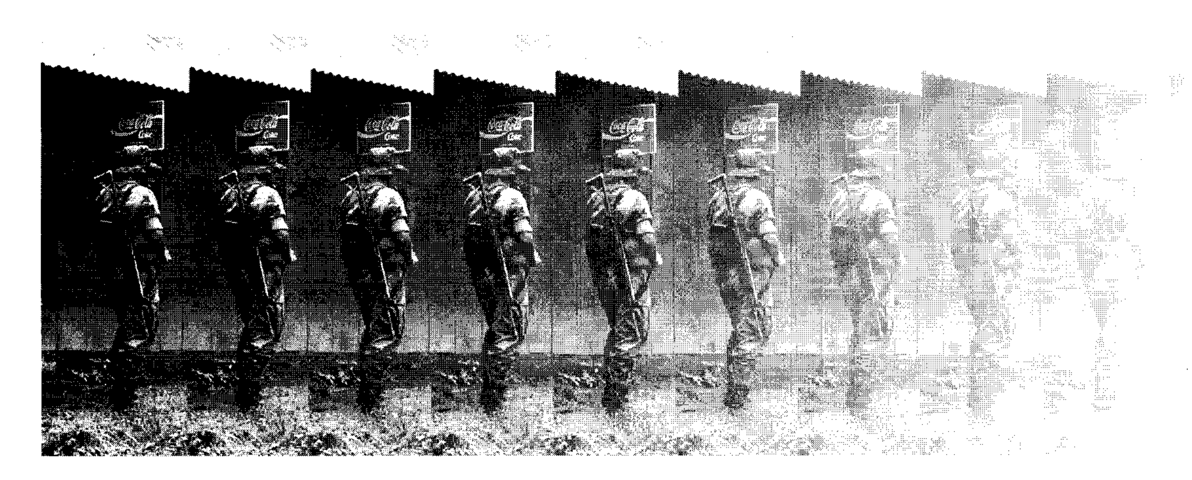
Der Verweis auf das Völkerrecht lenkt allerdings von der grundsätzlichen Problematik ab. Der Versuch, Krieg und die damit verbundene Vernichtung von Menschen von der zivilen Bevölkerung zu trennen, geht völlig an der Realität vorbei und verharmlost diese. Wenn man es ernstnehmen würde, wären Kriege grundsätzlich undurchführbar. Dennoch könnten diese Argumente für Flüchtlinge hilfreich sein.

Wenn wir uns allerdings die Beschlußlage zu den ca. 40 stattfindenden Kriegen ansehen, läßt sich feststellen, daß nur sehr wenige von ihnen als völkerrechtswidrig von der Internationalen Staatengemeinschaft verurteilt worden sind. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien wurde als völkerrechtswidrig benannt, der Krieg der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung dagegen nicht. Das Kriterium der Völkerrechtswidrigkeit ist also in sehr starkem Maße von der internationalen Politik abhängig und daher nur sehr eingeschränkt wirksam. Ein Beispiel für seine Wirksamkeit ist die Resolution 33/165 der Vollversammlung der UN von 1978, in der das Recht aller Personen anerkannt wird, den Dienst in Militär oder Polizei, die der Durchsetzung der Apartheid dienen, zu verweigern. Die Mitgliedstaaten wurden zudem aufgefordert, diesen Personen Asyl oder sichere Durchreise zu garantieren. Australien, Botswana, Kanada, Lesotho, die Niederlande, Norwegen, Swaziland, Großbritannien, die USA und Zimbabwe kamen dieser Aufforderung nach. Die BRD hielt sich nicht an diesen Beschluß.

In der Regel wird in den Asylverfahren und Entscheidungen zu Aufenthaltsregelungen nach dem Ausländergesetz über solche Deserteure und Kriegsdienstverweigerer entschieden, die sich dem Kriegsdienst entzogen, dies aus Furcht vor Verfolgung in ihrem Herkunftsland jedoch nicht öffentlich gemacht hatten. Aktuell gibt es inzwischen in Deutschland Fälle von kurdischen Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei, die auch wegen ihrer öffentlichen Verweigerung Asyl erhalten haben. Grund dafür war zum einen, daß ihre Verweigerung in Zusammenhang mit ihren politischen Aktivitäten in der Türkei stand; zum anderen, daß ihre betont öffentliche Verweigerung eine zusätzliche Strafe und nach Auffassung der Gerichte in der Türkei als »separatistische Aktivität« angesehen werden könnte. Auf keinen Fall ist aber eine öffentliche Verweigerung grundsätzlich günstig für ein Asylverfahren. Durch die restriktive Auslegung der Gerichte kann sie ebensogut die Sachlage im Asylverfahren verschlechtern.

Über 40 Kriege werden derzeit geführt. An vielen Kriegen ist Deutschland unmittelbar oder mittelbar beteiligt. Deutsches Militär bildet Militär in über 70 anderen Ländern aus, es ist in der Türkei und im ehemaligen Jugoslawien stationiert. Waffen werden in Kriegsgebiete, wie z.B. in die Türkei, geliefert. Und nicht zuletzt werden den Kriegsherren die Rekruten, das Menschenmaterial, ausgeliefert. Zugleich schottet sich Westeuropa gegenüber den Flüchtlingen ab. Internationale Solidarität heißt deshalb, an einem konkreten Punkt anzusetzen, um gegen diese Politik zu arbeiten (siehe Kasten). In der Unterstützung von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern besteht eine praktische Möglichkeit, diejenigen zu unterstützen, die sich mit ihrer Entscheidung gegen die Ziele der Kriegsherren aussprechen.

▶ **Rudi Friedrich** ist Maurer, Dipl. Soziologe und Mitarbeiter von Connection e.V.





Globalisierung II

Alle Welt spricht von Globalisierung, ein wahrhaft globales Phänomen. Die Tagesschau tut's und der SPIEGEL strickt eine reißerische Titel-Story: »Total Global – Wie der Turbo-Kapitalismus die Welt verändert«. Über eine Revolution des Raum-Zeit-Verhältnisses freuen sich kommunikationsfreudige Internet-Surfer, die ganze Welt sei vernetzt (oder neudeutsch: vernetzwerkt) und jeder Ort online verbunden, so daß man von einem 'global village' sprechen dürfe.

In Politik und Ökonomie soll der Begriff die weltweiten Strukturveränderungen in den achtziger und neunziger Jahren beschreiben – das Spiel ohne Grenzen. Als typisches Strukturmerkmal für Globalisierung gilt so erstens die Expansion des Welthandels, die den Weltmarkt in einen globalen Basar verwandele. Zweitens wird auf die relative Bedeutungszunahme von transnationalen Unternehmen hingewiesen, die als 'global players' immer unabhängiger von den Nationalstaaten werden. Letzteren wird drittens ein Bedeutungsverlust oder ein Funktionswandel hin zu einem Wettbewerbsstaat nachgesagt. Viertens ist mit Globalisierung die globale Durchsetzung des kapitalistischen Weltmarktes gemeint, der nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme möglich wurde. Das nächste Strukturmerkmal ist das Wachstum des internationalen Finanzwesens und die hohe Dynamik von Finanztransaktionen. Schließlich meint, wer von Globalisierung spricht, die Entgrenzung von Problemlagen wie zum Beispiel die ökologische Frage, denn das Ozonloch ist für uns alle da.

Was ist neu am Kapitalismus, Ende des 20. Jahrhunderts? Das war die Frage, der wir in Nummer 216 auf verschiedenen Pfaden nachgingen. Einige Stichworte möchten wir in den zweiten Teil des Themenblocks hinüberretten: die Beschleunigung von Kapital in seiner Geldform mittels moderner Kommunikationstechnologien, also die Beschleunigung in der Zeit, die soziale Desintegration und politische Deregulierung bewirkt; Produktivitätspakt statt Gesellschaftsvertrag; qualitative Veränderungen im Weltmarktgeschehen, die neue Regulationsformen erfordern, etwa den Wettbewerbsstaat; Globalisierung als politisches Projekt, als Klassenkampf; die Wertform der Ware als Krise einer Gesellschaft, die immer wieder die Herstellung von Akkumulationsbedingungen leisten muß; die Schimäre Internationale Zivilgesellschaft, in der NGOs, als Agenten der Menschheit jenseits von Macht und Profit die Nationalstaaten als Akteure beerbten.

Im Begriff der Globalisierung schwingt die Hoffnung mit, daß die Menschen zusammenrücken und nationalstaatliche Spaltungen und Grenzen überwinden. Es war unser Anliegen darauf hinzuweisen, daß die Entgrenzung von Gesellschaften und Lebenswelten im Kapitalismus Prozesse der Vereinheitlichung *und* der Fragmentierung sind. Der Mensch wird auch im globalen Dorf nicht Subjekt, sondern ist Anhängsel einer Maschinerie, die er nicht steuern kann. So verschwindet die Kritik der politischen Ökonomie nicht von der Tagesordnung, denn die Ökonomie ist mehr denn je Dreh- und Angelpunkt allen sozialen und politischen Geschehens. Sie zwingt die Menschen, ihre Ansprüche und Interessen ökonomischen Belangen unterzuordnen und andere Individuen primär als Konkurrenten anzusehen. Da hilft kein Dorf, kein Gerede von der Menschheit, die runde Metapher von der Globalisierung hat einen eckigen Kern.

Theoretisierende Beiträge, die an das erste Globalisierungsheft anknüpfen, sind die Artikel von Bernd Röttger und Kurt Hübner. Ersterer thematisiert die Anforderungen, die die qualitativen Veränderungen des Kapitalismus an eine kritische Theorie der Gesellschaft stellt. Hübner widmet sich der (neben der Entgrenzung) zweiten zentralen These des Globalisierungstheorems, der Entstofflichung. Er geht der Frage nach, ob sich das Finanzkapital vom Industriekapital abgekoppelt hat und überhaupt abkoppeln kann. Diese beiden Beiträge sind sehr anspruchsvoll und kaum vor dem Schlafengehen zu genießen. Aus inhaltlichen Gründen wollen wir nicht auf sie verzichten.

Die räumliche Dimension der Globalisierung, vor allem ihre Gegenbewegung, die Regionalisierung, wird ein Dauerthema in der **iz3w** bleiben. In den nächsten Heften werden wir die Portraits einzelner Wirtschaftsblöcke und -räume (ASEAN, NAFTA, EU etc.) präsentieren. In diesem Heft wird die räumliche Dimension durch die Auflösung von Zentrum und Peripherie im Weltmaßstab, bzw. ihre Rekonstruktion in den Weltmetropolen, unter anderem in Rio de Janeiro, berührt.

So bleibt noch Raum genug, um eine Kritik an der These vom erodierenden oder seine Funktion verändernden Nationalstaat abzudrucken, wie sie im letzten Globalisierungsheft von Joachim Hirsch, Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf und Georg Lutz vertreten wurde. Den Themenblock beginnen wir aber mit einer Erörterung der Auswirkungen der Globalisierung auf das Geschlechterverhältnis.

die redaktion

Leerstellen
Geschlechter- und Erwerbslagen im Umbruch

von **Susanne Frank**


Foto: C. Bergmann/version

'Globalisierung' ist in aller Munde. In aller? Nein! Überraschenderweise gibt es im überbordenden Diskurs eine Leerstelle: Frauen haben sich in dieses offene Feld der Auseinandersetzung bislang kaum eingeschaltet, um die Relevanz der Globalisierung für die Entwicklung der Geschlechterverhältnisse auszuloten. Dies ist erstaunlich, denn offenkundig lassen die globalen Veränderungen die nationalen, regionalen und lokalen Geschlechterverhältnisse nicht unberührt.

▶ In komplexen Vermittlungszusammenhängen von Geschlecht, Herrschaft und (inter)nationaler Ungleichheit schlagen globale Interdependenzen transformierend auf die nationalen, regionalen und lokalen Geschlechterverhältnisse durch. [1]

Der Weg, auf dem die globale ökonomische Restrukturierung spürbar zu den einzelnen kommt, ist die Neuorganisation der Arbeitswelt mit all ihren gesellschaftlichen Folgen. Deshalb soll der Fokus dieser Bestandsaufnahme auf neuere Tendenzen der Frauenerwerbstätigkeit gerichtet werden. Es zeigt sich, daß Frauenarbeit und spezifisch 'weibliche' Arbeitsbedingungen eine zentrale Rolle im gegenwärtigen Restrukturierungsprozeß spielen.

Bei einer ersten Annäherung springt zunächst eine scheinbar paradoxe Entwicklung ins Auge: Trotz der unbestreitbaren 'Feminisierung des Arbeitsmarktes' werden ein 'patriarchales roll back', ein 'disempowerment der Frauen' oder das 'Verschwinden der Frauen aus der Öffentlichkeit' beklagt. Diese Diagnose verweist die langgehegte Vorstellung der 'alten' Frauenbewegung, nach der die massenhafte Teilnahme von vormalig unbezahlten 'Hausfrauen' an der Lohnarbeitswelt die Frauenemanzipation vorantreiben würde, ins Reich des Wunschdenkens.

Solche und andere Entwicklungen werden plausibler, wenn man sie systematisch auf 'Globalisierungsprozesse' bezieht. Statt dessen bleiben die feministischen Debatten um Umbrüche in den Geschlechterlagen zumeist ganz traditonell den betreffenden nationalen Politikrahmen verhaftet. Diese Feststellung gilt gerade auch für den deutschen Kontext. In der Fixierung auf den Transformationsprozeß infolge der deutsch-deutschen Vereinigung werden Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen hierzulande zumeist als 'hausgemachte' Probleme diskutiert. Ein Beispiel hierfür ist die allzu griffige Formel von 'Frauen als Verliererinnen der deutschen Einheit', die von feministischer Seite inzwischen mehrfach scharf kritisiert worden ist. Im Gegensatz zu einer solchen verengten Sichtweise haben insbesondere Brigitte Young (1993) und Hildegard Maria Nickel (1995) darauf hingewiesen, daß der eine, der deutsch-deutsche Transformationsprozeß, eingelagert ist in einen zweiten, nämlich in jenen durch globale Veränderungen induzierten Übergang vom Wohlfahrts- zum Leistungsstaat, der in der alten Bundesrepublik spätestens mit der neokonservativen Wende (1982) begonnen hat. Dieser doppelte Umbruch, so die Autorinnen, zeitige uneindeutige Folgen für die Situation von Frauen, indem er einerseits Gefahren berge, andererseits aber auch neue Chancen eröffne. In diesem Text soll der Akzent dahingehend verschoben werden, daß, sofern heute überhaupt noch generalisiert werden kann, insgesamt eine Prekarisierung von Frauenlagen zu beobachten ist.

Ambivalente Frauenlagen im Fordismus

▶ Der alarmierte Blick auf die Aufkündigung der Verteilungskompromisse dürfe nicht dazu verführen, die Geschlechterverhältnisse im fordistischen Wohlfahrtsstaat als »goldenes Zeitalter« zu verklären, hat Susan Ruddick mit Blick auf die us-amerikanischen Auseinandersetzungen gemahnt (1992:293). Diesen Ratschlag sollte auch die hiesige Debatte beherzigen. [2] Einerseits zwar stellte der bundesdeutsche 'sozialpartnerschaftliche' Kompromiß mit seiner ausgleichenden Sekundärverteilung »die schmale materielle Grundlage für eine Vielzahl emanzipatorischer Schritte« von Frauen bereit (Nickel 1995:24). Andererseits aber blieben das Sozialstaatsmodell und die bürgerliche Geschlechterordnung – wie in allen westlichen Industriestaaten – bis heute um die Vorstellungen 'heterosexuelle Normalfamilie mit männlichem Ernährer', 'Versorgerehe', 'Familieneinkommen' und die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit nach Geschlecht zentriert. Damit sind der Integration von Frauen in das Erwerbsleben nach wie vor strukturelle Grenzen gesetzt.

Dennoch konnten sich Frauen in den 70er und 80er Jahren auch in der alten Bundesrepublik einen festen Platz auf dem Arbeitsmarkt erkämpfen. Allerdings wurden sie wie in allen westlichen Industriestaaten zumeist als 'gering qualifizierte' industrielle Niedriglohnarbeiterinnen oder als 'kleine Angestellte' ohne große Aufstiegsperspektiven beschäftigt: »Zuletzt angeheuert, zuerst gefeuert«. Oder die Frauen fanden im expandierenden Sozialstaat 'ihren' Arbeitsplatz in den Arbeitsfeldern Betreuung, Pflege, Sozialarbeit. Insofern hat der keynesianische Wohlfahrtsstaat die häusliche Arbeitsteilung der Geschlechter am Arbeitsmarkt in Form von »work ghettos« reproduziert (Hagen/Jenson 1988:9).

Prekäre Frauenlagen im Postfordismus

▶ Aufgrund der 'Globalisierung' genannten ökonomischen Transformationsprozesse, im Zuge fortschreitender Individualisierung und nicht zuletzt als Resultat feministischer Strategien und frauenpolitischer Förderungsmaßnahmen erodiert die ideologische und strukturelle »Hegemonie des fordistischen 'kollektiven Subjekts', des weißen Mittelklassemanns« (Ruddick 1992:294). Mit dem 'männlichen Familienoberhaupt' ist auch das etablierte industriell-national-sozialstaatliche Geschlechterarrangement empirisch und normativ in Frage gestellt: »Die bestehenden Wohlfahrtsstaaten basieren auf Annahmen über die Geschlechter, die immer weniger mit dem Leben und dem Selbstverständnis vieler Menschen übereinstimmen.« (Fraser 1994:351) Tradierte Geschlechternormen greifen immer weniger, konventionelle Familienvorstellungen schon gar nicht mehr. Frauen lösen sich aus patriarchal-familialen Abhängigkeitsverhältnissen und drängen selbstverständlicher in die Erwerbstätigkeit. So konnten die Arbeitsmarktberichte zu Beginn der 90er Jahre Frauen als die »Gewinnerinnen des Arbeitsmarktes« feiern (zit. n. Winkel 1995:35). Solche Euphorie vermittelt aber ein ebenso schiefes Bild wie die Viktimisierung von Frauen in den 'Verliererinnen'- Szenarien.

Der statistische Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit ist vorrangig auf den sektoralen Strukturwandel in Richtung der sog. Tertiarisierung zurückzuführen. Im Zuge der Entwicklung von Dienstleistungsgesellschaften hat derjenige Bereich, der für Frauenbeschäftigung traditionell am wichtigsten ist, am stärksten expandiert. Dies bedeutet aber nicht, daß Frauen – trotz im Durchschnitt besserer Qualifikation – in den Hierarchien von Betrieben und Verwaltungen aufgestiegen wären, und der sattsam bekannte Rückstand von Frauen bei Löhnen und Gehältern besteht nahezu unverändert fort (ebd.: 39). Ironischerweise verhilft also gerade die starke geschlechtsspezifische Segregation der Arbeitsmärkte Frauen dazu, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt in quantitativer Hinsicht zu festigen und auszubauen. [3] Warum muß diese Entwicklung beunruhigen?

Die 'neue' Arbeitsmarktstruktur der flexiblen Dienstleistungsökonomie ist durch zwei zusammengehörige Entwicklungen gekennzeichnet. Auf der einen Seite wächst die Bedeutung der hochqualifizierten Arbeitsplätze und Berufe, die die Eigenschaften des modernen Erfolgsmenschen verlangen: Mobilität, Flexibilität, Kreativität, Durchsetzungs- und Teamfähigkeit usw. Unter Ausdünnung der Mitte bringt der Restrukturierungsprozeß jedoch maßgeblich Arbeitsverhältnisse am unteren Ende der bestehenden Hierarchie hervor. Die Zunahme von Dienstleistungen in marginalisierten Beschäftigungsverhältnissen ist charakteristisch für die Veränderungen der Erwerbsstrukturen, insbesondere in den modernen Stadtgesellschaften. Der informelle Sektor mit seinen peripheren bis illegalen, in jedem Fall aber arbeits- und vertragsrechtlich kaum bis gar nicht geschützten Arbeitsverhältnissen wächst an. Nicht formell lohnförmige Arbeitsverhältnisse ohne volle Sicherung im Falle von Mutterschaft, Krankheit oder Invalidität, Arbeitslosigkeit oder Alterssicherung drohen sich im postindustriellen Kapitalismus nicht nur zu veralltäglichen, sondern auch noch stärker zu vergeschlechtlichen. Dieser Arbeitsmarkt ist der boomende Frauenarbeitsmarkt, und in Hinblick auf diese Strukturen tritt auch die völlig unzureichende soziale Sicherung von Frauen voll zu Tage. In diesen Themenkomplex gehört somit auch das Stichwort von der 'Feminisierung der Armut', die am härtesten alleinerziehende Frauen trifft (Goldberg/Kremen 1990).

Arbeitsverhältnisse am unteren Ende der bestehenden Hierarchie

Was aber macht Frauen als Arbeitskräfte heute so attraktiv? Empirische Untersuchungen haben hinreichend belegt, daß Arbeitgeber von weiblicher und männlicher Arbeitskraft unterschiedlichen Gebrauch machen. Wenn sich also abzeichnet, daß die Nachfrage nach flexiblen und teilzeitarbeitenden Arbeitskräften gerade Frauen 'zugute' kommt, so gibt es dafür eine Reihe von Gründen, die hier keinesfalls vollständig aufgeführt sind. Sie alle verweisen auf die konstitutive Bedeutung von 'Geschlecht' für die Organisation der Arbeitswelt, der Qualifikationsstrukturen, der Entlohnungsmuster etc.

Erstens besteht Nachfrage besonders bei sog. niedrig- oder unqualifizierten Arbeiten in der (keineswegs verschwundenen) industriellen Massenproduktion, namentlich in der Leichtindustrie, die, da häufig hoch repetitiv oder feinmotorisch anspruchsvoll, besonders viel Geduld, Routine, Geschicklichkeit oder sonstige Eigenschaften erfordern, die gemeinhin eher Frauen zugeschrieben werden. [4] Zweitens sind Frauen häufiger als Männer gezwungen, sich auf wechselnde bzw. instabile Arbeitsverhältnisse einzulassen. [5] "It is this lifetime flexibility of individual women workers, not just their willingness to take part time employment at low rates of pay, that makes them attractive to employers.« (Stubbs/Wheelock 1990: 158) Drittens haben Frauen traditionell geringere Bindungen an Gewerkschaften, weshalb Arbeitskämpfe oder organisierte Auseinandersetzungen weniger erwartet werden. [6]

In einer weiteren ironischen Wendung läßt sich also resümieren, daß in der Ära der Deregulierung gerade die vormalige marginale Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt die Verallgemeinerung 'weiblicher' Beschäftigungsverhältnisse so attraktiv macht – und das auch zum Nachteil von Männern, aber nicht zum Vorteil von Frauen: »Women, who have always been at the margin of the labor force, now might even replace men as the 'model worker' in a situation where employers frequently seek to base their employment strategies precicely in such marginal categories.« (Hagen/Jenson 1988:11)

Polarisierung von Frauenlagen

▶ An dieser Stelle soll nicht unterschlagen werden, daß eine kleine, aber wachsende Minderheit von Frauen von den Umbruchprozessen der Arbeitsstrukturen und Geschlechterlagen profitiert hat. Hervorragend ausgebildet und karriereorientiert, haben sich diese Frauen Zugang zu besagten hochdotierten Spitzenpositionen der vormaligen 'Männerdomänen'

des ersten Arbeitsmarktes verschafft. Diese Frauen, die in den meisten Fällen mit einem/einer ebenfalls berufstätigen Partner/ Partnerin zusammenleben, können es sich nicht zuletzt deshalb leisten, sich von der Mehrfachbelastung Familie, Haushalt und Beruf bzw. von alten Rollenmustern zu befreien, weil sie die Reproduktionsarbeiten als Dienstleistungen einkaufen (Putzen, Kochen, Kinderhüten, Hunde ausführen usw.). Die dritte Ironie: Gerade an den Vergabestrukturen dieser haushaltsbezogenen Dienstleistungen läßt sich die wachsende Polarisierung von Lebens- und Erwerbslagen zwischen Frauen besonders gut aufweisen. Nicht nur in Deutschland ist die Entwicklung einer heiklen Arbeitsteilung zu beobachten, im Rahmen derer die ungeliebte traditionelle 'Frauenarbeit' im Haus zunehmend an (legale und illegale) Migrantinnen delegiert wird. [7]

Die Sparte der 'neuen Hausangestellten', deren Tätigkeit zu den schlechtbezahltesten und am wenigsten abgesicherten des neuen informellen Arbeitsmarktes gehört, ist nur ein Beispiel dafür, wie sich der Zusammenhang von Geschlecht und instabiler sozialer Situation noch mit anderen sozialen Schichtungskategorien moderner Gesellschaften hierarchisierend verbindet. Dieses Muster läßt sich auf andere 'Frauenarbeitsbereiche' übertragen: »Die Formen traditionell als weiblich definierter Arbeiten und Tätigkeiten, die Frauen in hochindustrialisierten Gesellschaften teilweise verweigern, jedenfalls aber nicht mehr in ausreichendem Maße übernehmen, werden weder abgeschafft noch zwischen Männern und Frauen geteilt. Sie werden den Frauen anderer Kontinente und Kulturen zugewiesen. Das gilt für die Fließband- und Putzarbeit ebenso wie für die Prostitution und das Gebären und Aufziehen von Kindern sowie die Reproduktion der Arbeitskraft.« (Potts 1993: 87)

Im Zuge des Abbaus der sozialen Sicherung und im Übergang zum 'Leistungsstaat' bestimmt die Stellung auf dem Arbeitsmarkt zunehmend über individuelle und kollektive Chancen der Befriedigung materieller, sozialer und kultureller sowie emanzipatorischer Bedürfnisse. Da sozial konstruierte Merkmale wie Geschlecht, Herkunft, Alter, Ethnizität und Staatsangehörigkeit etc. maßgeblich über den Zugang zum und die Plazierung auf dem Arbeitsmarkt entscheiden, gewinnen sie als Hebel der Positionierung im sozialen Raum wachsende Bedeutung. [8]

In ihrer Kombination werden sie noch stärker als bisher zu Mechanismen sozialer Ungleichheit, indem sie nicht nur zu neuen Differenzierungsschüben zwischen Frauen und Männern, sondern auch und gerade unter Frauen führen. Härtere Zwischen-, aber gerade auch gleichgeschlechtliche Verteilungskämpfe um soziale Ressourcen und noch stärker nach Geschlecht und/oder Ethnizität usw. segregierte Arbeitsmärkte sind die Folge. Frauen als homogene soziale Gruppe sind hierbei weder Gewinnerinnen noch Verliererinnen. Es gibt eine solche Gruppe mit gemeinsamen Interessen schlicht nicht mehr. Genauso unsinnig ist es zu behaupten, daß Männer im allgemeinen von den Umbruchprozessen profitieren. Die alte These von einer Interessenkongruenz zwischen Männern, Kapital und Staat ist ebenfalls löchrig. Die herausragende Rolle der Kategorie 'Gender' im Transformationsprozeß der Geschlechter- und Erwerbslagen liegt gerade in ihrer Eignung, alle Interessen zu spalten.

Anmerkungen:

1 Einen analytischen Rahmen zur Untersuchung der »Bedeutung des Geschlechterverhältnisses als Strukturzusammenhang für ein Verständnis des Weltsystems« entwirft zuerst Ilse Lenz (1995).

2 Siehe z.B. die Äußerung von Baethge/Oberbeck: »Aus heutiger Sicht stellt der Zeitraum von Mitte der 60er bis Ende der 70er Jahre eine kurze (Traum-)Episode der Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern dar.« (1986, zit. n. Goldmann 1993:116)

3 Die optimistische Prognose, die Frauenbeschäftigung werde weiter ansteigen, da der Trend zur 'Tertiarisierung' ungebrochen sei, ist allerdings mit der Beobachtung zu relativieren, daß Arbeitsplatz- und Qualifikationsgewinne im Dienstleistungssektor die Arbeitsplatz- und Qualifikationsverluste in den anderen Sektoren nicht kompensieren. Die Rede von der 'Tertiarisierung' sei »insofern irreführend, als daß die Orte des ökonomischen Niedergangs und des wirtschaftlichen Aufstiegs weder im regionalen noch im nationalen Maßstab die gleichen sind und daß die beruflichen Qualifikationen der einen sozialen Gruppe entwertet werden, während für die neuen Arbeitsplätze teilweise gänzlich andere Qualifikationen notwendig sind« (Dangschat 1995:52).

4 Im Zentrum einer grundsätzlichen Analyse hätte der Begriff der Qualifikation selbst zu stehen, der ein hochgradig vergeschlechtlichtes Konzept darstellt (»Männer haben Qualifikationen, Frauen haben Talente«). Vgl. Jenson (1989).

5 In Großbritannien geben 75% der 'Arbeiterfrauen' an, aus ökonomischer Notwendigkeit zu arbeiten (im Vgl. zu 42% der Frauen der 'service'-class). Vgl. McDowell (1991:93).

6 Die Bedeutung des geringeren Organisationsgrades von Frauen für die Einstellungspolitik von Unternehmen wird eindrucksvoll belegt in den Aufsätzen von Nelson (1986) und McDowell/ Massey (1984).

7 Daß die Migrantinnen deshalb aber nicht als bloße Opfer einer zwei- oder dreifachen Unterdrückung angesehen werden dürfen, betont Felicitas Hillmann (1996) in ihrer Untersuchung über die Migrationsstrategien von Frauen aus der 'Dritten Welt' nach Europa.

8 Dies gilt umso mehr, als der Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Produktionsweise gekennzeichnet ist durch die Abkehr von den Normen der Massenproduktion für den Massenkonsum, also von nachfrageorientierten Produzentenmärkten. Das neue technisch-ökonomische Paradigma privilegiert die flexible, eben nicht standardisierte Produktion mit angebotsseitiger Orientierung auf einen sich individualisierenden Nachfragemarkt. Eine starke Differenzierung der Konsummuster nach Kaufkraft hat eingesetzt.

▸ **Susanne Frank** ist Soziologin an der Universität Freiburg.

Literatur

Dangschat, Jens S. (1995): 'Stadt' als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung, in: APuZ B31-32: 50-62

Fraser, Nancy (1994): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment, in: Axel Honneth (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Ffm: 351-376

Goldberg, Gertrude Schaffner/ Kremen, Eleanor (1990): The Feminization of Poverty – Only in America?, New York / Westport, Connecticut / London

Hagen, Elisabeth / Jenson, Jane (1988): Paradoxes and Premises. Work and Politics in the Postwar Years, in: Dies./ Reddy, Ceallaigh (Eds.): Feminization of the Labor Force. Paradoxes and Premises, Cambridge and Oxford: 3-16

Hillmann, Felicitas (1996): Jenseits der Kontinente. Migrationsstrategien von Frauen nach Europa, Pfaffenweiler

Hossfeld, Karen J. (1990): »Their logic against them«: Contradictions in sex, race and class in Silicon Valley, in: Kathryn Ward (Ed.): Women Workers and Global Restructuring, Ithaca: 149-178

Jenson, Jane (1989): The talents of women, the skills of men: flexible specialization and women, in: Stephen Wood (Ed.): The transformation of work? London: 141-155

Lenz, Ilse (1995): Geschlecht, Herrschaft und internationale Ungleichheit, in: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Ffm/NY: 19-46

McDowell, Linda (1991): Restructuring production and reproduction: some theoretical and empirical issues, relating to gender, or women in Britain, in: Mark Gottdiener/ Chris Pickvance (Eds.): Urban life in transition (Urban Affairs Annual Review Vol.39), Newbury Park, Ca.: 77-105

McDowell, Linda/Massey, Doreen (1984): A woman's place?, in: Doreen Massey/ Allen J. Scott (Eds.): Geography matters! A reader, Cambridge: 128-147

Nelson, Kristin (1986): Labor demand, labor supply and the suburbanization of low-wage office work, in: Allen J. Scott/ Michael Storper (Eds.): Production, Work, Territory. The geographical anatomy of industrial capitalism, Winchester, Ma.: 149-171

Nickel, Hildegard Maria (1995): Frauen im Umbruch der Gesellschaft. Die zweifache Transformation und ihre ambivalenten Folgen, in: APuZ B36-37: 23-33

Potts, Lydia (1993): Migrantinnen im Weltmarkt für Arbeitskraft, in: Arbeitsgruppe 501 (Hg.): Heute hier – morgen fort. Migration, Rassismus und die (Un)Ordnung des Weltmarkts, Freiburg: 84-87

Ruddick, Susan (1992): Das Gesellschaftliche konstruieren – Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter, in: Alex Demirovi et al. (Hg.), a.a.O.: 290-303

Stubbs, Cherrie/ Wheelock, Jane (1990): A Woman's Work in the Changing Local Economy, Aldershot

Winkel, Rolf (1995): Aufgeholt, aber nicht gleichgezogen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur beruflichen Situation und Existenzsicherung von Frauen in Nordrhein-Westfalen, in: APuZ B36-37: 35-44.

Young, Brigitte (1993): Asynchronitäten der deutsch-deutschen Frauenbewegung, in: PROKLA 94, 24. Jg., Nr.1: 49-63

Tanzende und versteinerte Verhältnisse
Was muß eine Theorie kapitalistischer Globalisierung leisten?

Foto: S. Adorf/version

von **Bernd Röttger**

Globalisierung hat die Köpfe erreicht. Nicht nur Gewerkschafter beklagen mittlerweile einen entfesselten Markt, der mit sozial desaströsen Wirkungen die Spielräume von Politik einschränkt. Dabei fällt auf, daß in der Kritik des Neoliberalismus immer wieder der Staat gegen den Markt und die Politik gegen die Ökonomie ausgespielt und nicht deren dialektisches Verhältnis begriffen wird. Die kapitalistische Globalisierung umfaßt aber die Gesamtheit der materiellen und ideologischen Lebensbedingungen der Menschen und muß daher als Totalität analysiert werden.

► Die sozial-desaströsen Wirkungen ungehemmter neoliberaler Umgestaltung sind nicht mehr zu leugnen: Gesellschaftsformationen, die durch das Wertgesetz kapitalistischer Akkumulation strukturiert sind, zerstören mit der Ausbildung von Massenarbeitslosigkeit und der drastischen Verschärfung der Einkommensunterschiede ihre eigenen sozialen Grundlagen. Nicht mehr die Gesellschaften reglementieren die Ökonomie, sondern umgekehrt: Die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise bestimmen das gesellschaftliche Leben, das Kapitalverhältnis wird ein gesellschaftliches. Es entstehen *»Gesellschaften des Verschwindens«* (Stefan Breuer) deshalb, weil die Universalisierung und Globalisierung des Kapitalverhältnisses dahin tendiert, *»alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen«* (Marx, Grundrisse: 189).

So werden die fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten in *»nationale Wettbewerbsstaaten«* (Joachim Hirsch) transformiert. Es entstehen neue Politikarenen auf trans- und subnationaler Ebene, die den Nationalstaat aushöhlen und neue Artikulationsmuster von ökonomischen, gesellschaftlichen und staatlichen Kräften ausbilden. Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses transformiert und konstituiert also politische Organe in zweierlei Hinsicht: Zum einen sollen diese Organe die gesellschaftliche Reproduktion globaler Kapitalakkumulation sicherstellen und das Klassenverhältnis stabilisieren. Gleichzeitig sollen sie aber auch neue Formen ideologischer Hegemonie produzieren, indem nicht nur eine diskursive Kopplung von weltwirtschaftlichen Sachzwängen und neoliberaler Umgestaltung hergestellt, sondern gleichzeitig mit der modernen Standort- und Wettbewerbstheorie oder dem Konzept von »global governance« ideeller Raum für die Identifikation der Beherrschten geschaffen wird. Ein jeder soll eingeladen werden, sich am Erfolg seiner »Nationalstaat GmbH« mitzufreuen, und das Gefühl vermittelt bekommen, am Sieg seines »Nationalteams« beteiligt gewesen zu sein. Oder die Identifikation wird hergestellt, indem in der Befriedung der Welt ein Sieg der Vernunft gesehen wird.

In der Durchsetzung dieser neuen Formen des bürgerlichen Staates und seiner Hegemonie werden die soziale Solidarität und damit die Kräfte sozialen Zusammenhalts der Gesellschaftsformationen systematisch ausgehöhlt. Im »französischen Herbst« 1995 und der Streikwelle vom Dezember des gleichen Jahres zeigte die scheinbare Ultra-Stabilität der global-kapitalistischen Formation erste Bruchstellen. Der Protest erwächst aus der kapitalistischen Globalisierung und richtet sich gleichzeitig gegen sie. *»Lieber französische Verhältnisse als amerikanische Zustände«*, propagierte ein IG-Metall-Plakat seinerzeit. Frankreich soll für die Linke zum »Modell« des Widerstands gegen Neoliberalismus, Flexibilisierungs- und Sachzwang-Ideologien hochstilisiert werden. Tatsächlich aber gelingt es allenfalls, die Prozesse der neoliberalen Restrukturierung der Gesellschaftsformationen zu verlangsamen, nicht aber sie zu durchbrechen.





Die Linke findet keine wirkungsmächtigen Hebel — Foto: S. Adorf/version

Von der politischen Opposition zur kritischen Theorie?

► Umso mehr ist es von Bedeutung, eine kritische Theorie der kapitalistischen Globalisierung zu entwickeln. Erste Versuche, einen Begriff von Globalisierung zu erarbeiten, sind bereits unternommen worden. Zum einen werden die gesellschaftlichen Legitimitationsschranken einer allein marktgetriebenen Restrukturierung der politökonomischen Realitäten des historischen Kapitalismus thematisiert, indem die Zuspitzung der sozialen Fraktionierung im Prozeß kapitalistischer Globalisierung als Resultat des asozialen Charakters des Marktes begriffen wird, eines Marktes, dem der Staat abhanden gekommen ist (Altvater/Mahnkopf 1996). Zum anderen werden die Fallstricke einer Analyse von Weltmarkttotalität hervorgehoben. Oskar Negt kritisiert die marxistische Tradition der »Ableitung« aus dem Allgemeinen in den Weltmarktanalysen, die sich auf die politische und gesellschaftliche Reproduktionsarbeit beschränkt und die aus dem Besonderen erwachsenen Widerspruchs- und Widerstandspotentiale ignoriert (Negt, in: Ingrao/Rossanda 1996). Letztlich geht es um eine **Theorie des Verhältnisses von Markt und Staat** unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung. In einer eigentümlichen Schlichtheit der Analyse wird der Kollaps der politischen Regulation konstatiert und Staatlichkeit lediglich neu eingefordert. Auf diesem Weg wird die Idee einer allein durch Staatlichkeit konstituierbaren Gesellschaft transportiert. Letztlich wird das Modell des Sozialstaats aus seinen historisch-spezifischen Entstehungsbedingungen gelöst, von seinen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abstrahiert und als Form eines Vergesellschaftungsprozesses begriffen, hinter die nicht mehr zurückgegangen werden kann. Tatsächlich aber wird das Verhältnis von Markt und Staat immer über gesellschaftliche Kräfte und Hegemonialbeziehungen vermittelt. Im Prozeß kapitalistischer Globalisierung verschieben sie sich dramatisch.

Es geht um die Frage der politökonomischen Konstitution von Hegemonie

Einer der ersten Theoretiker, der neben Marx die sozialen und politischen Prozesse des Kapitalismus in einer systematischen Analyse der Durchsetzung und Verallgemeinerung einer neuen Produktionsweise untersuchte, war der Politökonom und Wirtschaftstheoretiker Karl Polanyi. Er erkannte, daß im Zuge der Etablierung industrie-kapitalistischer Produktionsverhältnisse *»die Wirtschaft nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet«* ist (Polanyi 1995: 88f.). Vielmehr seien umgekehrt die sozialen Beziehungen dem Wirtschaftssystem untergeordnet.

Er desavouierte die verbreiteten *»Ideen eines selbstregulierenden Marktes«* als *»krasse Utopie«* (ebd.: 19). Tatsächlich kann mit diesen Ideen nicht begriffen werden, daß Ökonomie nicht nur ein Verhältnis des Menschen zur Natur bezeichnet, sondern daß sie eine soziale Veranstaltung und damit politisch ist. Marx hat die Ideen der bürgerlichen Ökonomie als *»Robinsonaden«* gegeißelt, da sie soziale Beziehungen, die durch das Kapitalverhältnis bestimmt sind, nicht wahrnimmt; sobald »Freitag« auf der Bildfläche erscheint, wird ein soziales Verhältnis sichtbar. Polanyi hat die soziale Existenz der Ökonomie als eine *»Doppelbewegung«* der kapitalistischen Produktionsweise analysiert, in der zwei Organisationsprinzipien freigesetzt werden: das *»Prinzip des Wirtschaftsliberalismus«*, das die alte Ordnung zerstört, und das *»Prinzip des Schutzes der Gesellschaft«*, durch das die Gesellschaftsformationen neu konstituiert werden (ebd.: 185).

Im Übergang zur bürgerlichen Herrschaft entsteht mit der Wissenschaft der klassischen Nationalökonomie von Adam Smith nach Polanyi sowohl die ideologische Form, *»in der die neue Form in unser Bewußtsein trat«* (ebd.: 122), als auch »das eindrucksvollste Instrumentarium, das je zur Zerstörung einer überholten Ordnung ersonnen wurde« (ebd.: 298). Die ideologischen Nebelbildungen, die Mystifikationen der realen Verhältnisse, die sie zu stabilisieren vermögen, sieht Polanyi durch die Kräfte der Philosophie und Theologie hervorgerufen. In diesen Bewußtseinsformen wird die Gesellschaft *»entdeckt«*, da die klassische Ökonomie keinen Begriff der Gesellschaft hat. Die Nationalökonomie steigt in den Bereich des Universellen auf. Erst aber auf der Grundlage der Analyse von Konkurrenz- und Klassenkämpfen kann die Doppelbewegung der kapitalistischen Produktionsweise als sozialer Prozeß verstehbar werden (ebd.: 122f).

Die gängigen Theorien kapitalistischer Globalisierung, die Staat und Ökonomie trennen und gegeneinander ausspielen, lassen diese Analyse der sozialen Durchsetzung einer neuen dominierenden Produktionsweise schmerzlich vermissen. Die neoliberale Globalisierung, über die sich die Neuformierung des Verhältnisses von Ökonomie und Staat vermittelt, bleibt so unverstanden. Tatsächlich nämlich setzt sich die kapitalistische Globalisierung über zwei Revolutionen durch, die die »Doppelbewegung« der kapitalistischen Produktionsweise zum Tragen bringen.

Die zwei Revolutionen kapitalistischer Globalisierung

► Der neoliberalen Entfesselung des Weltmarktes und seiner politischen *»Entbettung«* (Altvater/Mahnkopf) in den 80er Jahren durch den Thatcherismus und die Politik der Reagonomics kam zunächst die Funktion zu, die bestehenden Kräfteverhältnisse in den nationalstaatlich verfaßten Gesellschaftsformationen nachhaltig zugunsten transnational agierender Kapitalfraktionen zu verschieben und den Boden für die Verallgemeinerung eines neoliberalen Projekts zu bereiten. Dieser Prozeß kann als die **erste Revolution der kapitalistischen Globalisierung** begriffen werden.

Kees van der Pijl (1996) hat am konsequentesten die auf der Grundlage neoliberal restrukturierter nationaler Machtblöcke vorangetriebene Transformation des kapitalistischen Weltsystems in die Begrifflichkeiten einer Theorie gebracht. Er begreift die neoliberale Globalisierung des Kapitalismus als einen Prozeß, der das historische Nebeneinander von liberalen Staaten in den Metropolen der Weltökonomie und zentralistischen Staaten in der Peripherie durchbricht. Statt dessen setzt sich die bürgerliche Zivilgesellschaft global durch – eine Sphäre des *»universalen Egoismus«* also, die gegen den Staat als Sphäre des *»universalen Altruismus«* im Sinne der Rechtsphilosophie Hegels obsiegt. Tatsächlich verschärft sich die Krise der sozialen Integration überall – eine Folge der Zersetzung der fordistischen Klassenkompromisse und der ideologischen Formen, in denen ihre Konflikte ausgetragen werden.

Und in der Tat gehen die Prozesse der Entfesselung des Weltmarkts mit Tendenzen seiner *»Entstofflichung und Entgrenzung«* (Ulrich Menzel) einher. Diese Entwicklung schließlich treibt die Mystifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse voran.

Die Mystifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse

► Albert Camus beschrieb bereits 1957 die Gestalt einer Gesellschaft, in der die Mystifizierungen hegemonial geworden sind: *»Wenn eine Führungsschicht ihr Vermögen nicht mehr nach dem Morgen Land oder der Stange Gold mißt, sondern nach der Zahl von Ziffern, die theoretisch einer bestimmten Zahl von Tauschoperationen entsprechen, ist sie gleichzeitig bemüht, eine gewisse Art von Mystifikation in den Mittelpunkt ihrer Erfahrung zu stellen. Eine auf Zeichen gegründete Gesellschaft ist ihrem Wesen nach eine künstliche Gesellschaft, in der die leibliche Wahrheit des Menschen genasführt wird. Es ist darum nicht verwunderlich, daß diese Gesellschaft eine Moral starrer Grundsätze zu ihrer Religion gewählt hat und daß sie die Worte Freiheit und Gleichheit ebensogut über ihren Gefängnissen wie über ihren Finanztempeln anbringt.«*

Aufgrund der sozialen Integrationsprobleme des globalen Kapitalismus in den 90er Jahren bilden sich Elemente einer *»passiven Revolution«* (Gramsci) aus, Elemente einer Staat und Gesellschaft umwälzenden Anpassung an neue Bedingungen. Diese passive Revolution soll also gesamtgesellschaftliche Anpassungen organisieren, um Hegemonie zu festigen. Sie bewirkt die Herausbildung einer Konstellation *»regressiver Modernisierung«* (Frank Deppe), in der sich nicht nur die Sachzwänge des Weltmarktes durchsetzen können, sondern diese sich verstärkt mit neonationalistischen Theorien und Strategien sozialer Ausschließung koppeln.

Diese Dialektik von Ent- und Renationalisierung und von Akkumulation und Regulation, in die die neuen Standort- und transformierten Tarifpolitiken eingebunden werden, durchbricht die Definitionsmacht der maßgeblichen Akteure des Weltmarkts nicht. Das Kapital wird nicht an die *»Kette der Regulation«* (Marx) gelegt. Die erste Revolution kapitalistischer Globalisierung hatte die traditionellen Klassenbeziehungen aufgelöst. Der **zweiten Revolution** kommt nun die Funktion zu, die von Polanyi analysierte Doppelbewegung der kapitalistischen Produktion neu zu formieren – die von der Doppelbewegung freigesetzten Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus und des Schutzes der Gesellschaft. Mittels einer Strategie des *»Transformismus«* (Gramsci) wird die Idee solidarischer Gesellschaftlichkeit neu thematisiert, gleichzeitig aber neoliberal-hegemonial bearbeitet. Durch die Strategie des *»Transformismus«* der zweiten Revolution kapitalistischer Globalisierung wird die Bildung einer auf Klassen basierenden, organisierten Opposition gegenüber den Kräften neoliberal-bürgerlicher Hegemonie verhindert: soziale Solidarität wird in betriebsinterne, nationale oder bestimmte Teile der Arbeiterklasse betreffende verwandelt.

So entstehen tanzende Verhältnisse von Ökonomie und Staat. Altvater/Mahnkopf konnten deutlich machen, daß es kaum realistisch sei anzunehmen, daß die *»unterschiedlichen, ja konfligierenden Handlungslogiken von Ökonomie, Gesellschaft und Politik ... erneut kongruent werden«* (1996: 556). Das bedeutet zunächst aber nichts anderes, als daß die politökonomischen Verhältnisse, die Verhältnisse von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik komplizierter und vertrackter werden – so kompliziert jedenfalls, daß die zugrundeliegende soziale Macht- und Herrschaftsstruktur nicht mit simplen Entsprechungsmodellen von Akkumulation (Wirtschaft) und Regulation (Staat) offengelegt werden kann. Die tatsächlichen Verhältnisse der neuen Formation des historischen Kapitalismus und seine klassenstrukturellen Grundlagen bleiben unbegriffen. Ihre Analyse bedarf neuer theoretisch vermittelter Zugriffe, die nicht in den Definitionen des fordistischen Entwicklungsmusters eines historischen Kapitalismus erstarren, sondern die tanzenden Verhältnisse ernst nehmen und zum Ausgangspunkt neuer theoretischer Überlegungen erheben.

Dialektik von Akkumulation und Regulation

► Die entscheidende Frage ist, wie die Weltmarktmacht die Gesellschaftsformationen durchdringt, die Kräfteverhältnisse transformiert und so nachhaltig eine »Ordnung« schafft, in der die Befehlsgewalt des Weltmarkts Gehorsam findet, wie sich also die weltgesellschaftlichen Machtverhältnisse verändern. Es geht um die Frage der politökonomischen Konstitution von Hegemonie. Sie muß als Resultat einer Doppelbewegung kapitalistischer Globalisierung begriffen werden, weil nur aus der spezifischen Bewegungsform von Kräften der Vereinheitlichung und Kräften der Fraktionierung die von Polanyi analysierten Organisationsprinzipen kapitalistischer Produktion freigesetzt werden können. Die allseits beklagte Fraktionierung der kapitalistischen Weltgesellschaft muß also als Bestandteil eines *»prozessierenden Widerspruchs«* (Marx) verhandelt werden, über den sich eine neue Form der Klassenhegemonie durchsetzt. *»Der Postfordismus funktioniert durch soziale Ausgrenzung«* (Klaus Dörre, in: Ingrao/Rossanda 1996) genauso wie über weltwirtschaftlich-hierarchische Zwangsverhältnisse.

Tatsächlich nämlich bedurfte (und bedarf) die Durchsetzung neuer Formen des Kapital-Arbeits-Verhältnisses der »autoritären Regierungsintervention«, mithin also der nationalstaatlichen Fraktionierung und Hierarchisierung des Weltsystems. Auf ihrer Grundlage konnte die erste Revolution kapitalistischer Globalisierung vollzogen und konnten die nationalen Machtblöcke nachhaltig restrukturiert werden. Der Neoliberalismus, geboren aus dem Geist der Zerstörung der fordistisch-keynesianischen Gesellschaftsformationen und als Kraft der Durchsetzung global-kapitalistischer Akkumulation, entfaltet in der zweiten Revolution kapitalistischer Globalisierung eine Dialektik von Akkumlation und Regulation. Diese Dialektik tendiert dahin, dem Neoliberalismus in Gestalt regressiver Rückbindungen an die zum *»nationalen Wettbewerbsstaat«* (Hirsch) transformierten sozialen Nationalstaaten eine weniger »marktradikale« Ausprägung zu verleihen. Dies geschieht, indem der Wettbewerbsstaat durch den Diskurs über die Krise der sozialen Integration verstärkt Organisationen wie Gewerkschaften und Parteien einbindet. So kann er einen um so wirkungsmächtigeren Mechanismus entfalten, um seine klassenpolitischen Grundlagen zu verallgemeinern.

Nach Victor Hugo kommt einer Revolution die Funktion zu, *»die Rückkehr vom Künstlichen zum Wirklichen«* zu ermöglichen – heute die Entfaltung eines solidarischen Wirklichen der Gesellschaft, die die Mystifikationen des globalen Kapitalismus entschleiert und mit regulativen Ideen durchbricht. In der zweiten Revolution kapitalistischer Globalisierung jedoch werden Solidaritäten im bestehenden Rahmen der kapitalistischen Verwertungslogik neu durchbuchstabiert. Die marxsche Notiz, die *»versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zu zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt«*, wird doppelt obsolet: erstens ist es das Kapitalverhältnis selbst, das die versteinerten Verhältnisse der ökonomischen und politischen Formationen zum Tanzen bringt; zweitens findet die Linke keine wirkungsmächtigen Hebel, die Machtverhältnisse aufzubrechen, nicht zuletzt deswegen, weil die Partituren der kapitalistischen Globalisierung (noch) ungenügend begriffen sind. Gefordert sind nicht primär Versuche, die vorhandenen Oppositionen gegen die Beschleunigung neoliberaler Umgestaltung der ersten Revolution kapitalistischer Globalisierung in Theorie zu verdolmetschen, sondern zuvorderst eine doppelte Entmystifizierung, die immer am Anfang einer Rekonstruktion von Kritik steht: des Prozesses kapitalistischer Globalisierung genauso wie der Grundlagen ihrer Kritik.

Literatur

(Die folgende Litaraturliste umfaßt nur die zitierte Literatur. Die vollständige Liste kann beim **iz3w** bestellt werden.)

Altvater, E. / Mahnkopf, B. (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.

Ingrao, P. / Rossanda, R. (1996): Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken, Hamburg.

Polanyi, K. (1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 3. Aufl., Frankfurt/M.

► **Bernd Röttger** ist Mitherausgeber der Zeitschrift **links**.



Foto: R. Maro/version

Daheim sterbet d' Leut

Wider die These vom erodierenden Nationalstaat

von **Hans-Jürgen Burchardt**

Der Nationalstaat ist ein politisches Gebilde der internen Herrschaftsdurchsetzung und des externen Alleinvertretungsmonopols entlang territorialer Grenzen. Die Globalisierungsthese verkündet nun, daß Politik und Ökonomie räumlich auseinanderfielen. Das staatliche Regulierungspotential bleibt im Territorium des Staates kleben, während die Wirtschaft abhebt und deren Akteure weltweit tätig werden. Dies habe zur Folge, daß der Nationalstaat erodiere. Diese These hält einer kritischen Überprüfung nicht stand, behauptet der folgende Beitrag.

► Unter historischen Gesichtspunkten war die Geschichte des entwickelten Kapitalismus auch immer die Geschichte konkurrierender oder kooperierender Nationalstaaten: »*Ohne die Aufbereitung entsprechend kleiner oder größerer Wirtschaftsräume, die meistens mit den Grenzen von Staaten zusammenfallen, ist kohärente Produktivkraftentfaltung nicht möglich. Und erst nachdem diese jeweils vor Ort fortgeschritten ist, wird die Vernetzung entsprechender Wirtschaftsräume zum gegenseitigen Nutzen.*« [1] Kapital und Nationalstaat standen damit in einem dialektischen Verhältnis zueinander und nicht in einem Prozeß, in der die eine Seite die andere aufhebt. Es gibt nicht wenig Hinweise darauf, daß dies auch weiterhin der Fall sein wird: Denn trotz einer unbestrittenen Erosion nationalstaatlichen Regulierungspotentials in traditionellen Bereichen der Wirtschaftspolitik ist nicht ausgemacht, daß dieser Verlust nicht durch die Erschließung anderer Einflußbereiche mehr als kompensiert wird.

Die Kritik an verschiedenen Prämissen der Globalisierungsthese soll dies verdeutlichen: Zum einen ist deren Definition einer Fixierung von nationalstaatlicher Regulierung auf territoriale Räume nicht haltbar. Wie zum Beispiel ist damit das ambitionierte Interesse des deutschen Nationalstaates an einem Sitz im Weltsicherheitsrat und sein vehementes Drängen auf

eine Partizipation an zukünftigen internationalen Militäroperationen zu erklären? Oder wie die jüngste Verschärfung der US-Wirtschaftssanktionen gegen Kuba, die trotz einer mehrfachen Verurteilung der völkerrechtswidrigen Blockade durch die UN-Generalversammlung und trotz des Hinweises des Europaparlaments, daß diese Politik schon seit 1992 auf dem unzulässigen Grundsatz der Extraterritorialität gründet und gegen das Recht auf freie Ausübung der Souveränität der Staaten verstößt, im März 1996 ratifiziert wurde? Wie zum Hohn gegenüber dem darauf anschwellenden internationalen Protest verabschiedeten die USA Anfang August ähnliche Gesetze gegen Investitionen im Iran und in Libyen. Sanktionen, die die Wirtschaftsinteressen der anderen Triademitglieder empfindlich treffen und gleichzeitig beweisen, daß es sich im Falle der nordamerikanischen Kubapolitik nicht um eine Singularität handelt.

Schon diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß von einer Begrenzung nationalstaatlicher Politik auf eigenes Territorium keine Rede sein kann. Doch auch die geforderte Rekonstruktion von Regulierungspotential durch supranationale Institutionen läuft ins Leere: Internationale Institutionen waren schon immer mehr Transformationsriemen und Katalysator der Politik einiger Nationalstaaten als die Manifestation einer supranationalen Souveränität. Die jüngste Konsolidierung einer internationalen Organisation im Januar 1995 – gemeint ist die WTO – beweist dies exemplarisch: Der ihr vorausgehende Abschluß der Uruguay-Runde wurde primär durch konfliktive Polarisierungen einiger weniger Nationalstaaten dominiert. Gegenüber der häufig so gerühmten Verbesserung des WTO-Reglementariums müssen selbst Vertreter der Freihandelsdoktrin anerkennen: »*Die möglichen Sanktionen gegenüber Vertragsparteien, die WTO-Regeln verletzen, sind unzureichend und begünstigen die starken Handelsnationen wie die USA, Japan und die Europäische Union.*«[2] Falls diesen »Meistbegünstigten« ein Souveränitätsverlust durch die WTO drohen sollte, ist von Erosion des Nationalstaates trotzdem keine Spur, wie uns der US-Handelsbeauftragte des GATT belehrt: »Wenn es einen Konflikt zwischen der WTO und der US-amerikanischen Gesetzgebung gibt, wird immer letztere ausschlaggebend sein.«

Hier wird ganz deutlich: Es gibt keinen zwangsläufigen Gegensatz zwischen nationalstaatlicher und supranationaler Regulierung. Internationale Institutionen implizieren nicht grundsätzlich einen nationalen Souveränitätsverlust und somit eine Globalisierung von Politik, sondern können zum Gegenteil führen. Die globalen Konfliktlinien verlaufen und die realen Regulierungsdefizite befinden sich dementsprechend nicht zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaat, sondern zwischen ökonomisch potenten und ökonomisch nicht potenten Nationalstaaten und Regionen.

Mit dieser Feststellung tritt gegenüber den neuen Internationalisierungsprozessen an Stelle einer Forderung nach erweiterter Supranationalisierung von ökonomischer Regulierung die Demokratisierung der dafür zuständigen Organisationen wie zum Beispiel IWF, Weltbank und WTO in den Vordergrund. Gleichzeitig benennt diese Demokratisierungs(an)forderung deutlich den Ort von Regulierung: Solange es um die Partizipation der von internationaler Wirtschaftspolitik Betroffenen geht, handelt es sich um regionale und nationale Gruppen und Interessen.

Hund und Schwanz

► Doch die These der erodierenden nationalstaatlichen Regulierung muß auch theoretisch und konzeptionell hinterfragt werden: Als eine Kritik an dem Entwicklungskonzept der »systemischen Wettbewerbsfähigkeit« wird zum Beispiel zu Recht darauf hingewiesen, daß entwicklungsstrategisch nicht nur die externe Konkurrenz innerhalb von gleichen Branchen, sondern genauso die interne Konkurrenz zwischen verschiedenen Branchen berücksichtigt werden muß; also eine Beziehung zwischen Weltmarkt- und Binnenmarktproduktion genauso wichtig ist wie die sektorale Wettbewerbsfähigkeit von Staaten auf dem Weltmarkt. Aus diesem Einwand läßt sich ganz nebenbei ein Argument für den Nationalstaat als Entwicklungsagent »par excellence« entwickeln, denn nur dieser könnte über ein ausreichendes Integrations- und Funktionspotential verfügen, um zum Beispiel über eine gesteuerte binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik die strukturelle Heterogeniät von unterentwickelten Volkswirtschaften zu homogenisieren.[3] Es müßte darum gehen, daß nicht die Binnenwirtschaft der Außenwirtschaft subsumiert wird, sondern umgekehrt außenwirtschaftliche Strategien an binnenwirtschaftliche Erfordernisse angepasst werden. Oder wie es Herman E. Daly plakativ formulierte: »*Die heimische Wirtschaft sollte gleichsam der Hund sein und der internationale Handel nur der Schwanz.*«[4]

Es gibt keinen zwangsläufigen Gegensatz zwischen nationalstaatlicher und supranationaler Regulierung

Andererseits wird bei einer Kritik an der ökonomischen Internationalisierung oft nur der mögliche Souveränitätsverlust der Nationalstaaten ins Zentrum der Debatte gerückt. Auffallend ist, daß diese Entwicklungen niemals in ihrer Ambivalenz betrachtet, also potentiell mögliche Souveränitätsgewinne kaum diskutiert werden: So könnte zum Beispiel eine nationalstaatliche Souveränitätseinschränkung durch einen politischen Integrationsprozeß die öffentliche Steuerungsfähigkeit sogar ausweiten, wenn es dabei zu einer Verantwortungsübertragung auf höhergelagerte Instanzen kommt, die wiederum den Erhalt der schon vorhandenen Regulierungsdichte garantieren oder ausbauen (wie zum Beispiel durch das repressive Schengener Abkommen). Die bei ökonomischen Integrationsprozessen real entstehenden Wohlfahrtsgewinne durch den Abbau von Handelshemmnissen, Wechselkursdifferenzen, etc. könnten zum Beispiel den nationalen Verteilungsspielraum zwischen Arbeitnehmern und -gebern wie auch zwischen Staat und Wirtschaft vergrößern und damit vorausgehende Souveränitätsverluste überkompensieren. All dies sind auch zukünftig keine zwangsläufigen, sondern nur potentielle Gestaltungsmöglichkeiten von Nationalstaaten. Der spekulative Charakter solcher Prognosen diskreditiert sie allerdings nicht, solange sie als Widerpart zur These zum nationalstaatlichen Souveränitätsverlust fungieren können und dabei die Defizite derartiger Analysen reflektieren.

Sicherheits- und Wettbewerbsstaat

► Innerhalb dieses Referenzrahmens soll nun die Transformation vom nationalen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat analysiert werden. Ein historischer Rückblick auf die jüngere Geschichte entwickelter kapitalistischer Staaten läßt einen monokausalen Erklärungsansatz staatlicher Funktionsweise als »nur« Sicherheits- oder »nur« Wettbewerbsstaat und die daraus folgende Dichotomie des staatlichen Funktionswandels zweifelhaft erscheinen. Vielmehr scheint der entwickelte Nationalstaat schon immer beide Funktionen ausgeübt zu haben: Als Sicherheitsstaat hat er die nationalen Verwertungsbedingungen je nach Situation integrativ oder repressiv zu verbessern, als Wettbewerbsstaat die im Kapitalismus angelegten Expansionstendenzen entweder aggressiv oder kooperativ/korporatistisch zu optimieren versucht.

Es bleibt darum fraglich, ob die oft behauptete strukturelle Funktionsverschiebung staatlicher Politik tatsächlich stattfindet. Wahrscheinlicher ist hingegen, daß die einzelnen Nationalstaaten sich nicht erst jetzt zu Wettbewerbsstaaten transformieren, sondern gerade, da sie schon immer in einer ihrer Funktionen Wettbewerbsstaaten waren, selbst eine Zunahme internationaler Konkurrenz bedingen, die die externen Verwertungsbedingungen tendenziell erschweren. Die Dynamik kapitalistischer Verwertung fällt infolgedessen wieder zusehens auf die internen nationalen Verteilungsspielräume zurück: Es findet Umverteilung zugunsten des Kapitals statt, um die Verwertungsbedingungen zu verbessern.

Mit anderen Worten: Nicht der Globalisierungsdruck des Weltmarktes zwingt die Nationalstaaten zu neuen Umverteilungsprozessen; es sind vielmehr die strukturellen Verhältnisse der heimischen Verwertungsbedingungen selbst, die jetzt wieder von der Kapitalseite ins Zentrum der Auseinandersetzung gestellt werden. Solange bei diesem Strukturwandel eine allerdings stärker selektive und segmentierte soziale Integration für die Kapitalverwertung und für die Legitimation des Staates weiter von Bedeutung sein werden, wovon in entwickelten kapitalistischen Ländern ausgegangen werden kann, wird der Nationalstaat dabei auch weiterhin Sicherheitsstaat bleiben. Wenn

eine soziale Polarisierung und Marginalisierung von anwachsenden Randgruppen die Zunahme staatlicher Repression zum Erhalt der inneren Sicherheit unabdingbar macht, stellt dies das Konzept und die Funktion des nationalen Sicherheitsstaates nicht in Frage, sondern entspricht ihm im wahrsten Sinne des Wortes. Der entwickelte kapitalistische Staat bleibt gleichzeitig Sicherheits- und Wettbewerbsstaat.

All politics is local

► Damit ist der zukünftige Ort von Politik benannt: »Der National-/Territorialstaat bildet weiterhin die zentrale Instanz für Problemlösungen.«[5] Der ehemalige Sprecher des nordamerikanischen Repräsentantenhauses O'Neill hatte dies ebenfalls frühzeitig erkannt und mit seiner Devise *»All politics is local«* prägnant formuliert. Also auch in Zukunft wird es grundsätzlich von innergesellschaftlichen Kräftekonstellationen abhängen, welche nationalen wie internationalen Entwicklungen sich durchsetzen. Hierin erklärt sich die divergierende Dynamik nationalstaatlicher Umverteilungsprozesse, also die unterschiedlich schnelle Remodulation der nationalen Verwertungsräume. Während zum Beispiel in England und den Vereinigten Staaten schon zu Beginn der achtziger Jahre vehement wirtschafts- und sozialpolitische Umstrukturierungen eingeleitet wurden, die in den USA einen ihrer letzten Höhepunkte im August 1996 in der faktischen Aussetzung der Sozialhilfe fand, begannen analoge Prozesse zum Beispiel in der Bundesrepublik eher zögerlich. Die Senkung des Lohnniveaus und der Sozialabbau in den Industriestaaten unterstreichen die Bedeutung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in den neuen sozialen Verteilungskämpfen: In der mit Globalisierung begründeten Argumentation für eine ökonomische Anpassung geht es nicht um temporäre Maßnahmen, die im Erfolgsfalle eine neue nationale Wohlfahrtssteigerung garantieren, sondern um eine langfristige soziale Umverteilung zugunsten des Kapitals. Wer den Gürtel heute enger schnallen soll, braucht morgen nicht auf eine neue Hose hoffen.

Von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus

► Wie zu sehen ist, rekrutiert die Globalisierungsthese ihre Argumente also hauptsächlich aus sichtbaren Oberflächenphänomenen und basiert auf einer Überinterpretation von realen Tendenzen. Mit ihrem Defizit an wissenschaftlicher Analyse scheint sie eher ein ideologisches Konstrukt eines neoliberalen Globalisierungskonzeptes zu sein, welches dann in gewendeter Form als Kritik präsentiert wird. Aber auch wenn die Globalisierungsthese im Kleide einer Kapitalismuskritik daherkommt, muß sie verneint werden. Denn ihre manchmal fast schon hysterisch anmutenden Überzeichnungen haben auch ganz konkrete Auswirkungen auf Theoriebildung und politische Praxis, wie allein an ihrer Interpretation des Nationalstaates deutlich wurde: Solange innergesellschaftliche Entwicklungen primär von externen Strukturzwängen diktiert oder dominiert werden, wird der Nationalstaat im Grunde von seinem politischen Mandat als ein Verantwortlicher für allgemeine soziale Integration entbunden.

Parallel dazu werden Argumente gestützt, die zum Beispiel massive Lohnsenkungen und die Reduktion sogenannter »sozialer Besitzstände« von Arbeitnehmern mit ökonomischen Zwängen begründen. Durch den offensichtlichen Abbau sozialer Sicherungssysteme erhalten sie scheinbar noch eine zusätzliche empirische Plausibilität. Abgelenkt wird so davon, daß innerhalb staatlicher Handlungsfelder die real stattfindende Präferierung von wettbewerbsorientierten Strukturanpassungsmaßnahmen kein externer, sondern das Ergebnis eines systemimmanenten und damit eines politisch regulier- und gestaltbaren Strukturzwanges ist, der zusätzlich Wohnsitz und Adresse im eigenen Land hat. Leicht läßt sich stattdessen die Reduktion sozialstaatlicher Anforderungen als Resultat des weltweiten Kapitalismus (v)erklären, ohne konkrete Handlungsalternativen benennen zu müssen.

Der Kampf gegen den globalen Moloch würde schließlich doch zu sehr an Don Quijote erinnern: *»Denn wenn der Neoliberalismus einem Prinzip folgt, das sich außerhalb jedes politischen Kontextes bewegt, dann ist es auch unmöglich, ihn mit politischen Mitteln zu bekämpfen. Im günstigsten aller Fälle heißt es also, sich auf das Anprangern des neoliberalen Unheils zu beschränken und sich in der Opferrolle gegenüber dem Diktat der von politischen Aktionen unerreichten Globalisierung einzurichten.«*[6] Damit wird aus der scheinbar kritischen These der Globalisierung eine opportunistische Analyse, die weitere Theoriebildung blockiert und zur politischen Lähmung verdammt.

Diesen Fatalismus ihres Konzeptes scheinen auch einige derjenigen zu ahnen, die sich anhand der Globalisierung an einer Kapitalismuskritik üben; sie retten sich in ein immerhin stringentes, weil globales Abstraktum, in dem die Konturen real greifbarer Subjekte politischen Handelns in internationalen Dimensionen verschwimmen: *»Es kommt deshalb darauf an, demokratische Prozesse sowohl inhaltlich wie auch prozedural, auf einzelstaatlicher wie internationaler Ebene, Schritt für Schritt vom staatlichen Institutionensystem abzulösen. Wenn dieses immer stärker den Zwängen des globalen Kapitalverwertungsprozesses unterworfen wird, müssen politische Kommunikations-, Kooperations- und Aktionszusammenhänge entwickelt werden, die sich der Logik der etatistisch-kapitalistischen Strukturen und Dynamiken eher widersetzen können... Es gälte, in globalem Maßstab für die Durchsetzung einer politischen Form zu kämpfen, die jenseits der Dichotomie von 'National'- oder 'Welt'-Staat durch ganz neue und komplexe Verbindungen von regionaler und globaler, zentraler und dezentraler gesellschaftlicher und politischer Organisationen gekennzeichnet sein müßte.«*[7]

Wenn es aber vielmehr das Ergebnis innerer politischer Kräfteverhältnisse ist, welches soziale Umverteilung verantwortet, gibt es nicht nur einen direkten Verursacher, der greifbar ist, sondern auch Betroffene vor Ort, die zum politischen Träger neuen Handelns und damit zu einem neuen Regulierungspotential werden könnten. Hier muß eine Analyse des Kapitalismus ansetzen, die die linke Bequemlichkeit eines manchmal als Radikalität getarnten politischen Opportunismus überwindet und beginnt, ein neues Politik- und Kapitalismusverständnis zu entwickeln.

Anmerkungen:

1 Dieter Senghaas: Weltordnung, aber welche?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, 1992, S. 1069-1077

2 Christa Randzio-Plath: Vom GATT zur WTO fairer Handel oder Macht des Stärkeren?, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 3, 1995, S. 156-160

3 Elmar Altvater: Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: Prokla, Nr. 4, 1994, S. 517-547

4 E. Herman Daly: Die Gefahren des freien Handels, in: Spektrum der Wissenschaft, Nr.1, 1994, S. 40-46

5 Robert Kappel: Kern und Rand der globalen Ordnung. Globalisierung, Tripolarität, Territorium, Peripherisierung, in: Peripherie, Nr. 59/60, 1995, S. 79-117

6 Fernando Mires: Ein, zwei, viele Neoliberalismen, in: Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 261, 1996, S. 22-25

7 Joachim Hirsch: Globalisierung des Kapitals, Nationalstaat und die Krise des politischen Universalismus, in: Links, Nr. 7-B, 1993, S. 37-41

► **Hans-Jürgen Burchardt** ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler sowie Publizist. Er veröffentlichte 1996 eine analytische Darstellung der jüngeren Entwicklung und möglicher Reformperspektiven Kubas mit dem Titel »Kuba – Der lange Abschied von einem Mythos«, Schmetterling-Verlag, Stuttgart. Der Artikel erschien zuerst in einer ausführlicheren Version in der Zeitschrift **Argument**, Nr. 217. Wir danken dem Argument-Verlag für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.

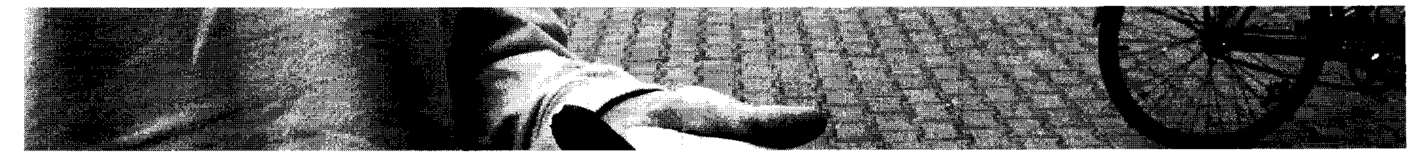




Foto: R. Maro/version

Rien ne va plus?

Anmerkungen zu Casino-Kapitalismus und Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation

von **Kurt Hübner**

Vorbemerkung der Redaktion: Der folgende Artikel ist das Substrat eines längeren Textes, in dem der Autor das Verhältnis von realwirtschaftlicher und monetärer Akkumulation untersucht. Die im Zusammenhang mit der Globalisierungsthese häufig behauptete Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation, die Rede vom Casino-Kapitalismus sowie die an diesen Thesen geübte Kritik werden einer ausführlichen theoretischen Prüfung unterzogen. Die vorliegende, für die **iz3w** *gekürzte Fassung ist für unsere Verhältnisse ungewöhnlich lang und auf einem hohen (wirtschafts-) theoretischen Niveau angesiedelt. Der Umstand, daß eine Vielzahl von Beiträgen zu diesem Themenkomplex in letzter Zeit eher Fragen aufwarfen als welche zu beantworten, hat uns jedoch dazu bewogen, den Artikel abzudrucken. Zum besseren Verständnis haben wir ein kleines Glossar mit den wichtigsten Begriffen zusammengestellt. Die ausführliche Fassung des Textes kann beim Autor (Fachhochschule für Wirtschaft, Badensche Str. 50-51, 10825 Berlin) bestellt werden.*

► Seit den frühen siebziger Jahren läßt sich ein steiler Anstieg des Wachstums der monetären Sphäre in der Weltwirtschaft konstatieren: Devisen- sowie kurz- und langfristige Finanztransaktionen sind im Durchschnitt sehr viel schneller gewachsen als der Umfang des mittels der Summen aus Warenex- und importen gemessenen Welthandels sowie der nationalen Sozialprodukte. Die auf Nettobasis berechneten Ausleihungen des privaten Bankensystems haben seit diesem Zeitpunkt in Relation zum Wert des Weltsozialprodukts rasch zugenommen und übersteigen mittlerweile den Wert des Welthandelsvolumens sowie der weltweit getätigten Investitionen in Fixkapital. Für diesen empirisch gut dokumentierten Tatbestand [1] wurden die Formeln einer Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation und des Casino-Kapitalismus geprägt. [2] Mit solchen Analysen wurde die Behauptung zu fundieren versucht, der weltweite Kapitalismus sei in eine Phase des Strukturbruches eingetreten und die monetäre Seite der kapitalistischen Prozesse habe die realwirtschaftlichen ökonomischen Kalküle sozusagen in Geiselhaft genommen.

In jüngerer Zeit wurde dieser Argumentationskomplex um die Globalisierungsformel ergänzt: Die beschleunigte Globalisierung der ökonomischen Prozesse, so die Behauptung, habe das Übergewicht der finanziellen gegenüber den realwirtschaftlichen Sektoren weiter ausgebaut und darüberhinaus den nationalstaatlichen Akteuren, also insbesondere den Akteuren der nationalen Wirtschaftspolitik, ihre handlungspolitische Souveränität genommen. Den Akteuren bliebe keine andere Wahl, als sich an exogen produzierte Daten anzupassen. Wirtschaftspolitisch sei dies gleichbedeutend mit der Transformation der Sozialstaaten in nationale Wettbewerbsstaaten, für die das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit zur ersten Maxime ihres Handelns werde. Absicht des Beitrages ist es, die Entkoppelungs- und Globalisierungsthese zu überprüfen und

einen Vorschlag zum besseren Verständnis der realwirtschaftlichen und monetären Prozesse zu unterbreiten.

Marktkritik und -orthodoxie

▶ Beginnen möchte ich mit der Darstellung von zwei Argumentationslinien, der marktorthodoxen und der marktkritischen. Beide gehen davon aus, daß die Globalisierung der Finanztransaktionen die nationalen Volkswirtschaften und nationalen Wirtschaftspolitiken zu abhängigen Variablen degradiere, die sich nur noch an die auf globalen Märkten produzierten Daten anzupassen haben. Binnenökonomische und -gesellschaftliche Zielsetzungen, die mit diesen Daten nicht in Einklang stehen, verlören an Berechtigung oder zumindest an Umsetzungswahrscheinlichkeit. [3]

Die marktorthodoxe Position sieht in der Ausbreitung und Dominanz des finanziellen Sektors und in der beschleunigten Globalisierung einen Beitrag zur globalen Effizienzsteigerung. Diese ergebe sich aus der disziplinierenden Wirkung der Geld- und Finanzkalküle. Nationale Anpassung an globale Daten ist dieser Sichtweise zufolge die Voraussetzung für eine bessere Effizienz. Demgegenüber sieht die marktkritische Position in der steigenden Anzahl von Devisenmarktgeschäften und der Ausbreitung finanzieller Innovationen einen Effizienzverlust, der sich in wachsenden Instabilitäten, Anpassungs- und Zerfallskrisen und vor allem in einem Anstieg der sozialen Kosten ökonomischer Prozesse niederschlage.

Als theoretische Begründungen einer Entkoppelung realer und monetärer Akkumulation und der Herausbildung eines Casino-Kapitalismus vermögen beide Positionen nicht zu überzeugen. Dies hängt zum einen mit den neoklassischen Modellannahmen der marktorthodoxen Position zusammen. Zum anderen liegt es aber auch daran, daß innerhalb der marktkritischen Position aus dem empirischen Tatbestand eines schnelleren Wachstums der monetären gegenüber den realwirtschaftlichen Aggregaten – aus quantitativen Argumenten also – vorschnell auf strukturelle, qualitative Veränderungen geschlossen wird. [4]

Freilich, auch die Gegenposition zu dieser Quantitativismusthese [5] kann bei der Zurückführung des beschleunigten Wachstums monetärer Aggregate auf »harmlose Ursachen« – z.B. die Intensivierung der Vermittlungstätigkeiten der Bankensysteme und veränderte Regelwerke im Devisenverkehr zwischen den großen ökonomischen Blöcken der internationalen Ökonomie – die Relevanz der empirisch festgestellten Entwicklung und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die realökonomische Entwicklung nicht beiseite schieben.

Glücksspiel oder Vermögenssicherung

▶ Wenn an der Behauptung festgehalten werden soll, daß der empirisch gegebene Tatbestand eines überdurchschnittlichen Wachstums monetärer Aggregate negative Rückwirkungen auf die realwirtschaftliche Akkumulationsdynamik hat, dann muß nach alternativen Begründungslinien Ausschau gehalten werden. Fündig werden kann man im 12. Kapitel der *General Theory* von John Maynard Keynes. Dort wird das Problem diskutiert, daß mit steigender Effizienz und wachsender Ausbreitung der Wertpapiermärkte das Risiko einer Dominanz des Spekulationsmotivs steigt. [6] Riskant ist diese Dominanz deshalb, weil spekulative Handlungen den realwirtschaftlichen Wachstumsprozeß unterminieren können. Kommt es beispielsweise deshalb zu einer Aufwertung der D-Mark, weil die internationalen Geldvermögensbesitzer im Zuge ihrer Portfolio-Optimierung angesichts der praktischen Erfüllungsprobleme der Maastricht-Kriterien in den EU-Ökonomien verstärkt auf die D-Mark setzen, bedeutet dies für die bundesdeutschen Exporteure von Waren und Dienstleistungen eine wechselkursbedingte Verteuerung. Der »Exportmotor« könnte ins Stottern kommen und die Wachstumsdynamik weiter beeinträchtigt werden.

Der von Keynes entwickelte Gedanke einer Bestimmung der langfristigen ökonomischen Entwicklungen durch die eher kurzfristigen spekulativen Kalküle von Vermögensbesitzern kann als zentraler Kern der Casino-Kapitalismus-Metapher angesehen werden. Autoren wie etwa Menzel knüpfen genau daran an, indem sie die ökonomischen Prozesse auf Handlungen in einem virtuellen Spielsaal reduzieren, die darüber hinaus noch den Vorteil aufweisen, nahezu entstofflicht abzulaufen und auf diese Weise dem Kriterium der *ecological correctness* genügen. Der weit verbreiteten Vorstellung einer Dominanz spekulativer Kalküle kann entgegengehalten werden, daß Wirtschaftssubjekte auf Vermögensmärkten primär auf Vermögenssicherung und nicht auf Spekulationsgewinne abzielen. Das bedeutet nichts anderes, als daß im *Prinzip* langfristige gegenüber kurzfristigen Kalkülen *dominieren*. Eine solche Verhaltensannahme scheint in der Tat plausibel, ist doch nur unter dieser Bedingung zu erklären, warum sich kapitalistische Geld- und Marktwirtschaften nicht im Zustand einer permanenten Krise befinden.

Globaler Derivatenhandel

▶ Operiert man mit einer solchen Annahme, dann sollte freilich auch geklärt werden, ob die Akteure diese Verhaltensannahme umsetzen können. Anders formuliert: Unterstützt das institutionelle und ökonomische Milieu derartige Verhaltensweisen? Mit Blick auf die empirisch festgestellten Entwicklungen läßt sich zunächst feststellen, daß die Zahl der für spekulative Zwecke nutzbaren finanziellen Instrumente und Regime ansteigt. Anders noch als während der Hochphase des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse, sind heute in allen wichtigen kapitalistischen Volkswirtschaften Instrumente zur Kontrolle grenzüberschreitender Ströme finanzieller Ressourcen abgeschafft. Kapitalverkehrskontrollen, wie sie nahezu jeder Regierung zur Verfügung standen, sind seit den achtziger Jahren aus dem Arsenal der Wirtschaftspolitik verschwunden, nicht zuletzt auch deshalb, weil solche Kontrollen von den marktorthodoxen Kräften als schädlich angesehen wurden.

Seit den achtziger Jahren hat sich die Zahl der finanziellen Instrumente vervielfacht. Ein enormes Wachstum ist insbesondere für Segmente der sog. finanziellen Derivative wie die Futures oder auch für die sog. Derivative höherer Ordnung zu beobachten. [7] Aus dieser quantitativen Zunahme kann jedoch nicht umstandslos auf eine Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation geschlossen werden. Zumal nicht alle neu entwickelten Derivate für spekulative Zwecke gleich gut geeignet sind. [8]

Analytisch gesehen ist die Frage der mit derivativen Transaktionen verbundenen Risiken und Gewinne bedeutsam. Unterstellt man den Akteuren, wie dies häufig geschieht, ein bloßes Spielcasinoverhalten, dann macht eine solche Abwägung wenig Sinn, weil das *gambling*-Motiv als dominant gesetzt wird. Geht man umgekehrt von völlig risikoscheuen Akteuren aus, kann man die Ausbreitung spekulativer Transaktionen ökonomisch nicht sinnvoll erklären.

Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, bietet es sich an, zunächst einmal nach möglichen Vorteilen von Finanzinnovationen zu fragen. Über die gewünschte Risikominimierung privater Unternehmen hinausgehend lassen sich drei weitere Vorteile dieser Märkte anführen. (1) Da der private Unternehmenssektor auf diesen Märkten auch als Gläubiger agiert, haben sich in den letzten Jahren die Anlagemöglichkeiten für Rückstellungen und den cash flow unter Renditegesichtspunkten deutlich verbessert. Private Unternehmen und allgemein Geldvermögensbesitzer können ihre intertemporalen wie auch transnationalen Verwertungsstrategien besser als unter den früheren Bedingungen regulierter und relativ geschlossener internationaler Kapitalmärkte realisieren. (2) Aus der Sicht des privaten Unternehmenssektors als Schuldner haben finanzielle Innovationen den Unternehmen erst die Hebelwirkungen an die Hand gegeben, mit denen sie ihre unternehmenspolitischen Synergie- und Wachstumsziele auf nationaler wie auf internationaler Ebene umsetzen können. (3) Und schließlich hat der institutionelle Unterbau der Verselbständigungstendenzen, also die sich globalisierende Banken- und Finanzdienstleistungsindustrie, die in den letzten Jahren zu konstatierende Globalisierung von Unternehmen und Märkten vorangetrieben. In diesem letzteren Zusammenhang kann nicht von einer Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation gesprochen werden; vielmehr gilt, daß Globalisierung und beschleunigtes Wachstum monetärer Aggregate sich wechselseitig bedingen.



Das Spiel mit der monetären Akkumulation

Foto: S. Adorf/version

Verselbständigung des monetären Weltmarktes

► Insbesondere mit Blick auf den globalen Derivatenhandel sollte anstelle einer Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation besser von einer *Verselbständigung des monetären Weltmarktes* gesprochen werden. Damit angesprochen ist ein spezifischer Wachstumsprozeß monetärer Aggregate, der gleichsam reflexiven Charakter hat, indem sich finanzwirtschaftliche Titel und Ansprüche aufeinander beziehen. Der monetäre Verwertungsprozeß ist unter Ausnutzung des kreditwirtschaftlichen Flexibilitätsvolumens in erster Linie auf sich selbst bezogen. Im Zuge des *financial engeneering* sind neue Produkte und damit auch neue Märkte entstanden, die sich nur noch indirekt auf die realwirtschaftlichen Sektoren beziehen. In diesem Prozeß wird auf den Begriff gebracht, daß Geld weder neutral ist noch einen bloßen Schleier darstellt, der sich über die realwirtschaftlichen Transaktionen hüllt.

Begünstigt wurde die Herausbildung einer solchen Verwertungskonstellation wesentlich durch zwei Prozesse. Zum ersten durch die seit den siebziger Jahren forcierten politischen Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, die die Entfesselung des monetären Weltmarktes in Gang setzten und auf diese Weise ein neues Verwertungsfeld für die internationale Finanzindustrie bereitstellten. Zum zweiten durch den – damit in engem Zusammenhang stehenden – Übergang zu einem oligopolistisch verfaßten Regime flexibler Währungskurse, das die Schwankungen von Wechselkursen zu einer fixen Größe der internationalen Ökonomie stilisierte. So gesehen ist die Verselbständigung des monetären Weltmarktes nicht nur Ausdruck veränderter Verhaltensstrukturen ökonomischer Akteure infolge veränderter Allokationsspielräume, sondern eben auch eine Folge politischer Handlungsketten.

Um die inneren Beziehungen zwischen realer und monetärer Akkumulation unter solchen Verwertungsbedingungen diskutieren zu können, möchte ich jetzt auf die Mechanismen eingehen, die die nationalen ökonomischen Prozesse den globalen ökonomischen Prozessen im allgemeinen und den globalen monetären Prozessen im besonderen unterordnen.

Zum einen könnte, alternativ zu der Vorstellung eines globalen Zinszusammenhangs, bei dem der globale den nationalen Zinssatz und damit die inländische Akkumulationsdynamik steuert, ein internationaler Aktienmarktzusammenhang vermutet werden. Geht man davon aus, daß die Investitionsentscheidungen des realwirtschaftlichen Unternehmenssektors von den Entwicklungen der Aktienmarktkurse gesteuert werden, dann lautet die These wie folgt: Mit steigender globaler Integration nationaler Aktienmärkte werden die Kurse nationaler Märkte von den Kursen des globalen Aktienmarktes bestimmt. Die Wiederbeschaffungskosten von Kapital seitens der Unternehmen werden nicht von ökonomischen und wirtschaftspolitischen Konstellationen der Binnenökonomie, sondern von solchen der globalen Ökonomie gesteuert.

Empirische Untersuchungen[9] zu einem solchen globalen Aktienmarktzusammenhang können eine derartige Hypothese allerdings nicht bestätigen. Dennoch sind die Aktienmarktentwicklungen nationaler Ökonomien keineswegs unverbunden. Vielmehr gilt, daß Entwicklungen auf einem Markt schnell zu anderen Märkten übermittelt werden. Preisveränderungen auf anderen nationalen Märkten werden als Signale wahrgenommen, wie die Preis- beziehungsweise Kursentwicklung auf dem »eigenen« Markt auszusehen habe. Dadurch können global gesehen gleichgerichtete Bewegungen ausgelöst werden, ohne daß es freilich zu globalen Ausgleichsprozessen kommen muß.

Ähnlich problematisch ist auch ein zweiter Übertragungsweg. Interpretiert man die Entkoppelungs- und Casino-These als eine Zunahme der internationalen Mobilität von Kapital, dann läßt sich die Vermutung anstellen, daß die inländische Akkumulationsdynamik nicht länger an die inländische Sparquote gebunden ist, sondern sich durch die Anziehung ausländischen Kapitals von den nationalen Verwertungsbedingungen emanzipiert.

Auch in diesem Falle läge also ein Fall von Außensteuerung nationaler Akkumulationsverläufe vor.

Eine empirische Studie von Feldstein und Horloka kam jedoch zu dem Ergebnis einer relativ strikten *Verkoppelung* von nationalen Spar- und Investitionsquoten auch unter den Bedingungen sich globalisierender Finanzmärkte. Einer Vielzahl weiterer Studien zufolge hat sich der generelle positive Zusammenhang zwischen beiden Größen als recht robust herausgestellt. [10]

Angesichts derartiger empirischer Befunde hinsichtlich der Übertragungsdichte und -geschwindigkeiten globaler auf nationale Marktprozesse sowie von monetären auf realwirtschaftliche Aggregate können viele Begründungsvarianten der Entkoppelungs- und Casino-These in ihrer Substanz nicht länger aufrechterhalten bleiben. Daraus abzuleiten, die globalen Märkte hätten keine Rückwirkungen auf die nationalen Märkte, wäre allerdings ein gravierender Fehlschluß. Die hier als Verselbständigungstendenz des monetären Weltmarktes gefaßten Entwicklungen zwischen realwirtschaftlichen und monetären Akkumulationsprozessen bringen vielmehr für den realwirtschaftlichen Sektor kapitalistischer Ökonomien zwei potentiell negative Rückkopplungsschleifen hervor.

Risikokumulation und Anreizprobleme

► Zum ersten besteht die Möglichkeit, daß die kreditpolitisch und regulatorisch wenig kontrollierbare Anhäufung von Risiken bei einzelnen Akteuren des monetären Weltmarktes bei Eintritt des worst case zu Konsequenzen für Preise und Wechselkurse führt, die die realwirtschaftlichen Bedingungen für Akkumulation und Kapitalverwertung infragestellen. Obwohl den nationalen Notenbanken und supranationalen geldpolitischen Institutionen, anders als etwa in den späten zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts, ungleich mehr und effektivere Instrumentarien zur Verfügung stehen, ist auch heute potentiell immer die Möglichkeit einer »Infektion«, also einer Übertragung krisenhafter Entwicklungen von der monetären auf die realwirtschaftliche Sphäre gegeben. Diese Möglichkeit ist mit der Ausweitung des Derivatenhandels wie gezeigt schon deshalb wahrscheinlicher geworden, weil ein bedeutender Teil dieser Transaktionen völlig außerhalb regulativer Grenzen verläuft und weil die Einstiegskosten in Relation zu den Gewinnchancen äußerst niedrig sind, was wiederum die Wahrscheinlichkeit der Risikoanhäufung bei einzelnen Akteuren steigert. Angesichts des hohen Integrationsgrades der globalen Finanzmärkte kann das Reißen einiger weniger Glieder der Kette zu einem raschen Zerreißen der ganzen Kette führen.

Zum zweiten erzeugen die Verselbständigungstendenzen des monetären Weltmarktes Anreizprobleme für die ökonomischen Akteure: Wenn Transaktionen im monetären Weltmarkt überdurchschnittliche Pioniergewinne und allgemein gesprochen finanzielle Renten versprechen, dann sinkt relativ dazu der Anreiz für realwirtschaftliche Investitionen. Auch ohne das Trauma finanzieller Zusammenbrüche zu beschwören, implizieren die Verselbständigungstendenzen eine Beeinträchtigung der realwirtschaftlichen Wachstums- und Akkumulationsdynamik, insoweit *rent-seeking-Aktivitäten* potentielle *wealth-creating-Aktivitäten* verdrängen. Hier sind wir an der zentralen Schnittstelle von realwirtschaftlicher und monetärer sowie von globaler und nationaler Akkumulation angelangt. Ich möchte dieses Argument deshalb noch etwas weiter ausleuchten.

Wachstumsengpässe

► Die Behauptung lautet, daß der gesamtwirtschaftliche Wachstums- und Akkumulationsprozeß dadurch restringiert werden kann, daß sich in Gestalt des monetären Weltmarktes neue Anlagefelder für anlagesuchendes Geldkapital herausbilden, die oberhalb der zu erwartenden Profitrate des industriellen Kapitals sich bewegende innovatorische finanzielle Renten abzuwerfen versprechen. Im Unterschied zu den Entkoppelungsthesen wird bei dieser Behauptung also nicht auf einen Vergleich industrieller Kapitalrentabilitäten und Zinssätze abgestellt; [11] in allokativer Hinsicht werden vielmehr die im finanziellen Sektor erzielbaren Renten in den Vordergrund gerückt, die zwar mit Risiken behaftet sind, aber mit einem relativ kleinen Kapitaleinsatz erzielt werden können. Analog zum Auftreten von Pioniergewinnen im Zuge der Einführung technologischer Innovationen kommt es auch auf dem Felde der finanziellen Innovationen zur Entstehung von Renten. Die dadurch induzierte Allokation der Ressourcen zugunsten des finanziellen Sektors muß sich unter gesamtwirtschaftlichen Akkumulations- und Wachstumsgesichtspunkten als keineswegs effizient herausstellen. Von einer Effizienzsteigerung könnte nur dann ausgegangen werden, wenn man den auf den internationalen Finanzmärkten handelnden Akteuren unterstellt, sie würden über im neoklassischen Sinne vollkommene Informationen [12] verfügen. Sobald man aber diese wenig überzeugende Annahme aufgibt, ist keineswegs länger sichergestellt, daß die globalen Finanzmärkte eine Effizienzsteigerung des gesamtwirtschaftlichen Systems bewirken. Das weit verbreitete Argument einer Disziplinierung der Handlungen ökonomischer und politischer Akteure durch die auf den globalen Finanz- und Währungsmärkten produzierten Daten ist unter der Bedingung unvollkommener Information eine bloß legitimatorische Formel der Marktorthodoxie.

Demgegenüber ließe sich argumentieren, daß die finanziellen Akteure durch ihre rentenorientierten Handlungen einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, daß die nationalen Volkswirtschaften auf einen suboptimalen Wachstums- und Akkumulationspfad einschwenken. Ein solcher Wachstumspfad kann sich verfestigen, wenn die wachsenden Transaktionen auf den Finanzmärkten den Zeithorizont der ökonomischen Akteure beeinflussen und dabei kurz- gegenüber langfristigen Kalkülen präferiert werden. Allgemein gilt: Je kürzer die Zeithorizonte der Akteure, desto stärker werden kurzfristige gegenüber langfristigen Ertragsobjekten vorgezogen. Werden aber langfristige Investitionsvorhaben *rationiert*, kommt es zu Engpässen für den Akkumulations- und Wachstumsprozeß, die dann als Akkumulationsblockaden zurückschlagen können. Unter Bedingungen deregulierter und vollständig liberalisierter internationaler Geld- und Finanzmärkte hat die staatliche Wirtschaftspolitik wenig Möglichkeiten, den Übergang zu einem besseren Wachstumspfad einzuleiten. Werden nämlich dabei Verwertungschancen des monetären Weltmarktes eingeschränkt oder gar dauerhaft reduziert, kommt die Vetomacht der *vested interests* des monetären Weltmarktes zum Tragen. Dennoch ist wenig wahrscheinlich, daß sich im Zuge der beschleunigten Internationalisierung der Finanzmärkte alle oder auch nur eine signifikant große Zahl kapitalistischer Volkswirtschaften in Rentier-Ökonomien verwandeln. Auch sollte nicht davon ausgegangen werden, daß sich die als recht stabile britische Konstellation eines global hochgradig wettbewerbsfähigen Finanzsektors und eines ökonomisch schwachen industriellen Sektors mehrheitlich durchsetzen wird.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

► Wirtschaftspolitisch bedeuten die Verselbständigungstendenzen des monetären Weltmarktes kein *Absterben des Staates*, wie dies manche Analysen nahelegen, aber doch eine empfindliche Einschränkung wirtschaftspolitischer Optionen. Was gesamtwirtschaftlich opportun ist, wird jedenfalls immer weniger von der staatlichen Wirtschaftspolitik und immer mehr von den vermögenspolitischen Kalkülen der Akteure des monetären Weltmarktes bestimmt. Von einer bloßen Anpassungsbewegung der staatlichen Wirtschaftspolitik an die weltmarktproduzierten Daten zu sprechen, käme allerdings einer Überbewertung der restringierenden Effekte des monetären Weltmarktes gleich. Nicht jede unternehmenspolitische Maßnahme und jeder angebotspolitische Schritt von Regierungen ist durch ein Diktat weltwirtschaftlicher Prozesse bestimmt, auch wenn dies die ökonomischen und politischen Akteure gerne behaupten. Auch sollte bedacht werden, daß sich die Wirkungsketten offener finanzieller Märkte und realwirtschaftlicher Aggregate nicht in allen kapitalistischen Volkswirtschaften gleich darstellen. Gerade die Ungleichheit der hier behaupteten Wirkungsketten zeichnet für die hierarchische Struktur der Weltwirtschaft mitverantwortlich.

Anmerkungen:

1 Diese Aussage bedarf einer Qualifizierung. Die Behauptung einer guten Dokumentation bezieht sich darauf, daß es mittlerweile eine große Zahl empirischer Studien gibt, die die Wachstumstendenzen der entsprechenden Aggregate untersuchen. Diese Studien selbst stehen allerdings durchweg vor dem Problem, daß insbesondere die monetären Aggregate schwierig zu erfassen sind. Meist wird auf Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gegriffen, die wiederum alle die Angaben auswerten und aufbereiten, die ihnen von den berichtenden Banken zur Verfügung gestellt werden. Nicht alle im monetären Weltmarkt engagierten Banken sind aber gegenüber der BIZ berichtspflichtig.

2 vgl. Hübner 1988

3 Diese wirtschaftspolitische Konvergenz ansonsten höchst unterschiedlicher theoretischer Positionen wird auch als global neoclassicism gekennzeichnet.

4 Insbesondere Menzel (1995) und Neyer (1995)

5 Diese Gegenposition wurde insbesondere von Herr (1996) und Heine & Herr (1996) formuliert.

6 »When the capital development of a country becomes a by-product of the activities of a casino, the job (der Kapitalmärkte, K.H.) is likely to be illdone« (Keynes 1936:159).

7 Altvater, E. (1996:248) spricht in diesem Zusammenhang von einem »Derivatenkapitalismus«, der die Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation auf den Begriff bringe. In quantitativer Hinsicht könnte in der Tat von einem derartigen neuen Typus kapitalistischer Ordnung gesprochen werden. Doch reichen solche quantitativen Hinweise zur Begründung des Übergangs nicht aus.

8 Auch gilt zu bedenken, daß keineswegs alle Transaktionen mit Derivaten auf spekulative Gewinne abzielen. Zu unterscheiden ist vielmehr zwischen Transaktionen mit Derivaten, die auf eine Minimierung von Risiken seitens der beteiligten Akteure zielen und zwischen Transaktionen mit Derivaten, die den Charakter von Wetten und dabei auch das Risiko von Wetten aufweisen. Soweit Transaktionen mit derivativen Instrumenten von Akteuren getätigt werden, die dadurch gegenläufige Risiken zum Ausgleich bringen, ergibt sich daraus prinzipiell kein ökonomisches Problem. Wenig problematisch sind auch Transaktionen solchen Typs, bei denen die von einem Akteur gewünschte Risikoübertragung von einem spekulativ handelnden Akteur übernommen wird, kommt es in einem solchen Falle doch bloß zu einer Neuverteilung der Risiken. Ein allgemeiner Anstieg der Risiken im Zuge von Derivatentransaktionen ist erst dann gegeben, wenn zwei spekulativ handelnde Akteure ein risikenbeinhaltendes Termingeschäft tätigen. In einem solchen Falle ist definitionsgemäß Absicherung per hedging ausgeschlossen.

9 vgl. Harris 1995:205f

10 vgl. Harris 1995:206ff

11 vgl. Hübner 1988

12 Vollkommene Information ist eine der (unrealistischen) Modellannahmen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie. Ausgangspunkt sind die Individuen, deren oberstes Handlungsziel die Maximierung ihrer Nutzen darstellt. Es wird unterstellt, daß sie unter vollkommener Kenntnis aller relevanten Daten ihre Handlungen rational durchführen. (siehe hierzu: Heinrich, Michael (1991): Die Wissenschaft vom Wert. Hamburg, S.57-72)

Literatur:

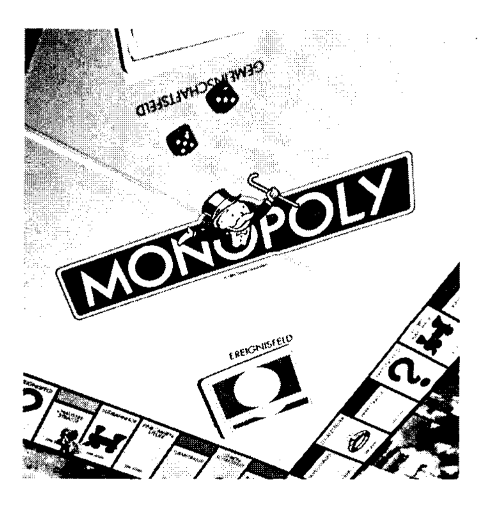
Altvater, E. (1996): Globale Finanzinnovationen, privates Computergeld und sozialisierte Schulden, in: PROKLA 103, 26. Jg., Nr. 2, Berlin

Franke-Viebach, J. (1995): Finanzinnovationen, in: Dieckheuer, G. (Hrsg.): Beiträge zur angewandten Mikroökonomik, Berlin

Guttmann, R. (1996): Die Transformation des Finanzkapitals, in: PROKLA 193, 26. Jg., Nr.2, Berlin

Harris, L. (1995): International Financial Markets and national Transmission Mechanisms, in: Michie, J., Smith, J.G. (eds.): Managing the Global Economy, Oxford

Heine, M., Herr, H. (1996): Money Makes the World Go Round. Über die Verselbständigung der Geldsphäre und andere Mißverständnisse, in: PROKLA 103, 26. Jg., Nr. 2, Berlin



Hellwig, M. (1991): Banking, Financial Intermediation and Corporate Finance, in: Giovannini, A., Mayer, C. (eds.), European Financial Integration, Cambridge

Herr, H. (1996): Globalisierung der Ökonomie: Entkopplung der Geldsphäre und Ende nationaler Autonomie?, in: Eicker-Wolf, K. u.a. (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum? Zur Pathologie der Politischen Ökonomie, Marburg

Hübner, K. (1983): Warum dauert die Krise so lange? Anmerkungen zum Verhältnis von Zyklus und Trend, in: J. Hoffmann (Hrsg.): Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression. Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg

Hübner, K. (1988): Flexibilisierung und die Verselbständigung des monetären Weltmarktes: Hindernisse für einen neuen langen Aufschwung?, in: PROKLA 71,18. Jg., Nr. 2, Berlin

Keynes, J.M. (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money, Cambridge

Menzel, U. (1995): Die neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung im Zeichen der Postmoderne, in: Peripherie Nr. 59/60

Neyer, J. (1995): Das Ende von Metropole und Peripherie? Soziale Inklusion und Exklusion in der entgrenzten Weltwirtschaft, in: Peripherie, Nr. 59/60

▶ **Kurt Hübner** lehrt an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin. Jüngste Veröffentlichung: Kurt Hübner/Andreas Bley: Lohnstückkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit, Eine ökonomietheoretische Studie, Schüren Verlag, Marburg 1996.

Kleines Glossar

Allokation: Zuordnung der verschiedenen Produktionsfaktoren und/oder des Einkommens auf die alternativen Verwendungszwecke innerhalb einer Volkswirtschaft.

Arbitrage: Gewinnorientiertes Ausnutzen von bestehenden Preis-, Kurs- und/oder Zinsdifferenzen einer Ware oder eines Wertpapiers, welche/s gleichzeitig an verschiedenen Börsen bzw. Märkten gehandelt wird.

cash flow: Kennzahl aus der Finanzanalyse, die den (erfolgswirksam) erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuß einer Periode angibt, der zur (Selbst-) Finanzierung von Investitionen sowie zur Gewinnausschüttung eingesetzt werden kann.

Derivate: Von den herkömmlichen Zahlungsmitteln abgeleitete Finanzierungsinstrumente wie z.B. Futures, Optionen oder Swaps.

Futures: Termingeschäfte, die hinsichtlich Laufzeit, Volumen, Basispreis etc. standardisiert sind, so daß bei Abschluß nur noch eine Einigung über die Anzahl der Kontrakte, den Preis und die Auswahl unter den standardisierten Merkmalen notwendig ist.

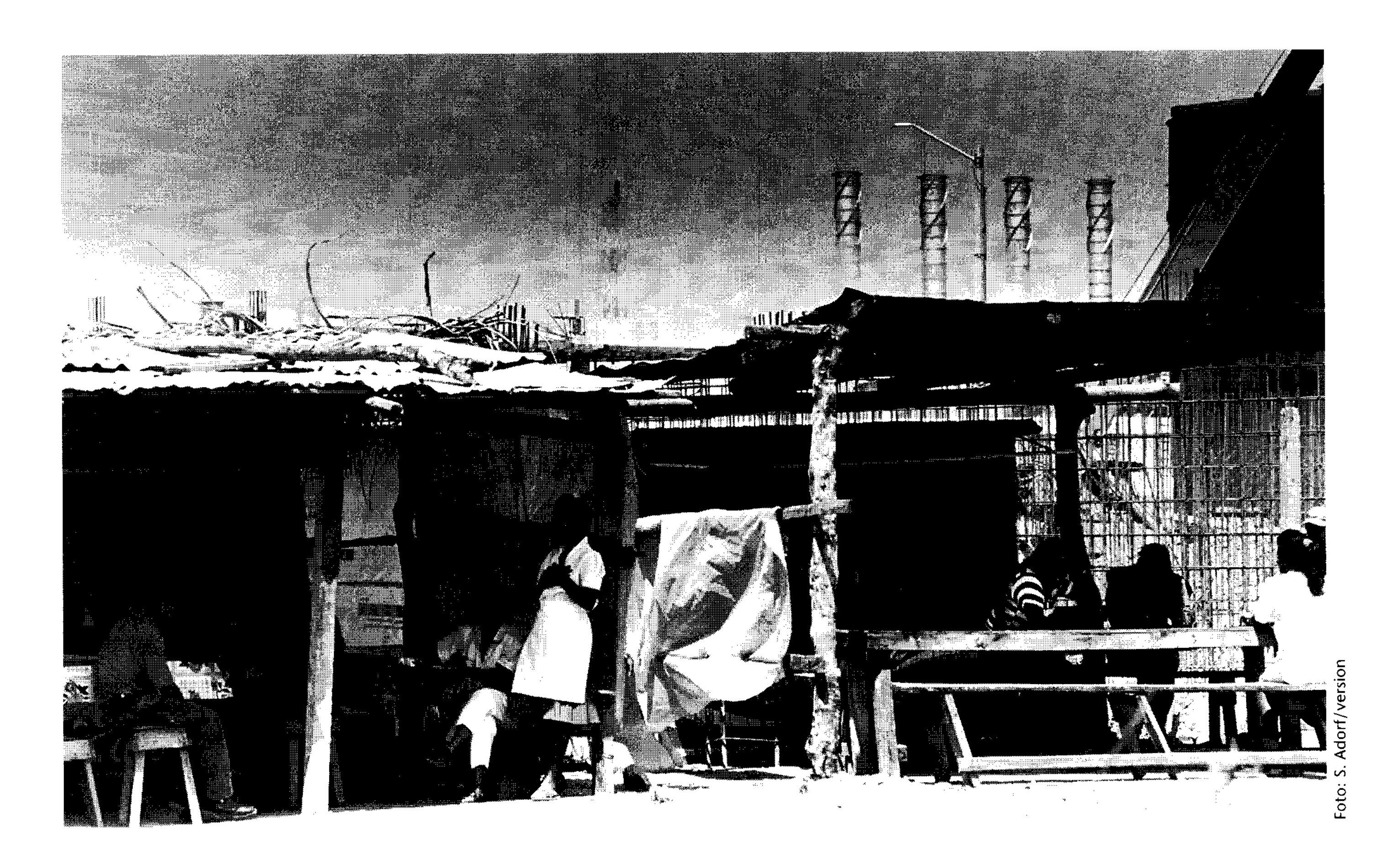
Hedging: Maßnahme zur Absicherung offener, einem Preisrisiko ausgesetzter Positionen (z.B. Aktien), indem eine Gegenposition mit spiegelbildlichem Risikoprofil (z.B. Terminverkauf) aufgebaut wird. Im Idealfall wird die Wertveränderung der gesicherten Position exakt durch die entgegengerichtete Wertveränderung der sichernden Position kompensiert.

Option: Recht, nicht aber die Pflicht, ein spezifiziertes Vertragsangebot innerhalb einer vereinbarten (Options-)Frist zu einem vorab festgelegten Preis anzunehmen. Optionen gibt es auf Devisen, Aktien, Anleihen und Rohstoffe.

Portofolio: Bezeichnung für den Bestand an Wertpapieren oder Wechseln einer einzelnen Person oder eines Unternehmens.

Swap: Austausch von Forderungen oder Verbindlichkeiten in gleicher oder fremder Währung mit dem Ziel, einen Finanzierungs- oder Zins- bzw. Renditevorteil zu erlangen. Swaps gehören zu den erfolgreichsten Finnanzinnovationen der letzten Jahre.

Termingeschäft: Börsengeschäft, bei dem der Preis am Abschlußtag festgelegt wird, die beiderseitige Vertragserfüllung jedoch nicht am Abschlußtag, sondern erst zum vereinbarten späteren Termin stattfindet.


Foto: S. Adorf/version

»Die Stadt ist immer weniger das Symbol der triumphierenden Moderne, sondern der Zerrissenheit einer Gesellschaft, in der die Wirtschaft immer weniger gesellschaftlich ist.« (Alain Tourraine)

Mega-Schizos
Die globale Armut reist in die Metropolen

von **Jürgen Neyer**

Im Epizentrum der Weltwirtschaft stehen immer mehr die Mega-Cities wie New York, Tokio oder London. Sie sind ökonomische Riesen, sozusagen die Kommandozentralen der Weltökonomie, aber auch, was ihre lokalen Institutionen anbelangt, politische Zwerge. So wundert es nicht, daß in den Global Cities die Weltgesellschaft en miniature abgebildet ist: Auf engstem Raum treffen Metropole und Peripherie zu einem sozial schizophrenen Gebilde aufeinander.

▶ Die Weltgesellschaft der letzten zwei Dekaden ist von einer umfassenden Transformation der Bedeutung von Territorialität und interstaatlichen Grenzen gekennzeichnet. Während der territoriale Staat in Westeuropa durch das 18. und 19. Jahrhundert bis in die jüngste Zeit als weitestgehend unbestrittene Instanz der Wahrnehmung der sozialen Interessen der Bürger betrachtet werden konnte, zeigen sich inzwischen immer deutlichere Anzeichen seiner Überforderung. Die unterschiedlichste Identitäten integrierende *und* Gemeinschaft stiftende Funktion des Nationalstaates stellt daher lediglich ein historisch spezifisches Phänomen dar, welches aufs engste mit der industriellen Produktionsweise und der neuzeitlichen Modernisierung und Zentralisierung der Verwaltung und Steuerung von Staat und Gesellschaft verknüpft ist. Sie wirkt zwar noch immer nach und erzielt in Osteuropa sowie in von Marginalisierung bedrohten sozialen Bereichen in Westeuropa offensichtlich sogar neue Attraktivität, doch erscheint dies eher als Nachwirkung eines historisch überholten Prozesses, denn als zukünftiges Modell für die Orientierung von Gemeinschaften.

Das durch die Entstofflichung der Weltwirtschaft vorangetriebene Auseinanderfallen der Realität in einen »space of flows« und einen »space of places« (David Harvey), einem ent- und einem begrenzten ökonomischen Raum, führt nur zu oft zu einer Unfähigkeit zentralstaatlicher politischer Institutionen, weltwirtschaftlich induzierte soziale und ökonomische Probleme an den Orten effektiv zu bearbeiten, an denen sie auftreten. Das soziale Konstrukt

der nationalstaatlichen »imagined community« befindet sich immer stärker auf dem Rückzug, ohne hierbei aber bereits von einem funktionalen Äquivalent abgelöst zu werden. Gerade in den Metropolen der Weltwirtschaft lassen sich die Auswirkungen dieses Prozesses zugespitzt beobachten.

Schaltstellen und Kristallisationszentren der Moderne

► Eine Vielzahl von Staaten lassen sich aus ökonomischer Perspektive heute kaum noch als Flächenstaaten beschreiben. Nicht nur Singapur, Kuwait, Hongkong oder Luxemburg stellen anerkanntermaßen Stadtstaaten dar, sondern auch so unterschiedliche Flächenstaaten wie Großbritannien, Thailand oder Brasilien teilen sich in eine (oder mehrere) dynamisch wachsende und zu einem hohen Grad weltmarktverflochtene urbane Agglomeration (Greater London, Bangkok und São Paulo) und einen eher rückständigen Rest.

Aus ökonomischer Perspektive lassen sich diese Staaten als Ballungsgebiete mit hoher Kaufkraft und weltwirtschaftlicher Potenz betrachten, die aus eher historischen denn praktischen Gründen über ein ökonomisch marginalisiertes Hinterland verfügen. Diese weltwirtschaftlich integrierten urbanen Agglomerationen stellen in der Tendenz immer weniger einen funktional begründeten Teilaspekt staatlicher Produktions-, und Absatzstrukturen dar, sondern prägen zunehmend eine globale ökonomische Dynamik aus. Bei den neuen metropolitanen Vernetzungen handelt es sich daher um transnationale Verdichtungen sozialer Interaktion, die das klassische Bild einer »internationalen« Welt nachhaltig in Frage stellen. New York, London und Tokio zeichnen sich heute nicht nur durch eine außerordentlich innovative Dynamik, sondern ebenfalls durch eine neue Form der transterritorialen Arbeitsteilung aus. In den globalen Finanzbeziehungen beispielsweise fungiert Tokio als Zentrum für den Export von Kapital, London als Umschlagplatz und Knotenpunkt für die exterritorialen Euromärkte und die Anbindung anderer Länder an diese Märkte sowie New York als Hauptempfänger von Kapital und als Zentrum für Investitionsentscheidungen.

Auswirkungen der neuen Kommunikationstechnologien

► Wesentlich vorangetrieben wird dieser Prozeß der Restrukturierung der Weltgesellschaft von den technologischen Veränderungen im Kommunikationswesen. Während in der öffentlichen Diskussion mit den neuen Technologien vor allem Homebanking oder Teleshopping, die Hoffnung auf neue Möglichkeiten der informativen Selbstbestimmung, erweiterte Konsum- und Unterhaltungsangebote und nicht zuletzt die Hoffnung auf Millionen von neuen Arbeitsplätzen verbunden werden, lassen sich im Bereich der unternehmensorientierten Kommunikationstechnologien sehr viel gravierendere Veränderungen beobachten. Die bekanntesten Beispiele sind hier Auslagerungen von Softwareproduktion und Dateneingabe nach Bangalore oder andere Niedriglohnregionen sowie die Möglichkeiten, kontinentübergreifende Firmenoperationen von zentraler Stelle aus effizient zu leiten.

Die Ausbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist allerdings nur sehr eingeschränkt als ein breitenwirksamer und flächendeckender (territorialer) Prozeß zu verstehen, der zu einer allgemeinen Erhöhung der gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten sozialer Gruppen führt, sondern konzentriert sich vielmehr in den städtischen Zentralen von Politik und Ökonomie. Zwar verfügt eine steigende Zahl von Bürgern über PCs, Faxgeräte, Bildschirmtext, Satellitenfernsehen etc., doch handelt es sich hierbei entweder um eine intellektuelle Oberschicht oder um reine Konsumenten von Informationen. Die fortgeschrittensten Kommunikationsinfrastrukturen, die anspruchsvollste Software, das notwendige Wissen zur Nutzung dieser Technologien und der Zugang zu den Informationsautobahnen ist hingegen in den Händen großer Konzerne, Banken oder Universitäten konzentriert. Nur hier können die notwendigen Investitionen für die Installation von neuen Kommunikationstechnologien aufgebracht werden. Die zentrale Bedeutung, die telekommunikativen Netzwerken in der modernen Unternehmensführung zukommt, erfordert geradezu die Konzentration von Kommando und Kontrollfunktionen an den Stellen, an denen die höchstentwickelte Infrastruktur vorhanden ist, da nur hier die optimalen Bedingungen vorherrschen, die diese Investitionen rentabel machen.

Die neuen Ghettos

► Während die großen urbanen Agglomerationen als Orte ökonomischer Dynamik zwar außerordentlich an Bedeutung gewonnen haben und sich in einem Prozeß der globalen Integration und Vernetzung befinden, sind sie als politische Akteure noch immer stark unterentwickelt. Ihre wirtschaftlichen Funktionen als Command-and-Control-Center der Weltwirtschaft übersetzen sich nicht einfach in politische Stärke sowohl nach innen als auch gegenüber der Staatenwelt, sondern bleiben der territorialen Politik untergeordnet. Die Wahrnehmung der sozialen Interessen der Menschen in den Städten erfolgt daher noch immer über den Umweg des territorialen Staates und nicht durch die Städte selber. Strukturelle Finanznot und die Unfähigkeit der Kommunen, die für die Bearbeitung sozialer Problemlagen notwendigen Ressourcen aufbringen zu können, sind das Resultat dieser territorialstaatlichen Dominanz. In diesem Umstand dürfte sich auch einer der wesentlichen Gründe dafür finden, daß sie, obwohl ökonomische Riesen, gleichzeitig einem Prozeß der sozialen Fragmentierung unterworfen sind, ohne hierauf entsprechend reagieren zu können.

Am weitesten fortgeschritten ist der Prozeß der sozialen Zerklüftung paradoxerweise in den Metropolen der Metropolen, den Mega-Cities New York, Los Angeles, London, Paris oder auch Frankfurt. In den großen Finanzmetropolen der Welt konzentrieren sich alle beschriebenen Phänomene: stark ausgeprägte (Finanz-)Dienstleistungssektoren und verfallende industrielle Strukturen, hochausgebildete Kommunikationsnetzwerke und wachsende Einkommensdisparitäten sowie neue soziale Konflikte und neuer Wohlstand.

Am Beispiel der kalifornischen Mega-Polis Los Angeles zeichnet der Wirtschaftsgeograph Edward Soja ein detailliertes Bild der ökonomischen und sozialen Restrukturierungsprozesse, welche die Integration städtischer Räume in den globalen Weltmarktzusammenhang impliziert. Auf der einen Seite entstehen hier seit den achtziger Jahren qualitativ neue Verdichtungen von innovativen, technologischen und organisatorischen Potentialen, die sich in der Ansiedlung von weltmarktorientierten Unternehmen, Konzernhauptquartieren und Finanzzentralen ausdrücken, während direkt nebenan Tausende von Obdachlosen, sozial Marginalisierten und Immigranten aus Dritte-Welt-Ländern am Rande des Existenzminimums



ihren täglichen Überlebenskampf führen. Die South-Bronx und Harlem in New York, die Trabantenstädte in Paris oder der Osten von Los Angeles sind bekannte Beispiele dafür, wie sich in den Metropolen soziale Strukturen ausbreiten, die wir noch vor zehn Jahren nur aus der Dritten Welt kannten.

Aber auch in Deutschland selber, das lange Zeit als Hochburg sozialer Homogenität galt, lassen sich entsprechende Trends beobachten. Frankfurt am Main ist nicht nur das bundesdeutsche Zentrum der Finanzwirtschaft und einer der dynamischsten Orte der Entwicklung und Anwendung neuer Dienstleistungstechnologien, sondern ebenfalls hochgradig mit sozialen Problemen befrachtet. Selbst die konservative Bürgermeisterin Petra Roth trägt dem wachsenden Problemdruck inzwischen dadurch Rechnung, daß noch vor zehn Jahren für undenkbar gehaltene öffentliche Druckräume für Fixer und die bundesweit erste Notschlafstelle für obdachlose Jugendliche unterstützt werden. Frankfurt ist verglichen mit New York oder London zwar sicherlich nicht als »Mega-Polis« zu bezeichnen, doch geht seine globale Wirtschaftsorientierung mit grundsätzlich identischen Problemlagen einher: Zwischen glitzernden Bürotürmen und boomenden Versicherungen, Banken und anderen Dienstleistungsunternehmen wachsen die Drogenszenen, streiten sich die Obdachlosen um die besten Schlafplätze und die Jugendbanden um die Reviere. Nicht nur in den Slumgebieten von Paris, Los Angeles oder New York, sondern ebenfalls im Frankfurter Gallusviertel oder am Frankfurter Berg verfestigen sich informelle Wirtschaftsweisen und soziale Strukturen, die kaum noch gesellschaftliche Teilhabechancen eröffnen, und in denen die meisten Menschen die Hoffnung auf eine Integration in das gesellschaftliche Gefüge schon längst aufgegeben haben.

Partieller Wohlstand im Süden

► Trotz aller Entwicklungsdisparitäten kann nicht darüber hinweggesehen werden, daß sich gerade in arbeitsintensiven Bereichen, wie der Dateneingabe, durchaus auch neue Möglichkeiten für Metropolen in den Entwicklungsländern zur Wahrung komparativer Kostenvorteile ergeben haben. In den Steuerfreihandelszonen um Bombay, Madras, Delhi, Poona oder Bangalore haben sich inzwischen schon über 300 Softwareunternehmen mit mehr als 35.000 Fachleuten angesiedelt. Indische und transnationale Konzerne wie die Digital Equipment Corporation, Hewlett-Packard, Intel, Sun Microsystems, Microsoft oder Motorola produzieren hier EDV-Dienstleistungen oder Software für europäische oder amerikanische Unternehmen. Personaldaten von Firmen aus den USA, Krankenversicherungsdaten aus Deutschland, Aktienkontrolllisten aus der Schweiz oder medizinische Forschungsberichte aus Großbritannien werden in den Freihandelszonen morgens mit dem Flugzeug sackweise als Papiervorlage angeliefert und am nächsten Tag bereits in digitaler Form mit Lichtgeschwindigkeit per Unterseekabel oder Satellit zurückgeschickt. Selbst die Softwaresysteme des Ölkonzerns Shell in London, der Continental-Versicherung in New York, die Fahrplan-Software der Londoner U-Bahn oder des Containerhafens in Bremerhaven werden von einer indischen Firma betreut.

Ähnliche positive weltmarktinduzierte Tendenzen lassen sich auch in den Metropolen der Peripherien wie São Paulo, Kapstadt oder Mexiko-City feststellen. Bei allem geballten Elend, das hier vorzufinden ist, und bei allen strukturellen Entwicklungsblockaden, die dem Fortschritt des Staates als Ganzem im Weg stehen, kann doch nicht darüber hinweggesehen werden, daß sich hier im Laufe der letzten Dekade eine Mittelschicht zu konsolidieren begonnen hat, die von ihren Kontakten zu transnationalen Unternehmen profitiert. Während die Entgrenzung der Weltwirtschaft somit einerseits zu neuen sozialen Entwicklungsblockaden beiträgt, so lassen sich auf der anderen Seite doch auch zunehmende Anzeichen für eine sozial spezifische Integration finden. Die veränderte Bedeutung der Kategorien von Metropole und Peripherie ist daher keineswegs lediglich ein auf die OECD-Welt beschränktes Phänomen, sondern findet ansatzweise auch in den Staaten der Dritten Welt seine Entsprechung.

Die soziale Marginalisierung im Norden ist nicht Resultat einer globalen Umverteilung zugunsten des Südens

Die sich im Norden ausbreitende soziale Marginalisierung ist zwar weniger das Resultat einer globalen Umverteilung von Wohlstand zugunsten des Südens als vielmehr eine Umverteilung zugunsten von (Human-)Kapitalbesitzern auf Kosten der schlecht Ausgebildeten und ohnehin Benachteiligten, doch lassen sich die Gewinner des Entgrenzungsprozesses nicht mehr ausschließlich im Norden lokalisieren. Die Auswirkungen von Entstofflichungs- und Entgrenzungsprozessen auf den Charakter nachholender Entwicklung sind somit durchaus zweischneidig. Auf der einen Seite müssen wir eine weitreichende Einschränkung zur Verfügung stehender wirtschafts- und finanzpolitischer Optionen wahrnehmen, die den volkswirtschaftlichen Spielraum für Strategien der selektiven Dissoziation und der keynesianisch inspirierten binnenmarktorientierten Entwicklungspolitik massiv einschränken. Die Renaissance der Neoklassik in der Dritten Welt und das Ende sozialistischer Experimente in Ländern wie Tansania oder Indien ist nicht zuletzt vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Auf der anderen Seite gibt es jedoch auch starke Anzeichen dafür, daß es im Rahmen einer weltmarktintegrativen Strategie für selektive soziale Gruppen zur Entstehung von neuen Chancen kommt. Unter den Bedingungen einer reduzierten Umverteilungspolitik des Staates bleiben diese jedoch auf diejenigen gesellschaftlichen Gruppen beschränkt, die über die notwendigen Fähigkeiten zur Partizipation in der neuen Welt(markt)gesellschaft verfügen. Hierzu gehören zumindest gute englische Sprachkenntnisse, eine elementare Schulbildung, die die Erfassung theoretischer Probleme erlaubt, sowie halbwegs intakte soziale Strukturen, die als Voraussetzung für die Möglichkeit eines mehrjährigen Schulbesuches gelten müssen. Dort, wo diese wesentlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, wie in weiten Teilen Afrikas und Südasiens, dürfte das Problem der Marginalisierung sozialer Gruppen eher noch steigende Relevanz erfahren.

Metropolen in der entgrenzten und entstofflichten Weltwirtschaft prägen eine wachsende »soziale Schizophrenie« aus, in der regionale Gesellschaften und lokale Institutionen in einen scharfen Gegensatz zu den Aktivitäten und Folgen global integrierter ökonomischer Strukturen geraten. Die soziale und politische Kontrolle über die ökonomische Entwicklung eines geographisch beschreibbaren Territoriums, die der sozial kompetente Staat in der Nachkriegszeit gewährleisten konnte, wird von einer aterritorialen Logik aus dem gesamtgesellschaftlichen Sinnzusammenhang losgelöster Kapital- und Informationsflüsse zunehmend unterlaufen und in ihrer Funktionsfähigkeit entwertet. Die neue soziale Polarisierung findet daher nicht mehr lediglich zwischen Nord und Süd oder zwischen Ost und West statt, sondern auch im Zentrum der Metropolen. Urbane Agglomerationen sind somit in der neuen Weltgesellschaft von höchst widersprüchlichen Trends gekennzeichnet: Auf der einen Seite entwickeln sie sich zu den zentralen Räumen der Strukturierung und Regulation der Weltwirtschaft, während sie andererseits die Kontrolle über ihre interne soziale Dynamik schon längst verloren haben.

► **Jürgen Neyer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen. Er veröffentlichte zuletzt »Spiel ohne Grenzen. Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen und das Ende des sozial kompetenten Staates«.

Politik und Verbrechen in Rio de Janeiro

Stadtentwicklung im Zeichen neoliberaler Ökonomie

von **Anton Landgraf**

Spätenstens seit dem Regierungsantritt von Präsident Fernando H. Cardoso ist man hierzulande von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes begeistert. Nach der Depression in den 80er Jahren läßt die heutige neoliberale Politik auf dem Kontinent die Hoffnung auf ein neues Wachstumspotential blühen. Die neue Integration in den Weltmarkt hat jedoch für die Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung sozialdarwinistische Auswirkungen.

Rio beginnt in São Paulo...

► Ein Überfall auf ein Einkaufszentrum beschäftigte im letzten Jahr wie kein anderes Verbrechen die Öffentlichkeit in Rio de Janeiro. Im Shopping Center Rio Sul nahm die Militärpolizei nach einer Schießerei zwei mutmaßliche Diebe fest. Die Beamten zogen den bereits gefesselten Cristino Mesquita hinter ihren Einsatzwagen, wo der 20jährige kaltblütig erschossen wurde, vor den Augen Hunderter von Schaulustigen und den laufenden Kameras des TV Globo, des größten Senders Brasiliens. In den nächsten Tagen wurden die Medien mit Anrufen und Zuschriften bombadiert, die den Mord unterstützten.

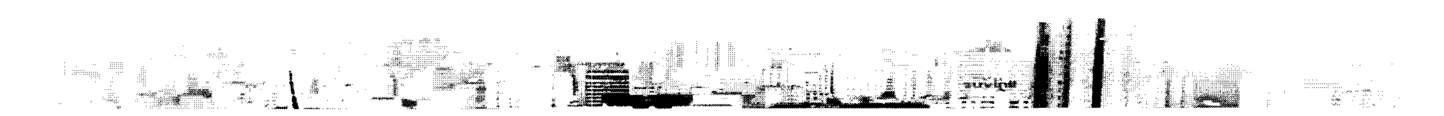
Die Polizisten wurden im September 1995 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das weltweite Medienecho war zu groß, um eine Tat, die in Rio ansonsten zum Alltag gehört, unbestraft zu lassen. Doch wirft der Mord und die Reaktionen darauf ein bezeichnendes Licht auf die Diskussion über die »öffentliche Sicherheit» in Brasilien: Nach offiziellen Statistiken ist die Kriminalität in den letzten Jahren gesunken. Zugenommen hat dagegen die Propaganda eines Bedrohungsszenarios um »Organisierte Kriminalität« und »Drogenhandel«. War es früher die »kommunistische Bedrohung«, die die »nationale Sicherheit« gefährdete, so ist seit Ende der 80er Jahre, insbesondere bei den privilegierten Schichten, das neue Feindbild die (Drogen-) Kriminalität. Die Bekämpfung der Armut und der »Verbrecher« durch Vertreibung und Ausgrenzung bis hin zu »sozialen Säuberungen« prägen heute die Medien und Politikerphantasien.

Neben den »offiziellen Repressionsorganen« existieren die sogenannten »esquadrões da morte«. Die Todesschwadronen setzen die Arbeit der Polizei nach Feierabend fort. Ein Mitglied der Killerkommandos, die im ersten Halbjahr 1994 in Rio über 1200 Menschen exekutierten, beschrieb ihr Selbstverständnis folgendermaßen: »Die Gruppen werden von Personen aus dem Stadtteil aufgebaut, von Militärpolizisten, Geschäftsleuten und Opfern der Verbrechen, die der steigenden Kriminalität ein Ende machen wollen. Die Polizei kann nicht jedes Viertel, jede Straße überwachen. In der Zwischenzeit wächst das Verbrechen, und die Anzahl der Verelendeten vervielfacht sich (...) Wir stellen die Ordnung wieder her.« [1]

Territorialisierung der Städte

► Der Krieg gegen die sozial Deklassierten spiegelt sich in der Geographie der Städte wider. Dort verschmelzen Verarmung, Stadtentwicklung und Sicherheitswahn miteinander. [2] So ist es kein Zufall, daß sich der Mord an Cristino Mesquita vor einem Shopping Center ereignete. Die riesigen Einkaufszentren sind die Zuspitzung der urbanen Dichotomie. Während die Straßen unsicher geworden sind, können in den geschützten Tempeln des Konsums Mittel- und Oberschicht ungestört von den »neuen Subversiven«, den Dealern, Straßenkindern, Bettlern und Dieben, einkaufen. Rigide Wachen halten alle, die »marginal« aussehen, aus den modernen Einkaufszentren heraus.

Das künstliche Paradies der Shoppings ist das Pendant zum produzierten Inferno der *favelas*, der Armutsviertel der Großstädte. Sie dienen bei dem Bedrohungsszenario als Projektion für das soziale Chaos, als Sinnbild für die Bedrohung durch Armut und Verbrechen und finden Ausdruck in der Schaffung »reiner« und voneinander abgeschotteter Territorien: Der öffentliche Raum in den Innenstädten mit seinen luxuriösen Geschäftsstraßen, den gutbewachten Wohnburgen der Reichen und die *favelas*. Diese Spaltung der Stadt eskalierte, als im Januar letzten Jahres die Regierung auf die Rufe nach der »öffentlichen Sicherheit« reagierte. Ganze Stadtteile von Rio seien außer Kontrolle geraten, die *favelas* auf den »morros«, den Hügeln der Stadt, seien die Quelle der »ausufernden Gewalt«. Unter dem Beifall der Mittel- und Oberschicht und der Medien schickte die Regierung einige



tausend Soldaten mit Panzern und Helikoptern in die Slums. Am Ende der Operation präsentierte die Armee einige verrostete Gewehre und kehrte in die Kasernen zurück.

Für das Leben der Bevölkerung der *favelas* hatte die Militäraktion fatale Konsequenzen. Unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes entzog man ihnen monatelang grundlegende Bürgerrechte. Armut und Kriminalität wurden gleichgesetzt. »Gewonnen« wurde die Invasion der Militärs letztlich in den Zeitungen und TV-Berichten. Schon einige Zeit zuvor wurde in einem medialen Krieg die komplizierte soziale Situation auf ein Feindbild reduziert: Die Bewaffneten auf den Hügeln. Bereits 1992 fuhren während des Weltumweltgipfels vor der größten *favela* Rios (der »Rocinha«) Panzer auf und richteten ihre Rohre auf die Hütten. Begründet wurde der Einsatz schon damals nicht mit dem Schutz der Bewohner vor der Gewalt des Drogenhandels, sondern mit dem Schutz der Stadt vor den *favelados*. Damit wurden aber auch die Armutsviertel zum feindlichen Gebiet erklärt und die gesamte soziale Frage territorialisiert.

Informelle Ökonomie, Politik und »Verbrechen«

► Der Staat hat sich schon längst aus den »verlorenen Gebieten« zurückgezogen und die Bewohner ihrem Schicksal überlassen. Mehr als 50 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Brasiliens arbeiten im informellen Sektor, 30 Prozent des Sozialprodukts werden hier erwirtschaftet. [3] Die Übergänge zwischen Armut, Kleinkriminalität, Gelegenheitsarbeiten und (Drogen-) Handel sind fließend. Die örtlichen Parallelstrukturen der illegalen Drogenökonomie bestimmen ganze Stadtteile, sorgen für Beschäftigung, Sozialleistungen und »Ordnung«. Ähnlich wie in anderen Staaten Lateinamerikas stellen die Geschäfte mit Drogen einen florierenden Wirtschaftszweig dar. Besonders seit die USA ihren ideologischen Kampf gegen die Drogen in Kolumbien verschärften, wurde im internationalen Handel auch auf Brasilien ausgewichen. Ein großer Teil des Absatzes wird jedoch in dem größten Land Südamerikas selbst getätigt. Der »Binnenmarkt« ist groß genug, um hier für ein glänzendes Geschäft zu sorgen. Der illegale Handel beschäftigt dabei allein in Rio schätzungsweise über zweihunderttausend Personen. Für die jugendlichen Marginalisierten bedeutet er zumeist die einzige Möglichkeit, noch an Warentausch und Geldzirkulation teilzunehmen. Die Drogenökonomie basiert vor allem auf der Billiglohnarbeit von Drogenkurieren und jungen Männern. Die Slums an den Ausfallstraßen haben dabei den strategisch größten Wert, und die arbeitslosen und mobilen Jugendlichen stellen das wichtigste Rekrutierungsfeld für diese Art von Unternehmen dar. Der Handel ist natürlich schon längst aufgeteilt und betriebswirtschaftlich organisiert; die Drogengelder sind ein wesentlicher Beitrag auf den Finanzmärkten des Landes und in Rio streiten sich regelrechte »Konzerne« um die Kontrolle der Branche. Das »Comando Vermelho«, einer der größten Drogenringe, verdankt dabei seinen Erfolg der Kombination von Waffengewalt und lokaler Sozialpolitik. Der Erfolg des »roten Kommando« erzählt jedoch auch eine andere Geschichte. Glaubt man den Berichten einiger lokaler Journalisten, bekamen in den 70er und 80er Jahren die »sozialen Gefangenen« im Knast Kontakt zu den politischen Gefangenen aus der damaligen Stadt-Guerilla. [4] Die zumeist aus den *favelas* stammenden Gefängnisinsassen übernahmen die Organisationsformen und Teile des politischen Konzepts der verurteilten Kader, die häufig Mitglieder maoistischer Gruppen waren. Die »Verankerung im Volk« wurde später zum wichtigen Bestandteil der Geschäftspolitik. Ein Teil der Gewinne wurde an die Bewohner der Armenviertel gegeben, die Schwächsten bei Krankheit und sozialer Not finanziert. Damit konnten sie Sympathie und Unterstützung bei der *favela*-Bevölkerung erreichen, bei der Erschließung und Verteidigung des Marktes gegen rivalisierende Gruppen und gegen die Polizei ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Einen weiteren großen Wirtschaftsbereich stellt in Rio das Glückspiel »jogo de bicho« dar. Es ist offiziell verboten, aber fast jeder beteiligt sich daran. Die Lotterie basiert auf Tiersymbolen, so daß man des Lesens nicht kundig sein muß. Außerdem ist eine Beteiligung auch mit geringen Einsätzen möglich, was die Beliebtheit des Spiels in den armen Bevölkerungsschichten erklärt. Neben dem Drogenhandel ist das »jogo« der zweite große illegale Arbeitsmarkt und setzt mehrere hundert Millionen Dollar im Jahr um.

Aller gegenteiligen Rhetorik zum Trotz werden die Parallelstrukturen kaum ernsthaft von staatlicher Seite gefährdet. Schließlich geht es bei den gesetzwidrigen Branchen auch für die staatlichen Repräsentanten letztlich um einträgliche Geschäfte, bei denen bis in die höchsten Regierungsämter gut mitverdient wird. Gerade die »law-and-order«-Politiker stützen sich gerne auf Kräfte, die mit dem Komplex aus Drogenhandel und Glücksspiel verbunden sind. Politik und »Verbrechen« gehen ineinander über. »Der Bürgermeister von Rio, der im Wahlkampf den Einsatz des Heeres versprach, stand auf der Zuwendungsliste des illegalen Glücksspiels«. [5] Ebenso werden viele Polizeibeamte auf den Gehaltslisten von Drogen- und Glücksspielbossen geführt. Die geringe staatliche Besoldung prädestiniert die Beamten geradezu für »Nebentätigkeiten« in privaten Sicherheitsdiensten, die die Funktion der Polizei übernehmen. Laut Helio Tavares Luiz, Chef der Kriminalpolizei in Rio, ist die Elite selbst zu tief in die illegalen Geschäfte verwickelt und hat deshalb kein Interesse gegen »das Verbrechen« vorzugehen. »Sie will eine Polizei, die gegen die Armen vorgeht, aber keine, die sich gegen sie selbst wenden könnte.« [6]

Neoliberale Funktionalität

► Die Aufteilung der Stadt ist damit durchaus funktional: In den Armutszonen sorgen Drogenhandel und Glücksspiel für eine funktionierende Kapitalakkumulation, die in die nationale und internationale Geldzirkulation integriert ist. Für die marginalisierte Jugend stellt sie eine zwar gefährliche, aber durchaus lukrative Einnahmequelle dar, zumal keine Alternativen bestehen. Für die Mittel- und Oberschicht ist sie hingegen Hort des Bösen. Die Ausdehnung der sozialen Verelendung nehmen sie nur an der Oberfläche wahr, als Bedrohung durch die außer Kontrolle geratene Armutsökonomie. Solange die Armut und die Gewalt auf den »Hügeln« blieb, konnte man sie weitgehend ignorieren. Aber seit der Besetzung der *favelas* durch die Armee baute »das Verbrechen« einen neuen Geschäftszweig auf. Nach Angaben der Militärs ging der Drogenhandel zwar um 50 Prozent zurück, doch als Folge nahmen die Banküberfälle um 200 Prozent zu und die Entführungen verdreifachten sich. [7]

Was die vermögende Klasse weit mehr bedrückt als das Elend in den *favelas*, ist der Umstand, daß allein 1995 fast hundert prominente Familien entführt wurden. Dies zeigt, daß den Privilegierten die Abschottung in ihren Vierteln keinen hinreichenden Schutz mehr gewährt. Die Elite wird letztlich mit den Folgen ihrer eigenen Politik konfrontiert. Seit Ende der 80er Jahre schließt sich die ökonomische und politische Führungsschicht in Brasilien den neoliberalen Glaubenssätzen des Weltmarktes an, setzt sich der Ruf nach Privatisierung und Deregulierung des Staates durch. Eine Politik, die einige Inseln des Wohlstands und ein Meer der Verwüstung und des sozialen Elends schafft. Bleibt die Armut aber nicht in den ihr vorgegebenen Grenzen, taucht der Drogenhandel nicht nur in Form gewaschener Gelder auf den Finanzmärkten und den Bankkonten korrupter Politiker auf, so muß gehandelt werden. Ist der Staat nicht mehr in der Lage, die Grenzen der abgesteckten Territorien aufrechtzuerhalten, so wird auch dieser Zweig der »öffentlichen Sicherheit« eben privatisiert: durch Todesschwadronen und private Killerkommandos. In einer postmodernen Realität werden soziale Unterschiede auf abgesteckten Territorien festgeschrieben. Der soziale Bürgerkrieg mit Todes-

schwadronen und dem Ausnahmezustand in den Armensiedlungen existiert neben der formalen Demokratie und den konsumfreudigen Mittelschichten in den Innenstädten. Die Ordnung der Gesellschaft folgt dabei fast naturwüchsig der liberalen Modernisierung.

Brasilien beginnt in New York

► Als Folge der Weltmarktöffnung und der staatlichen Deregulierungsmaßnahmen beschleunigt sich das Auseinanderklaffen der brasilianischen Gesellschaft. Im Rahmen der nachholenden Entwicklung konnte mit großem Aufwand in einigen Bereichen eine hochwertige Industrieproduktion, zum Beispiel in der Automobilindustrie, aufgebaut werden. Diese Sektoren können sich auch erfolgreich in den Weltmarkt integrieren. Für den Rest bleibt allerdings nicht einmal mehr die Hoffnung auf Integration. Denn der moderne Teil der Gesellschaft koppelt sich in wachsendem Maße vom Rest des Landes ab.

Die Spaltung der Peripherie in erfolgreiche Schwellenländer, die zum Teil mit hochtechnologischen Produktionen in den Weltmarkt eingebunden sind und in Regionen, die bestenfalls noch als Rohstofflieferant oder Mülldeponie tauglich sind, nimmt zu. Brasilien verbindet beide Entwicklungen in einem Land. Gleichzeitig bilden sich innerhalb der kapitalistischen Zentren im Zuge dieser Umbrüche ebenfalls »Drittwelt«-Zonen mit entsprechenden Arbeits- und Lebensverhältnissen heraus. Die Unterschiede zwischen Metropolen und Peripherie verschieben sich. Die Integration der Marginalisierten in ein gesellschaftliches Projekt allgemeinen Wohlstands steht auch in den Industrieländern nicht mehr zur Disposition. »Der Graben zwischen Arm und Reich wird immer tiefer. Es ist (...) die Walze der amerikanischen Rechten, die (...) über das Land geht und daraus ein anderes Brasilien macht: ein Häuflein unermeßlich reicher Leute in bewachten Arealen, umgeben von einem Meer der Armen« beschreibt der Schriftsteller Paul Auster die Entwicklung der USA exemplarisch an dem Zustand seiner Heimatstadt New York. Die kleinen »Inseln der Seligen«, in denen sich die Privilegierten verschanzen, sind durchaus nicht nur in Rio anzutreffen. Im öffentlichen Bewußtsein jedoch werden Ursachen und Folgen vertauscht. Nicht die Armut, sondern die Armen werden zum eigentlichen Problem erklärt: Panisch erleben die Privilegierten den Rest der Welt nur noch als Bedrohung, als Ungeziefer und Parias, als Sozialschmarotzer und Kriminelle, die es mit allen Mittel zu bekämpfen gilt.

Armut und soziale Marginalisierung breiten sich bis in die kapitalistischen Metropolen aus. Aber dies geschieht unter den Bedingungen einer sich quer zu den traditionellen Klassenlinien spaltenden Gesellschaft, die immer weniger übergreifende ökonomische, soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten hat. Gerade die Linke hat enorme Schwierigkeiten, Zugang zu den marginalisierten Schichten zu finden. So orientiert sich die linke Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) in Brasilien an der traditionellen Arbeiterschaft und den akademischen Mittelschichten. Für die Linke im Lande wie für die internationale Solidariätsbewegung wird es schwierig, noch ein Subjekt für die gesellschaftliche Emanzipation zu finden. Die »neuen Subversiven« verfügen weder über eine Adresse, noch über ein Gesellschaftsideal. Sie sind weder organisiert, noch verfügen sie über die Möglichkeiten der modernen Kommunikation und sind damit weder auf politische Diskurse noch auf Agitation Art besonders gut zu sprechen. Für sie kommt ein »Linker« aus der gleichen »anderen Welt« wie die Nachrichtensprecher in TV Globo.

In »künftigen Formen der Unterdrückung«, so Max Horkheimer, »könnte das Kapitalverhältnis periodisch verfallen, um sich immer wieder daraus zu erheben. Das abwechselnde Bestehen dieser Formen der Produktion gleiche in seinen Metamorphosen dem mystischen Vogel Phönix, der, nachdem er sich selbst verbrannt hat, aus der eigenen Asche wieder verjüngt aufersteht.« Aus den Ruinen einer nachholenden Entwicklung steigt ein neuer Kapitalismus, barbarischer als seine Vorgänger, aber effizient funktionierend. Die bürgerliche Gesellschaft stellt sich auf neuer Stufe wieder her, ihre ursprünglichen Ideale einer höheren Zivilisation wandeln sich zur negativen Utopie. Exemplarisch konnte dies an den geschilderten Repressionen gegen die soziale Armut gezeigt werden. Folgt man den Berichten verschiedener brasilianischer Zeitungen, so sind die Todesschwadronen in Rio straff betriebswirtschaftlich organisiert. Gewinne werden reinvestiert und tauchen zur Finanzierung von Bauvorhaben wieder auf. Damit werden die Sektoren, die aus den modernen Produktionssektoren herausfallen, wieder neu in die Wertschöpfung integriert. In dieser Hinsicht ist der brasilianische Kapitalismus hochmodern: Die Beseitigung des massenhaft erzeugten Elends wird selbst wieder kapitalistisch organisiert.

Anmerkungen:

1 Zitiert nach: O Dia, 8.7.1993 (Rio de Janeiro)

2 Mike Davis: City of Quartz, 1994, Berlin

3 Zaluar Guimarães, Alba: A máquina e a revolta. As organiçaçoes populares e o significado da pobreza, 1992, São Paulo.

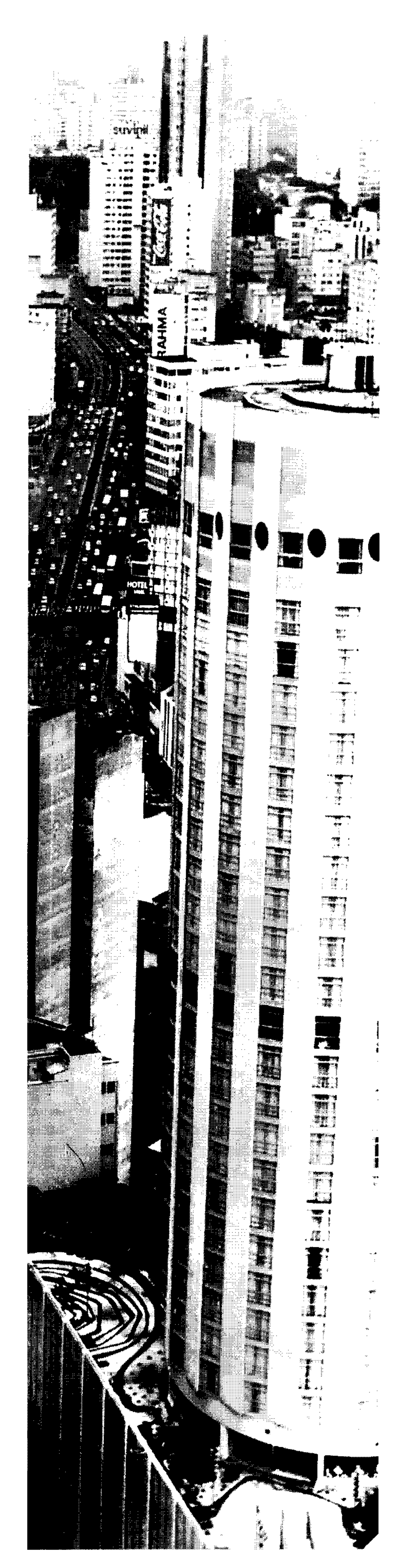
4 Pessos Guimarães, Alberto: As classes perigosas. Banditismo rural e urbano, 1986, Rio de Janeiro. Fota Neto, Antonio: Os novos subversivos. Marginalidade e Poder, Estado e Sociedade, 1985, Brasilia.

5 Fatheuer, Thomas: Gewalt in Rio de Janeiro, in: Lateinamerika. Analyse und Berichte, Nr. 16, S. 31ff, 1995, Bad Honnef.

6 veja vom 15.11.95

7 Interview mit Volmer do Nascimento, in Lateinamerika-Nachrichten Nr. 250, April 1995, Berlin.

► **Anton Landgraf** ist Journalist und lebt in Berlin. Der Text ist die gekürzte und leicht überarbeitete Fassung eines Beitrags der Zeitschrift *Bahamas* Nr. 19 (Frühjahr 1996).



Tango Passion

Geschichte eines Tanzes zwischen Mythos und Realität

von **Sonja Schwedes**



Foto: Christian Bernhart

Viele Tänze aus fremden Ländern sind in Europa bzw. der westlichen Welt modern geworden. Einer davon ist der argentinische Tango. In den lezten Jahren greift geradezu ein Tangofieber um sich, obgleich dieser Tanz im Gegensatz zur Salsa weder deren Ausgelassenheit noch Lebensfreude bietet. Die Faszination des Tango scheint neben seiner historisch begründeten Ausdruckskraft auch an einem Mangel an Sinnlichkeit in den industrialisierten Gesellschaften zu liegen.

► Die Geschichte des argentinischen Tango reicht bis ins vergangene Jahrhundert zurück. Auf der Suche nach dem Ursprung des Wortes »tango« findet man zum einen die Erklärung, dies sei die Bezeichnung für Zusammenkünfte schwarzer Sklaven gewesen. Zum anderen scheint die Verwandtschaft mit dem lateinischen Verb »tangere« (berühren, ein Instrument spielen) offensichtlich. Unumstritten ist jedoch, daß afrikanische Tanzrituale (Candombe) erheblich zur Entstehung der Milonga, der frühen Form des Tango beigetragen haben. Dazu kommen musikalische Einflüsse der europäischen Einwanderer, die sich zu Tausenden in den Hafenstädten Buenos Aires und Montevideo niederlassen. Sie bringen u.a. die Habanera, Polka und Mazurka mit. Aus dem Landesinneren, den Pampas und der Andenregion, geben Gauchos, Indios und Criollos etwas von ihren musikalischen Traditionen dazu. Die musikalische Seele des Tango bildet bis heute das Bandoneon, welches der Musiklehrer Heinrich Band aus Krefeld Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte und nach Argentinien brachte.

Argentinien erlebt bis nach dem Ende des Ersten Weltkriegs einen wirtschaftlichen Aufschwung, zu dem vor allem der Fleischexport nach Europa beiträgt. Buenos Aires ist um die Jahrhundertwende eine reiche, mit London und Paris vergleichbare kulturelle Metropole, Schmelztiegel aller möglichen Nationalitäten und Kulturen, die Bevölkerungszahl hat sich vervielfacht. Die Einwanderer sind zunächst Männer, die ihre Familien nachholen wollen. Sie arbeiten in den *mataderos*, den Schlachthöfen, oder schlagen sich mit Gelegenheitsarbeiten durch. Aus den Provinzen kommen jährlich noch Tausende dazu. Ehemalige Herrenhäuser werden zu Mietskasernen, *conventillos*, umfunktioniert, von denen in verschiedenen Tangotexten die Rede ist. Im Kiezleben der *arrabales*, der von Einwanderern überfluteten Vorstadtviertel mit ihrem düsteren Hinterhofleben, den Bars und Bordellen, entsteht der Tango. Hier wird gesungen, getrunken, musiziert, getanzt und herumgehurt, um das Elend der Arbeitslosigkeit und die Einsamkeit in der fremden Großstadt zu vergessen. Die elenden Arbeits- und Wohnverhältnisse, die sozialen Konflikte, der Frauenmangel, der Verlust der Heimat, all dies findet Ausdruck in der Musik.

Hundert Jahre Tango

► Die historische Zeit des Tangos beginnt um 1880, als sich sein spezifischer Rhythmus entwickelt und die ersten kleinen Orchester aufspielen. Als Epoche der sogenannten »Alten Garde«, *La Guardia Vieja*, gelten die Jahre 1895 bis 1920. Anfang des Jahrhunderts entsteht dann eine neue musikalische Form, die *Tango-Canción*. Hier ist ein Sänger im Vordergrund, der von ein oder zwei Gitarren, auch Flöte oder Klarinette begleitet wird. Den Inbegriff des Tango-Liedes symbolisiert Carlos Gardel, der 1917 mit *»Mi noche triste«* seine erste Schallplatte aufnahm. Gardel wurde zur Legende.

Während der ersten Dekade dieses Jahrhunderts kommt der Tango nach Europa, zunächst nach Paris, dann nach England, Deutschland, Rußland und Italien. Im Gegensatz zum Heimatland, wo ihm als Tanz der Unterschicht der Makel des Anrüchigen und Unanständigen anhaftet und ihm jegliche gesellschaftliche Akzeptanz verweigert wird, findet er in der feinen Gesellschaft von Paris sogleich eine begeisterte Anhängerschaft. Dem Papst, der ihn angeblich einst verboten hatte, wird nun ein kunstvoller, eleganter Paartanz vorgeführt. Dieser bricht zwar mit den Konventionen der Distanz zwischen den Geschlechtern, ist jedoch von jenen Anteilen bereinigt, die eine christliche Seele unsittlich berühren würden. So zu Ruhm und Würden gelangt, von Europa abgesegnet, wird der Tango schließlich auch in Buenos Aires salonfähig.

In den 30er Jahren ist es in Argentinien mit dem Aufschwung vorbei: Die Wirtschaft kriselt, das Militär putscht. Korruption, Wahlbetrug und soziale Ungerechtigkeit sind die zentralen Themen. Kein Wunder, daß manche Tango-Texte wegen subversiver Inhalte der Zensur zum Opfer fallen. Gleichzeitig wird Buenos Aires restauriert und modernisiert. Für den Tango ist dies eine Art Übergangszeit zur legendären Epoche der Vierziger Jahre, der *Goldenen Ära* des Tango, in der er den Gipfel der Popularität erreicht. Die Tangomanie überschreitet nun alle Grenzen. Es finden gigantische Tanzwettbewerbe statt. Man berichtet von Massentanzveranstaltungen auf der Avenida 9 de Julio. Der Tango beschränkt sich nun nicht mehr auf verruchte Hafenbars oder Kiezkaschemmen, sondern ist überall präsent: im Radio, in den Fußballclubs und bei Familienfeiern. Die *salones* (Tanzsäle) schießen wie Pilze aus dem Boden und da der Bedarf an Tanzorchestern groß ist, bringt diese »klassische Epoche«, eine Vielzahl von professionellen Musikern *(La Guardia Nueva)* und auch Tänzern hervor.

Der Sturz Peróns 1955 läutet das Ende dieser Ära ein. Unter der nachfolgenden Militärdiktatur ist eine solche massenkulturelle Bewegung kaum noch möglich. Osvaldo Pugliese, Pianist und Kommunist, wurde mehrfach verhaftet. Bei den Konzerten seines Orchesters blieb dann das Piano leer, und stets lag eine Rose auf den Tasten. Sowie es mit dem Land in der darauffolgenden Zeit bergab geht, verkommt auch der Tango allmählich zu einer nostalgischen Erinnerung. Viele *salones* werden geschlossen. Der gelebte, getanzte Tango gerät in Vergessenheit. Nur einer sorgt weiterhin für Aufregung: Astor Piazzolla. Als Bandoneonist im Orchester Anibal Troilos und später Leiter seines eigenen Orchesters bleibt er zunächst der Tangotradition und ihrer Rhythmik treu. Dann kreiert er eine neue Musikrichtung, eine Fusion von Klassik, Jazz und Tango: *Tango Nuevo*.

1983 fällt wieder ein politisches Datum mit einem Tango-Ereignis zusammen: Argentinien kehrt zur Demokratie zurück, und die spektakuläre Show *Tango Argentino* wird vom

Publikum in Europa, USA und Japan gefeiert. Ein weiteres Mal nimmt der Tango den Umweg über das Ausland, um in Buenos Aires wiederaufzuleben. Junge Leute greifen ihn auf, oftmals mit dem Gedanken, mit Tango Geld verdienen zu können, sei es als Show-Tänzer oder als Lehrer. Viele wollen in die Welt reisen, auftreten und unterrichten.

Tango for Export

► Die Nachfrage nach *Tango Argentino* im Ausland läßt ein neues Produkt entstehen: Gefragt ist zunächst ein Tango, der sich als Show inszenieren läßt, Bühnentango. Er besteht aus choreografischen Figuren, die eingeübt werden müssen. Das erfordert schnelle Beinarbeit, entsprechendes Training und mehr Distanz zwischen den Tanzpartnern. Während der »alte« Tango in enger Umarmung getanzt wurde – sein Sinn und Zweck war ja die Intimität des Tanzpaares – und aus einer Unmenge von improvisierten, immer neu erfundenen Schrittkombinationen besteht, wirkt der moderne Tango zunächst eher wie eine Tanzsportleistung, die für ein Publikum und für die eigene Eitelkeit erbracht wird. Die vielzitierte Sinnlichkeit wird über die Kostümierung besorgt. Alles ist Pose.

Unbehagen stellt sich bei den alten Salontänzern ein, die von den jungen »Tanzrüpeln« auf der Tanzfläche öfters angerempelt werden. Sie sind es gewohnt, erfinderisch kleine, elegante Schritte zu tanzen, ohne mit den anderen Tanzenden ins Gehege zu kommen. Unmut kommt auch beim Anblick der jeanstragenden Turnschuhgeneration auf, denn für die Alten hat Tango etwas mit Stil zu tun. Daß junge Tänzer völlig verschwitzt von der Tanzfläche kommen und mehrere T-Shirts zum Wechseln dabei haben, ist für sie unbegreiflich. Sie selbst haben früher ein Taschentuch zwischen die eigene Hand und die der Partnerin gelegt. Sie sagen, das sei kein Tango.

In Deutschland sucht man unterdessen weiter, denn einige sind zu der Erkenntnis gekommen, daß diese sportive Art des Tangotanzens auf die Dauer doch sehr anstrengend ist, zumal ein wirklich ästhetischer Tanzstil selten erreicht wird. Mit einem Kurstermin pro Woche wird man kein Tanzprofi und macht sich mit den mehr oder weniger schlecht getanzten Figuren höchstens lächerlich. Einige sind in der Zwischenzeit nach Buenos Aires gereist und haben andere Tangoluft geschnuppert. Und man erkennt, daß ein paar Schritte und ein geschlitztes Kleid noch lange keinen Tango ausmachen. Ganz andere, emotionale Schritte sind erforderlich.

Virulazo, ein berühmter Tänzer, kommentierte einmal die Tatsache, daß seine jungen Söhne nicht Tango tanzen: »Sie kommen zu uns, wenn sie vierzig sind und ihnen das Leben Schmerzen zugefügt hat.« Viele haben versucht, das Wesen des Tango in Worte zu fassen – z.B. als traurigen Gedanken, den man tanzen kann -, was jedoch angesichts seiner emotionalen Komplexität nicht ganz einfach ist. Liest man die Texte der Lieder, wird klar, daß es nicht nur um Gefühlsduselei geht, sondern daß sie ebenso voll von Witz, Charme und (Selbst-)Ironie sind. Vom Tango etwas zu verstehen, heißt auch, vom Leben etwas zu verstehen, die Gefühle des Moments ertragen zu können, egal, ob es der nun der Schmerz des Verlustes oder plötzliches Glück ist. Es geht darum, eine erwachsene Haltung einzunehmen, keck, anmutig und elegant zu stehen und zu gehen. Als Mann und als Frau.

Tanzabenteuer und Geschlechterfrage

► Aber gerade die Paarbeziehung im Tango scheint hierzulande Schwierigkeiten zu bereiten. Das Erscheinungsbild des Tango, bei dem die Frau dem Mann »como dormida« (wie im Schlaf) folgt, hinterläßt bei einigen den Eindruck, der Mann habe die Machtposition inne und die Frau müsse sich ihm unterwerfen. Wahr daran ist lediglich, daß die Aufgabenverteilung vorsieht, daß der Mann die Schritte vorgibt und die Orientierung im Raum übernimmt. Die Frau ist in ihrer Aufmerksamkeit gefordert und folgt ihm. Ein guter Tänzer wird jedoch der Frau mit sehr viel Respekt begegnen, ihr nichts abverlangen, was sie nicht tanzen kann oder will. Und die Frau bekundet mit ihrer Einwilligung zum Tanz, sich auf ein Tanzabenteuer mit einem bestimmten Mann einzulassen. Dem vorausgegangen ist jedoch, daß sie vorher beobachtet hat, wie dieser Mann tanzt und ob sie das attraktiv findet. Ansonsten lehnt sie ab.

Tänzerinnen von damals reden nie von Unterwerfung, Dominierung oder Aufgabe ihrer selbst. Sie sind sich darin einig, daß ein grundlegendes Einvernehmen im Paar herrscht und daß ihr Beitrag zum Tanz genau die Hälfte beträgt. Der Mann entwirft zwar die Schrittfolge, aber beide gemeinsam setzen diese um, zwei Persönlichkeiten, die sich durchaus auch an die Grenzen zur Machtfrage heranspielen können. Aber es ist ein Irrtum zu denken, die Frau gäbe sich auf. Entscheidend für beide ist die Hingabe an die Musik. Ohne diese Hingabe funktioniert das Ganze nicht. Genau darin liegt aber ein Problem. Das Individuum mit seinem Behauptungszwang wittert überall Übergriffe. Die Männer sind unsicher, führen oft zu weich oder zu hart. Die Frauen unterstellen Dominierungsversuche, widersetzen sich und führen am Ende lieber selbst. Oder postulieren, daß sie lernen wollen, sich führen zu lassen. Eine verfahrene Situation, die ein Muster unserer kulturellen Prägungen wiedergibt, über den Willen zum Ziel zu kommen. Nur: Es nützt nichts, hingebungsvoll oder sinnlich sein zu wollen. Letztlich bleibt nur der Moment, in dem entschieden wird: Selbstbehauptung oder Hingabe, Lüge oder Wahrheit, Ja oder Nein. Der Moment jenseits aller Kategorien und Machtfragen. Ein Moment von Nacktheit.

Und woher rührt nun die Passion des Tango? In den industrialisierten Gesellschaften existiert aufgrund von Rationalisierungsprozessen ein Mangel an sinnlichen Erfahrungen. Die allseitige Thematisierung von Sexualität und Erotik ist gerade ein Indiz für diesen Mangel. Ein fast schon verzweifelter Erlebnishunger generiert teils absurde, teils schon perverse Veranstaltungen. Der Wohlstand hat das materielle Elend zwar behoben, jedoch gleichzeitig ein neues menschliches Drama hervorgebracht: die Abwesenheit von intensiven Erlebnisweisen und profunden Gefühlen. Die Liebe wird zu einem Traum. Tango ist seit jeher eine kulturelle, im urbanen Zusammenhang entstandene Tradition, die dieses menschliche Dilemma bearbeitet. Die historischen Umstände mögen sich ändern, die Sehnsucht bleibt.

Café von Buenos Aires

Als Kind betrachtete ich dich von außen
wie die Sachen, die man niemals bekommt,
mit der Nase am Fenster,
dessen kaltes Blau
mir erst später im Leben
als mein Selbst erschien ...
Du warst wie eine Schule aller Fächer
und gabst meiner staunenden Jugend
die Zigarette, den Glauben an meine Täume
und eine Hoffnung auf Liebe.

Wie könnte ich dich in dieser Klage vergessen,
Café von Buenos Aires,
bist du doch das einzige im Leben,
das meiner Mutter ähnlich war.
Aus deiner wunderlichen Mischung
von Weltweisen und Selbstmördern
lernte ich Philosophie, Würfeln und Glücksspiel
und die grausame Poesie,
nicht mehr an mich zu denken.

Du gabst mir in Gold eine Handvoll Freunde,
die immer noch meine Stunden ermuntern:
José, mit seiner Phantasterei,
Marcial, der noch glaubt und hofft,
und der dürre Abel, der uns verließ,
mir aber Vorbild geblieben ist.
An deinen Tischen, die niemals fragen,
beweinte ich eines Abends die erste Enttäuschung,
wurde ich für den Schmerz geboren,
trank ich meine Jahre
und lieferte mich kampflos aus.

Literatur:

Collier, Simon u. a.: Tango! Mehr als nur ein Tanz. Wilhelm Heyne Verlag München 1995.

Feldmann-Bürgers, Johannnes: Tango und Jazz. Kulturelle Wechselbeziehungen. Band II, Münster 1996

Reichardt, Dieter: Tango. Verweigerung und Trauer. Suhrkamp Taschenbuch, 1. Auflage, Frankfurt/Main 1984.

Hanna, Gabriela: Así bailaban el tango. Metro Verlag Berlin.

► **Sonja Schwedes** ist Erwachsenenbildnerin, war in Südamerika als Entwicklungshelferin tätig und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Tango.

Interview mit der Frauentangogruppe »Las Tangueras«

Die Gruppe *»Las Tangueras«* aus der Schweiz bringt seit einiger Zeit eine völlig neue Form des Tangotanzes auf die Bühne: Tango, der nur von Frauen getanzt wird. Die Reaktionen, besonders aus dem männlichen Publikum, reichen von Begeisterung bis hin zu völliger Ablehnung. Rafael Busch unterhielt sich mit Isabelle Spirig, einer der Tänzerinnen.

Rafael Busch: Wie kamt ihr auf die Idee, eine Tango Argentino Show mit vier Frauen zu machen?

► Isabelle Spirig: Früher habe ich nur mit Männern getanzt. Als mein fester Tanzpartner ins Ausland ging, habe ich lange nach einem anderen gesucht. Das war aber nicht wirklich befriedigend. Beim Tanzen hatte ich oft das Gefühl, daß ich mich in Momenten zurücknehmen muß, in denen ich mich nicht zurücknehmen möchte.

Wie meinst du das?

► Als Frau kannst du zwar Einfluß auf den Tanz nehmen, aber die Hälfte, die führt, ist in der Regel dominanter, also freier und kreativer, auch beim Choreografieren. Meine Vision war aber: Ich tausche nicht einfach die Rolle. Ich will, daß beide beides können – das erhöht die Spielmöglichkeiten. Ein Mann hätte sich auf so etwas nicht eingelassen. Also kamen nur Frauen in Frage.

Man sagt, Tango lebe vom Gegensatz von »Mann« und »Frau«. War das bei euch ein Thema?

► Also anfangs sehr, heute weniger. Man hat das auch daran gemerkt, in was für einer Form wir uns über die Rollenverteilung unterhalten haben: »Wer übernimmt die Männerrolle, wer die Frauenrolle?« »Wer zieht was an?« Das hat sich mittlerweile aufgelöst. Was ich von Männern sehr viel gefragt wurde, ist: Wie geht ihr mit der Erotik um? Kommen bei euch lesbische Gefühle auf? Wenn du wunderbar mit einem Mann tanzt, ich glaube, das kennen wir alle, verliebt man sich sehr schnell. Man weiß gar nicht: Liebt man jetzt den Mann oder seinen Tanzstil? Meistens ist es der Tanzstil! Also, was passiert, wenn Frauen miteinander tanzen? Es ist auch unter Frauen erotisch, aber es ist eine andere Form der Erotik.

Vielleicht mehr eine Erotik im Sinne von Sensualität?

► Wenn du mit einem Mann tanzt, kommt ein anderes Gefühl auf, als wenn du mit einer Frau tanzt. Wirklich schön Tango tanzen kannst du aber immer nur mit einem Menschen, den du magst, egal ob Mann oder Frau.

Geht ihr mit einer Botschaft auf die Bühne?

► Ich wünsche mir, daß eines Tages die Tangotänzer und -tänzerinnen beide Seiten gespürt haben und sich in beide Seiten einleben können. Das möcht ich mitgeben: dieses Spiel des Sich-abwechseln-könnens.

Hat sich durch die Führungswechsel auch deine Sicht des Tangos verändert?

► Wenn ich die Frauenrolle tanze, spüre ich etwas anderes, als wenn ich die Männerrolle tanze. Die Männerrolle hat etwas mit Klarheit und Bestimmtheit zu tun. Beim Führen habe ich gespürt, wie schwierig das ist, wenn Frauen zu dominant und aktiv werden, wie wahnsinnig flexibel du da sein mußt. Was ich extrem wichtig finde ist, daß Tango nie, nie Kampf werden sollte. In meinen eigenen Frauenkursen zeige ich, daß Frauen aktiv sein können, daß sie spielen können, aber nicht um jeden Preis. Es liegt auch an mir zu spüren: Kann der andere darauf eingehen? Oder ich spüre: Es geht nicht, dann lasse ich es sein. Es sollte immer Spiel bleiben.

Welche Reaktionen bekommt ihr vom Publikum? Gibt es da Unterschiede zwischen Männern und Frauen?

► Ja. Bei Frauen, besonders bei Argentinierinnen, hatten wir zunächst eine mögliche Rivalität erwartet. Das war aber nie der Fall. Entweder haben sie sich überhaupt nicht geäußert oder sie waren hell begeistert. Bei den Männern ist es sehr unterschiedlich! Von »Super« bis »das ist kein Tango« und »das geht nicht, was ihr da macht«. Ein junger Profitänzer aus Argentinien sagte: »Zuerst habe ich das nicht ernst genommen. Jetzt bin ich verwirrt.« Ich war vor allem auf die Reaktion von Pablo Veron (sehr angesehener Tango-Tänzer, A.d.R.) gespannt. Er sagte, es sei eine super Idee, er genieße es, daß etwas Neues kommt. Es gab aber auch andere Reaktionen. Ein Mann, der mich vorher wahnsinnig verehrt hat, grüßt mich jetzt nicht mehr. Die Machos möchten den Frauen imponieren; sie möchten ihnen zeigen, daß sie gut tanzen können. Wenn jetzt die Frauen selber führen, kommen sie sich überflüssig vor und sind gekränkt.

Ich kenne aber keinen argentinischen Tango-Tänzer, der kein Macho wäre...

► Ich denke es ist ein Wechselspiel. In dem Moment, in dem du bereit bist, auf die Macho-Schiene einzusteigen, wirst du auch so behandelt. Das ist das Gefährliche daran. Heutzutage sind wir aber selbstsicherer, gelassener und seitdem ist der Machismo zurückgegangen.

Haben die Männer Angst, euch nach der Show zum Tanzen aufzufordern?

► Wir werden selten nach der Show aufgefordert. Aber die Männer haben große Freude, wenn wir sie auffordern. Manche wollen auch wissen, ob wir auch »richtig« tanzen können also nicht nur choreografieren. Tja, und die, die das wissen wollen, die können das dann haben. Wir haben nichts zu verbergen.

Gibt es noch andere Frauenpaare, die auftreten?

► In Berlin gibt es ein Paar. Aus Argentinien habe ich noch nichts gehört. Aber ich weiß, daß in den letzten Monaten Frauenprojekte entstanden sind. Die Ideen sind also auch in Buenos Aires vetreten.

Träumt ihr davon, in Buenos Aires aufzutreten?

► Sagen wir mal: Es ist unser Ziel!

► **Rafael Busch** ist Germanist und leitet in Freiburg eine Tangoschule.

Bis zu einem gewissen Punkt

Ein Interview mit dem Filmemacher Tomás (Titón) Gutiérrez Alea



Szene aus dem Film »Erdbeer und Schokolade«

Mit Tomás Gutiérrez Alea ist im April dieses Jahres der einflußreichste Regisseur Kubas gestorben. Sein filmisches Gesamtwerk stellt eine einzigartige, 40 Jahre umspannende Chronik der sozialen und kulturellen Umwälzungen dar, die Kuba seit den Zeiten der Batista–Diktatur erlebt hat. Bei uns wurde er vor allem mit dem Film 'Erdbeer und Schokolade' bekannt. In einem seiner letzten Interviews sprach Gutiérrez Alea mit dem britischen Filmkritiker Michael Chanan über sein Filmschaffen im Verhältnis zur Politik.

Michael Chanan: In dem Film 'Erdbeer und Schokolade' wird ein Typ unter verschiedenen Blickwinkeln gezeigt, nämlich als Künstler und als Homosexueller.[1] Mit welchen Aspekten der kubanischen Realität wolltest Du Dich auseinandersetzen?

► Thomás Gutiérrez Alea: Es geht in dem Film um Intoleranz – aber nicht in erster Linie um die Intoleranz gegenüber einem Homosexuellen. Es geht um Intoleranz in einem sehr viel umfassenderen Sinn, um Intoleranz als generelles Problem. Ich will mich mit allen Leuten auseinandersetzen, die auf irgendeine Weise für diese Situation der Intoleranz und für die Ausgrenzung des Anderen verantwortlich sind, für die Nichtanerkennung desjenigen, der mit seinem eigenen Kopf denkt.

Man macht es sich wohl zu einfach, wenn man sagt, verantwortlich ist »die Partei«. Schließlich zeigt der Film, daß es innerhalb der Partei verschiedene Möglichkeiten gibt.

► Es geht um den extremistischsten Flügel. Ich hätte beinahe gesagt den orthodoxesten, aber in Wirklichkeit gibt er sich nur als orthodox aus. Unter orthodox verstehe ich jemanden, der im Rahmen eines strikten Glaubens, einer Doktrin, einer bestimmten Denkweise aktiv wird. Ein Orthodoxer ist in der Tat nicht tolerant, er ist intolerant gegenüber dem, was auf irgendeine Weise seiner Weltsicht in die Quere kommt, seiner Art, sich mit der Realität auseinanderzusetzen. Dennoch ist er in der Lage, andere Standpunkte zu verstehen. Eine orthodoxe Haltung einzunehmen, bedeutet nicht unbedingt, eine repressive Haltung einzunehmen.

Wir wissen, daß in Hollywood ein Regisseur nicht das Recht hat, den sogenannten final cut, das heißt, die Endfassung des Films zu bestimmen, während in Europa die Regisseure dieses Recht haben. Wie steht es damit in Kuba? Wer hat das Recht über den final cut zu bestimmen?

► Im Prinzip hat der Regisseur das Recht dazu. Aber da die Filme vom 'Kubanischen Institut für Filmkunst und Filmindustrie' (ICAIC) produziert werden, behält die Direktion des Instituts sich dieses Recht vor, vor allem, wenn es um politische oder ideologische Aspekte geht. Das heißt, in dieser Hinsicht wird eine Zensur ausgeübt. Dieses Recht hat die Direktion des Instituts aber nur sehr selten kompromißlos ausgeübt. Im allgemeinen redet man

zunächst über die Probleme und einigt sich. Ich persönlich habe nur einmal einen Konflikt dieser Art gehabt. Das war, als ich den Film 'Hasta cierto punto' (deutsch: Bis zu einem gewissen Punkt) drehte. Ich wollte in diesem Film den Paternalismus des Staates zum Thema machen und eine Diskussion darüber anregen. Aber die Art, wie ich dieses Problem anging, war nicht solide und konsistent genug. Es war mir nicht gelungen, meinen Standpunkt so korrekt und überzeugend darzustellen, daß er in der Diskussion Chancen gehabt hätte, sich durchzusetzen. Deshalb wurde mir klar, daß ich nicht auf meinem Standpunkt beharren konnte, obwohl er theoretisch der richtige war. So habe ich hier nachgegeben.

Wenn Du in diesem Zusammenhang heutzutage das Wort »korrekt« gebrauchst, denken wir unwillkürlich an den Begriff der »political correctness«.

► Das stimmt, aber darum geht es hier nicht. Ich glaube, statt »korrekt« hätte ich lieber »effizient« sagen sollen. Es war mir in dem Film nicht gelungen, mein Anliegen in effizienter Form zu präsentieren. Einige Dinge waren dramaturgisch nicht effizient und zugleich waren sie politisch umstritten. Das führte dazu, daß der Film große Angriffsflächen bot, und deswegen habe ich es vorgezogen, diese Szenen zu streichen. In unserer Situation auf Kuba, in einer belagerten Festung, oder besser, wo es eine Festungsmentalität gibt und man sich von Feinden umstellt sieht, gibt es ein gewisses Maß an Paranoia und Verdächtigungen. Wenn man innerhalb der Festung Kritik äußert, denken viele Leute, daß das unsere Position gegenüber dem Feind schwächt. Ich glaube, daß das Gegenteil richtig ist. Ich glaube, wenn die Kritik gut und effizient ist, wenn sie den Dingen auf den Grund geht, kann sie dabei helfen, unsere Probleme und unsere Schwächen zu überwinden – dann macht sie uns stärker und weniger manipulierbar.

Aber ich bin mir darüber im klaren, daß in der Praxis das Mißtrauen und die Paranoia vieler Leute dazu führen können, daß ein Film nicht aufgeführt wird. Was dann? Diese Leute meinen, daß manche Filme nicht überzeugend genug sind und besser nicht gezeigt werden sollten. Ich meine aber, daß auch solche Filme gezeigt werden sollten. Auf der anderen Seite kann die Polemik einem Film mit großen Angriffsflächen den Garaus machen. Unsere Lage ist in dieser Hinsicht etwas schwierig. Sie zwingt uns, sehr gut zu arbeiten. Eine tiefschürfende Kritik muß auf sehr effiziente Weise vorgetragen werden, damit sie nicht zu widerlegen ist.

Kannst Du etwas zu 'Cartas del parque' sagen?

► Cartas del parque ist ein Liebesfilm. Da geht es überhaupt nicht um die politischen Umstände. Es ist ein Film, der sich auf die Darstellung der Gefühle beschränkt und der vielleicht zum Nachdenken über die Liebe anregen kann. Ich glaube, daß die Geschichte in einer Weise erzählt wird, die ästhetisches Vergnügen bereiten kann. In diesem Sinn unterscheidet er sich von allen Filmen, die ich vorher gemacht hatte. Er geht überhaupt nicht auf die umstrittenen Aspekte unserer Realität ein. Als der Film herauskam, sagten manche, ich würde mich auf solche Filme zurückziehen, weil ich nicht den Mut hätte, mich kritisch mit den Problemen der Realität auseinanderzusetzen. Schon nach 'La ultima cena' (Das letzte Abendmahl), einem historischen Film, wurde mir vorgeworfen, ich würde mich auf die Vergangenheit zurückziehen. Als ich aber 'Erdbeer und Schokolade' machte, in dem die heutige Realität sehr offen kritisiert wird, sagten sie, ich würde nur eine Maske überstreifen, um zu zeigen, daß man hier Kritik üben darf.

Es sieht so aus, als ob man einen Filmregisseur haben will, der eine Art Philosoph für jedermann ist. Warum?

► So ist das – vor allem bei den kubanischen Filmemachern. Einem nordamerikanischen Regisseur würde man nicht vorwerfen, daß er einen Liebesfilm dreht. Wenn er einen Film macht mit irgendeiner Art von Sozialkritik ist das auch okay. Im allgemeinen werden dort reißerische Filme gemacht und niemand macht den Regisseuren Vorwürfe.

Warum sollen also in Kuba Filmemacher die Rolle von Kritikern der sozialen Realität einnehmen?

► Weil es keine anderen Stimmen gibt. Der Journalismus zum Beispiel versagt in seiner gesellschaftskritischen Funktion. Die Leute beschweren sich zwar auf dem Hausflur, in den Cafés, auf der Straße, in den Warteschlangen. Aber diese Probleme werden nicht in der Öffentlichkeit dargestellt und das ist sehr frustrierend und man fühlt das Bedürfnis, seine Stimme zu erheben.

Als Du den Film 'Memorias del subdesarrollo' gemacht hast, gab es außerhalb Kubas einige Kritiker, die Dich zu einem Dissidenten erklären wollten. Du hast das abgelehnt. Trotzdem ist etwas davon an Dir hängengeblieben.

► Nun, manche sagen, daß ich ein Dissident bin, weil ich die kubanische Realität kritisiere; andere sagen, ich sei ein Propagandist der Regierung, weil ich mit dieser Kritik zeigen wolle, daß es in Kuba Freiheit gibt, obwohl es sie in Wirklichkeit nicht gebe. Ganz schön schwierig, was? Es ist absurd. In Wirklichkeit bin ich weder das eine noch das andere. Wenn man unter einem Dissidenten einen versteht, der die Regierung angreift mit der Absicht, sie zu stürzen und alles wegzuwischen, was die Revolution den Menschen an Fortschritten gebracht hat, dann bin ich kein Dissident. Aber natürlich kritisiere ich innerhalb der Revolution alles, was ich für eine Pervertierung ihrer Ziele und hoffnungsvollen Ansätze halte. Das heißt, ich kritisiere alles, was uns auf Abwege geführt hat bis zu dem Punkt, daß wir uns heute in einer sehr gefährlichen und furchterregenden Krise befinden. Ich bin ein Kritiker, aber ich bin kein Dissident. Hinsichtlich des Vorwurfs, ich sei ein Propagandist, eine Maske, die sich die Regierung für das Ausland überstreift, um zu zeigen, daß es Freiheit gibt... – was das betrifft, glaube ich, daß man sich an den Inhalt meiner Filme halten muß. Na schön, es sind schwierige, kritische Filme, aber genau aus diesem Grund sind sie auch eine Antwort auf das Bild, das manche Leute im Ausland von Kuba malen – ein Bild, das verzerrt und oberflächlich ist.

Ich weiß nicht, was ich sonst sagen soll. Ich glaube, daß ich in diesen ganzen Jahren einer sehr klaren Linie gefolgt bin; ich habe immer Widersprüche gehabt, habe immer versucht, sie auszudrücken, so gut ich konnte. Ich habe alles gesagt, was ich sagen konnte. Und ich

► **Tomás Gutiérrez Alea** in Kuba kurz Titón genannt, wurde 1928 in Havanna geboren. Nach einem Jurastudium Anfang der fünfziger Jahre besuchte er die Filmhochschule in Rom. Geprägt vom italienischen Neorealismus der Nachkriegsjahre drehte er subversive Filme gegen die Batista-Diktatur und war nach dem Sieg der Revolution einer der Mitbegründer des kubanischen Filminstituts (ICAIC). International bekannt wurde er mit der Satire *'La muerte de un burócrata'* (Der Tod eines Bürokraten, 1966), *'Memorias del subdesarrollo'* (Erinnerungen an die Unterentwicklung, 1968), dem Porträt eines durch die Revolution verunsicherten Großbürgers, *'La última cena'* (Das letzte Abendmahl, 1976), einer Parabel über Lüge und Wahrheit aus der Zeit der Sklaverei, *'Hasta cierto punto'* (Bis zu einem gewissen Grad, 1982) oder *'Cartas del parque'* (Briefe aus dem Park, nach Gabriel García Márquez, 1986). Zuletzt erschienen *'Fresa y chocolate'* (Erdbeer und Schokolade, 1993), für den er bei den internationalen Filmfestspielen in Berlin den Silbernen Bären und den Spezialpreis der Jury erhielt, und das Roadmovie *'Guantanamera'* (1995), an dem er als Co-Autor beteiligt war.

Zwischen seinen Filmen hat Gutiérrez Alea immer wieder für das ICAIC als Lehrer, Mentor, Workshop-Leiter und Co-Autor gearbeitet. Beim 17. Internationalen Filmfestival in Havanna im Dezember '95 wurde ihm für sein Gesamtwerk der Ehrenpreis verliehen, der italienische Regisseur Gillo Pontecorvo bezeichnete Titón als einen der größten Cineasten der Geschichte. Tómas Gutiérrez Alea starb am 16. April 1996 nach einer schweren Krankheit.

► Für 1997 ist eine Hommage an das Werk Gutiérrez' geplant. Interessierte können sich an Gudula Meinzolt beim Kommunalen Kino, Urachstr. 40, 79102 Freiburg, Telefon 0761/709033 wenden.

hätte außerhalb von Kuba sehr viel angenehmer leben können. Ich habe es nicht getan, obwohl es wirklich eine sehr große Versuchung war, an einem Ort zu leben, wo man sich nicht so anstrengen muß, um überhaupt arbeiten zu können. Ich habe es nicht getan aus einem Grund... Ich weiß nicht, wie ich das erklären soll – es ist keine rationale Entscheidung; in Kuba setze ich mich einem ziemlich unbequemen Leben aus. Aber ich glaube, daß es in Kuba Werte gegeben hat, die es anderswo nicht gibt, und ich bin sehr traurig darüber, daß diese Werte verfallen. Ich bemühe mich, sie am Leben zu erhalten. Das ist ein intimes und sehr persönliches Bedürfnis.

Wohin geht Kuba heute?

► Ich glaube, daß die revolutionäre Führung immer das sehr ehrgeizige Ziel gehabt hat, die ideologische Reinheit zu bewahren, uns vor Ansteckung aus dem Ausland zu schützen und den Menschen zu verändern, indem sie an seinem Bewußtsein ansetzt, nicht an seinen materiellen Lebensbedingungen. Der Paternalismus, der Schematismus, der Idealismus und alles, was wir in diesen ganzen Jahren durchgemacht haben, ist eine Konsequenz dieser Haltung. Diese Situation führt heute zu einer Rückbildung, zu einer Krise. Alle Werte gehen uns verloren; alle Werte, die die Revolution in den Menschen wiederbelebt hatte, werden heute korrumpiert und kommen uns mehr und mehr abhanden. Man weiß nicht, wann wir an einem absoluten Tiefpunkt ankommen, aber wir sind schon sehr nah dran.

Bis zu welchem Grad ist diese Situation auf den Zusammenbruch der Sowjetunion bzw. des Kommunismus in der Welt zurückzuführen?

► Also bitte! Auf keinen Fall! Die kubanische Krise ist keine Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Der Zusammenbruch der Sowjetunion machte nur eine Situation sichtbar, die nicht aufrecht zu halten war. Er zeigt, daß Kuba von der Hilfe der sozialistischen Welt, insbesondere der Sowjetunion, gelebt hat. Kuba hat keine materiellen Güter, sondern Politik produziert, es hat Politik gegen Öl vertauscht. Deshalb stehen wir nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks nackt da – ein Zustand, in dem niemand weiß, wie man arbeitet, in dem niemand etwas produziert und in dem weiter darauf insistiert wird, daß es das Bewußtsein sei, was uns bewegt. Ich glaube, wir wären ohnehin auf eine ausweglose Krise zugesteuert.

Wie könnte man diese Situation überwinden?

► Ich glaube, daß die einzige Art, wie sie überwunden werden kann – vielleicht lasse ich mich da auf ein sehr idealistisches christliches Gefühl ein – das gegenseitige Verständnis und die Liebe zwischen den Menschen ist. Wir müssen einer dem anderen helfen. Natürlich muß man aber wirtschaftliche Mechanismen, intelligente Mechanismen schaffen, damit die Leute sich veranlaßt sehen, in einer kohärenten Weise auf dieses Ziel des menschlichen Zusammenlebens hinzusteuern. Man kann nicht handeln nur mit Ermahnungen und Predigten und Aufrufen zur Nächstenliebe, denn die Liebe blüht da, wo die Leute sich lieben können, nicht in den Kloaken.

Das Interview ist entnommen aus 'Revista Encuentro de la cultura cubana', Nr. 1, verano de 1996, Madrid. Übersetzung: Christian Neven Du Mont.

Anmerkung:

1 Vgl. auch iz3w Nr. 211 zum letztjährigen 'Internationalen Filmfestival des neuen Lateinamerikanischen Kinos' in Havanna.

Der sprechende Kürbis

Afrika in der Kinder- und Jugendliteratur



Foto: M. Annas/version

von **Peter Bräunlein**

In den letzten Jahren sind häufiger kritische und realistische Kinder- und Jugendbücher über Afrika veröffentlicht worden. Dennoch sind die Klischees von »Buschkriegern« und »Dschungeldoktoren« in einem Teil der deutschen Verlagsproduktion noch nicht überwunden. Der Versuch, mehr afrikanische AutorInnen zu Wort kommen zu lassen, hat daran nichts geändert. Es wäre auch ein Irrtum, zu glauben, daß ein aus Afrika stammendes Buch »wirklichkeitsgetreuer« sei.

► Mit einer Neuauflage eines ursprünglich 1954 veröffentlichten Buches von Paul White, *Dschungeldoktor auf Löwenfährte* (1995), beweist der evangelikale R. Brockhaus Verlag, daß sich zumindest in einigen Kreisen das Afrikabild seit dem Kolonialismus nicht verändert hat. Nach wie vor tummelt sich hier der weiße »Dschungeldoktor« und Missionar mit seinem treuen, aber etwas dümmlichen afrikanischen Gehilfen, um gemeinsam gegen den afrikanischen »Zauberdoktor« zu kämpfen.

Auch Bücher, die über den Vertrieb in Einkaufsmärkten eine große Leserschaft erreichen, stellen die afrikanische Realität noch immer völlig verzerrt dar. So hat z.B. *Barbie in Afrika* (1993) von Angela Bonella nichts mit dem tatsächlichen Afrika zu tun. Tausende von Kilometern reduzieren sich auf die Entfernung eines Sonntagnachmittagausfluges. Die Tierwelt erscheint in Plüsch und ein afrikanischer Alltag wird erst gar nicht erwähnt. Doch gerade weil der Kontinent auf die Dimensionen eines Kinderspielzimmers zurechtgestutzt wird und Wilderei und Tierliebe Kinder besonders ansprechen, wirkt dieser Roman auf deutsche Kinder realistisch. Das Buch prägt erfolgreich ein Afrikabild mit, das durch zahlreiche Natur- und Tierfilme im Fernsehen weiter verstärkt wird. Transportiert wird aber auch eine »koloniale Ideologie«: Nahezu jede Aktivität geht von Weißen aus, während Afrikaner lediglich »helfen«.

'Barbie' stutzt den Kontinent auf die Dimension eines Kinderspielzimmers zurecht

Besonders durch die vom Schweizer Kinderbuchfonds mitherausgegebene Reihe »Baobab« sind Kinderbücher afrikanischer AutorInnen mittlerweile auf dem deutschsprachigen Buchmarkt stärker vertreten. Aber auch diese Bücher bieten keine »unverfälschte« afrikanische Realität. Das ist vor allem auf die Ausgangssituation afrikanischer Kinder- und Jugendbuchliteratur zurückzuführen. Zwar gibt es eine lange Tradition oraler afrikanischer Literatur, die Kindern und Jugendlichen erzählt wurde und z.T. noch wird, aber das nach britischem oder französischem Vorbild gestaltete koloniale Schulwesen, der weitaus größte Absatzmarkt für Literatur in Afrika, verhinderte lange Zeit das Entstehen einer von AfrikanerInnen verfaßten Kinder- und Jugendliteratur. Bis weit in die sechziger Jahre hinein dominierten europäische Bücher, deren Lektüre in den Schulabschlußprüfungen verlangt wurde und die häufig nur wenig mit der Lebenswirklichkeit ihrer LeserInnen zu tun hatten.

Erst die »Afrikanisierung« des Schulwesens eröffnete afrikanischen AutorInnen Absatzmöglichkeiten. Doch da bis heute Schulbehörden und Direktoren über den Kauf des Großteils der Bücher entscheiden, wird von Verlagen nahezu ausschließlich eine Literatur herausgegeben, die den Kriterien staatlicher Schulempfehlungslisten entspricht. Dabei wird der Propagierung von Werten wie Moral, Disziplin, harter Arbeit und der Wichtigkeit einer guten schulischen Ausbildung Vorrang gegeben. Die Spannung eines Buches wird eher zur Nebensache. Zudem wird der afrikanischen Kinderliteratur neben ihrer Bedeutung für das Lernen von Englisch bzw. Französisch – Kinder- und Jugendliteratur in afrikanischen Sprachen gibt es bisher recht wenig – oft die Aufgabe zugewiesen, vorkolo-

niale Traditionen zu bewahren. Die Mehrheit der Geschichten spielt auf dem Land und in einer mehr oder weniger weit entfernten Vergangenheit.

Jugendbücher mit anderen Ausrichtungen, die zudem so spannend sind, daß sie auch hiesige Kinder »verschlingen« würden, gibt es bisher nicht allzu viele. [1] Daß demnächst sehr viel mehr verlegt werden, ist leider wenig wahrscheinlich, denn im Moment geht es in zahlreichen afrikanischen Ländern eher darum, die Reste der im Zuge von Strukturanpassungsmaßnahmen weitgehend zusammengebrochenen Verlagslandschaft so weit am Leben zu erhalten, daß zumindest eine Minimalversorgung der Schulen mit Büchern gewährleistet werden kann.

Die vor diesem Hintergrund entstandene Literatur läßt sich bis heute grob in traditionelle Erzählungen aus der Folkloreliteratur, Abenteuergeschichten aus vor- oder frühkolonialer Zeit und sog. Problembücher über das Leben Jugendlicher im heutigen Afrika einteilen. [2] Zu den traditionellen Erzählungen, die sich an jüngere Grundschulkinder wenden, gehört Charles Mungoshis *Der sprechende Kürbis* (1994). Der Autor erzählt darin traditionelle Geschichten aus Zimbabwe in einer einfachen, modernen Sprache nach. Ähnlich wie in europäischen Märchen werden unsoziales Verhalten – etwa Gier oder Faulheit – bestraft, Klugheit und Mut dagegen belohnt; schüchterne Mädchen erlösen verwunschene Prinzen, Sklaven werden zu Fürsten. Wie in der ursprünglichen mündlichen Erzählsituation werden die Geschichten immer wieder von kurzen Liedern unterbrochen.

»Mama hätte gestaunt, wenn sie gehört hätte, wie ich am Lagerfeuer Schlangenragout verspeisen ließ.«

Eine Abenteuergeschichte aus der vor- oder frühkolonialen Zeit, die sich an etwa 10- bis 12jährige Kinder richtet, ist *Der Wanderzauberer* (1994) von Cyprian Ekwenski. Ein Jahr nach der Unabhängigkeit Nigerias (1960) schrieb der nigerianische Schriftsteller diesen in den zwanziger Jahren spielenden Jugendroman, mit dem er für die nomadisierenden Fulbe um Verständnis werben wollte. Beschrieben werden die Hochs und Tiefs einer Familie, die ein Sklavenmädchen rettet, deswegen aber vom »Besitzer« des Mädchens verfolgt wird. Nach langer Trennung findet die Familie schließlich wieder zusammen. Die handlungsreiche Erzählung wird zwar in einer einfachen Sprache erzählt, ist aber wegen der zahlreichen Personen etwas unübersichtlich. Der für hiesige LeserInnen z.T. schwer verständliche kulturelle Hintergrund hätte in einem ausführlicheren Nachwort erklärt werden sollen.

Zu den sog. Problembüchern über das Leben von Jugendlichen im heutigen Afrika kann *Yoruba-Mädchen, tanzend ...* (1994) von der 1941 in Lagos/Nigeria geborenen Simi Bedford gerechnet werden. Im Alter von sieben Jahren wurde sie nach England geschickt, wo sie heute noch lebt. Die Autorin erzählt vermutlich über weite Strecken autobiographisch aus der Sicht des sechsjährigen nigerianischen Mädchens Remi, die von ihrem Vater, einem hohen Kolonialbeamten, Anfang der fünfziger Jahre nach England geschickt wird, damit sie dort eine gute Ausbildung bekommt, um nach der bevorstehenden Unabhängigkeit Verantwortung übernehmen zu können. In England vermißt Remi ihren großen Familien- und Bekanntenkreis und fühlt sich verlassen. Zudem hat sie unter den rassistischen Vorurteilen einiger ihrer Schulfreundinnen zu leiden, die glauben, daß ihre schwarze Hautfarbe abfärben könne. Doch Remi, die sich bald recht sicher in der englischen Gesellschaft bewegt und auch akzeptiert wird, spielt mit den Vorurteilen vieler Engländer, deren Afrika-Phantasien sie durch das Erzählen von erfundenen Geschichten ironisch befriedigt: »In der Schule waren die Tarzanfilme von unschätzbarem Wert für mich. [...] Mit der Zeit verwandelte sich mein Vater in einen Stammeshäuptling, der häufig sein Haus in Lagos verlassen mußte, um dem Dorf seiner Ahnen, das tief im Dschungel lag, feierliche Besuche abzustatten. Papa hätte nicht schlecht gestaunt, wenn er mich gehört hätte. Während ich am Kaminfeuer saß und Sauerteigbrötchen röstete, erzählte ich, wie er als Anführer mit den Männern seines Dorfes auf Leopardenjagd ging, nur mit einem Speer bewaffnet. Mama, Großmama und Patience wären gleichermaßen baff gewesen, wenn sie von dem Schlangenragout gehört hätten, daß ich sie rund ums Lagerfeuer sitzend verspeisen ließ« (S. 148f). Bemerkenswert an dem Buch ist die für hiesige LeserInnen ungewohnte Perspektive: Statt einer hilfsbedürftigen afrikanischen Dorfbewohnerin erzählt eine selbstsichere, gebildete afrikanische Städterin aus einer wohlhabenden Familie, die sich öfter über die Vorurteile ihrer Bekannten aus der provinziellen englischen Mittelschicht lustig macht.

Anspruchsvoll und spannend ist auch *Kindheitshunger* von Axel Gauvin aus Réunion. In Tagebuchform schildert ein 15jähriger Junge indischer Herkunft Episoden seines Alltags in einer ländlichen Gegend dieses kulturell und ethnisch heterogenen französischen Überseedepartments im indischen Ozean. Im Vordergrund steht die Schule, wo er sich gegen die Vorurteile seiner ihn hänselnden Mitschüler durchsetzen muß. In z.T. drastisch-komischen Beschreibungen entsteht ein einfühlsames Bild eines pubertierenden Jugendlichen.

Bei *Kindheitshunger* wie auch beim *Wanderzauberer* wird jedoch die Problematik der Kinder- und Jugendbücher afrikanischer AutorInnen für deutschsprachige LeserInnen deutlich: Das knappe Nachwort gibt kaum kulturelle Hintergrundinformationen, so daß die Bedeutung von Teilen des Textes nicht verständlich wird. Hier bleibt noch einiges nachzuholen, denn je bekannter Fremdes wird, um so weniger Platz ist für alte Stereotypen à la »Zehn kleine Negerlein« oder dem »Struwwelpeter« mit seinem »kohlpechrabenschwarzen Mohr«.

Anmerkung:

1 Einen Einblick in die Problematik afrikanischer Kinder- und Jugendliteratur gibt: Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn und Internationale Jugendbibliothek, München: Afrikanische Jugendliteratur heute und morgen. Bonn, 1988; vgl. iz3w Nr. 189.

2 Nach Eckerhard Breitinger: Erziehung durch Literatur. Thesen zur Kinder- und Jugendliteratur in Afrika, in: Bertelsmann Briefe H. 117 (Juni 1985) S. 48; Mary I. S. Boye (The Developing Field of Ghanaian Children's Literature, in: Journal of African Children's and Youth Literature (JACYL), 4/1992/93) kommt zu einer ähnlichen Einteilung für die Kinder- und Jugendliteratur Ghanas.

▶ **Peter Bräunlein** arbeitete als Lehrer in Simbabwe und beschäftigt sich seit Jahren mit afrikanischer Literatur.

Kinder- und Jugendbücher afrikanischer AutorInnen

ab 6 Jahren:
▶ Meshack Asare: Kwajo und das Geheimnis des Trommelmännchens. Stuttgart: Kreuz, 1995 (Reihe Baobab)
▶ Isaac Olaleye, Ed Young: Bittere Bananen. Berlin und München: Altberliner Verlag 1996

ab 8 Jahren:
▶ Charles Mungoshi: Der sprechende Kürbis. Zürich: Nagel & Kimche, 1994 (Reihe Baobab)

ab 10 Jahren:
▶ Amu Djoleto: Obodai und seine Freunde. Zürich: Nagel & Kimche, 1994 (Reihe Baobab)
▶ Cyprian Ekwensi: Der Wanderzauberer. Zürich: Nagel & Kimche, 1994 (Reihe Baobab)
▶ Abdoua Kanta: Lelee, das Hirtenmädchen. Zürich: Nagel & Kimche, 1994 (Reihe Baobab)
▶ Meja Mwangi: Kariuki und sein weißer Freund. Göttingen: Lamuv, 1991 (Reihe Baobab)

ab 12 Jahren:
▶ Simi Bedford: Yoruba – Mädchen, tanzend ... Aarau, Frankfurt am Main, Salzburg: Sauerländer, 1994
▶ Buchi Emecheta: Der Ringkampf. Göttingen: Lamuv, 1989 (Reihe Baobab)

ab 14 Jahren:
▶ Axel Gauvin: Kindheitshunger. Roman aus Réunion. Wuppertal: Hammer, 1995 (Reihe Galileo)
▶ Gcina Mhlope: Love Child. Die Geschichtenerzählerin aus Südafrika. Wuppertal: Hammer 1996

Huren und Hurenmythen

► Wer denkt bei Rio de Janeiro nicht an Hitze, Haut und Körper? Und bei Prostitution in Lateinamerika nicht an Armut und Ausbeutung? Medien hier wie dort malen das Bild der Sexsklavin, die ihren Verhältnissen nicht zu entrinnen vermag. Hurenorganisationen hingegen überzeichnen in Abwehrreaktion dieses Klisches schnell mit dem der selbstbestimmten Prostituierten.

Mit ihrem Buch '**Mulher da vida – Frauen des Lebens. Brasiliens Prostituierte im Widerstand gegen Stigmatisierung und Repression**' ist es Friederike Strack gelungen, den Platz für die altbekannten Mythen von Verdammung und Idealisierung zu verringern. Ihre sachliche Darstellung stellt dabei nicht die Prostituierten selber in den Mittelpunkt, sondern das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu Prostitution. Dennoch legt sie großen Wert auf die Wiedergabe der Positionen von Sexarbeiterinnen.

Im ersten Teil des Buches gibt die Autorin einen umfassenden Überblick über theoretische Erklärungsansätze von Prostitution sowie über die weltweit angewandten politischen Strategien im Umgang damit: von der Kontrolle über das Verbot bis zur Abschaffung der Bordelle. Historische Tendenzen werden aufgezeigt, so daß das Buch nicht nur für Brasilien-Interessierte einen hohen Informationswert besitzt. Dabei versteht Strack bereits die Existenz dieser Theorien und die Tatsache einer gesonderten Stellung von Huren abseits des bestehenden Arbeits- und Strafrechts als Diskriminierung.

Der zweite Teil des Buches berichtet über die alltägliche Diskriminierung in Brasilien, der dritte über Widerstandsformen von Sexarbeiterinnen am Beispiel Rio de Janeiros. Auch hier reicht die Darstellung bis ins vergangene Jahrhundert zurück. Das Rotlichtviertel »Vila Mimosa« wird der/dem LeserIn im Verlauf des Buches durch die sehr eindrücklichen Beschreibungen vertraut: Seine Glanzzeiten, die stetigen Veränderungen und die Vertreibung und Folterung von Prostituierten durch die Polizei. Die Huren selber, und hier insbesondere die Aktivistin Gabriela Silva Leite, treten so klar vor Augen, daß die Mythen verblassen. Damit folgt die Autorin den Worten Leites, die in einem Gespräch erklärte: »Prostitution darf nicht verneint werden, sondern ihr muß Würde verliehen werden«, Würde durch das Recht auf eine unverzerrte Darstellung. In einem Vorwort fragt Monika Hofmann von der Hurenorganisation Hydra dazu: »Woher nimmt die Gesellschaft das Recht und die Arroganz, Huren die Fähigkeit zur freien Entscheidung und Selbstbestimmung abzusprechen?«

Leider ist an einigen Stellen des Buches zu spüren, daß es sich um eine überarbeitete Forschungsarbeit handelt. Manchmal erscheint die Autorin allzu gründlich - etwa wenn alle achtzehn Stadtviertel Rio de Janeiros, in denen im 19. Jahrhundert Prostitution stattfand, namentlich genannt werden. Aufgelockert und ergänzt werden die knapp 200 insgesamt jedoch sehr zügig lesbaren Seiten durch eine Reihe von Abbildungen, durch die »Welt-Charta für die Rechte der Prostituierten« sowie durch Gesetzestexte – letztere leider ausschließlich auf portugiesisch. Doch wer schon immer mal neunundneunzig verschiedene Bezeichnungen für Prostituierte in Portugiesisch erfahren wollte: Hier findet mensch sie.

Friederike Habermann

► *»Mulher da Vida – Frauen des Lebens«, FDCL-Verlag/Berlin, 9,80 DM. Bestelladresse: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.*



Kalte Abschiebung

► »Mitten unter uns hier in Köln wird die Bevölkerung aufgerufen, zu Kopfgeldjägern zu werden. Ich warne jeden Kölner und jede Kölnerin: Der Haß der 'Deutschen Liga' richtet sich gegen jede und jeden, der nicht so ist, wie diese zeitgenössische Variante des Nationalsozialismus ihn oder sie haben will.« Ralph Giordano antwortete damit auf den Angriff der 'Deutschen Liga', die 1992 in Köln Steckbriefe einer Roma-Frau aufhängte und damit zur öffentlichen Hetzjagd gegen Flüchtlinge überging – unterstützt von deutschen Ausländerbehörden und Parteien, die bestrebt waren, die Parolen der rechten Fraktionen in die Tat umzusetzen.

Man erinnert sich in der Regel nur ungern daran, welche Dimensionen die Kampagne gegen Flüchtlinge bereits erreicht hat. Und man erinnert sich ebenso ungern, daß die Hatz auch früher schon mit der Hatz gegen die Roma anfing. '**Hol die Wäsche rein, die Zigeuner kommen**', diese schon ältere Rede, überliefert und immer noch wirksam, gibt es nicht nur in deutscher Sprache. Im Holländischen lautet sie ähnlich, weshalb das danach benannte Buch des in Antwerpen lebenden Journalisten Chris de Stoop, nunmehr in deutscher Übersetzung erschienen, auch keine allein regionale Besonderheit aufzeigt.

Nur, diese Hatz gegen Flüchtlinge hatte in ihrem bis heute immer noch wenig wahrgenommenem Ausmaß den Ausgang in der deutschen Ausgrenzungs- und Deportationspolitik. 1991 hielt Kanther in Berlin seine internationale Konferenz gegen »die Illegalen« ab, hier wurde ihnen der Krieg erklärt. In der Folge entstanden die Abschiebeverträge mit Rumänien, Bulgarien und vielen anderen Ländern, von Vietnam bis Algerien. Andere europäische Länder folgten dem deutschen Abschiebebeispiel.

Europa schottet sich ab. Es lohnt sich, die ganze Liste der unglaublichen Maßnahmen, einmal in einem Buch vor sich zu sehen. Ihnen stellt der Autor das ebenso unglaubliche Schicksal einer Roma-Familie gegenüber, hin und hergeschoben, vielfach »untergetaucht«,

mit Steckbriefen gesucht und von deutschen Behörden abgeschoben und schließlich vorläufig in den Niederlanden gesichert - nicht sicher genug, um Angst und Schrecken verlieren zu können; um sie herum auch beherzte Gruppen und Einzelne, die nicht (erneut) mitschuldig werden wollen an kalt berechneter, zynisch vorgetragener und exekutierter Abschiebung. Zu wenige, die sich engagieren.

Gegen die analytisch säuberlich sezierten, hochwissenschaftlich abgehandelten Thesen der Migrationswissenschaft und -wirtschaft (!) hat dieser Journalist den Mut gefunden, anzustänkern. Dem Buch kommt das Verdienst zu, die hastigen Lebensausschnitte der Betroffenen geschildert und diesen die Exekution der Bürokratie gegenübergestellt zu haben. Es sind nicht nur die Minister, die Abschiebungen exekutieren, sondern die vielen kleinen Rädchen der Maschine, die Schreibtischtäter der 90er Jahre. Chris de Stoop schildert den Kontrast zwischen Flüchtlingsleben in Europa und staatstragenden Mentalitäten der hier ansässigen Wohlhabenden.

C. Möller

► *Chris de Stoop, »Hol die Wäsche rein.« Die Geschichte einer ganz gewöhnlichen Abschiebung, Fischer-Verlag 1996, 19,90 DM*

Ferngesteuert zwischen Kontinenten

► »Jenseits der Kontinente« liegt ein imaginärer siebter Kontinent, dessen Einwohnerschaft beständig anwächst. Er hat weder Ort noch Grenzen. Ihn bevölkern diejenigen, die aus den verschiedensten Gründen ihren bisherigen Lebensmittelpunkt verlassen (müssen). Niemand weiß genau, wieviele Menschen sich derzeit weltweit auf Wanderschaft befinden. Schätzungen der 'International Organisation for Migration' gehen von ca. 80 Millionen aus, von denen etwa 15 Millionen Asylsuchende und Flüchtlinge sind.

Die nervöse Aufmerksamkeit, die der 'neuen' Migration der 80er und 90er Jahre zuteil wird, rührt aber nicht allein von ihren bloßen Zahlen her, sondern ebenso von den im Vergleich zu älteren Wanderungsbewegungen qualitativen Unterschieden.

Dazu zählt zuallererst die »Globalisierung« der Migration: Alle Länder der Welt sind als Abwanderungs- oder Zielländer (häufig auch als beides) von Wanderungsbewegungen betroffen. Spezifikum der 'neuen' Migration ist auch ihre Feminisierung. Frauen spielen eine wachsende Rolle innerhalb aller Formen von Migration. Anders als in der Vergangenheit migrieren Frauen nicht vornehmlich als Familienangehörige, sondern als Arbeitssuchende, allein.

Felicitas Hillmanns Dissertation über die **'Migrationsstrategien von Frauen aus der 'Dritten' in die 'Erste Welt''**, hier nach Mailand (Italien), trägt viel zu deren Verständnis bei. Hillmann geht den Weg vom 'Globalen zum Lokalen' und zurück. Sie widmet sich den persönlichen Wanderungsbiographien von Migrantinnen aus den sogenannten Dritte-Welt-Ländern Peru, den Philippinen und Somalia. Sie interessiert sich für die alltäglichen Lebensbedingungen, Handlungs- und Überlebensstrategien der Frauen und kann aufzeigen, wie globale Strukturen und Bedingungen sich bis in kleinste Lebensbereiche auswirken. Die in der Globalisierungsforschung behaupteten Zusammenhänge von globaler und regionaler/lokaler Ebene werden plötzlich greifbar. Die Migrantinnen erscheinen als »Scharniere« zwischen den sich verschärfenden Problematiken der 'Dritten Welt' und den gesellschaftlichen Veränderungen der 'Ersten Welt': Die Verwobenheit der verschiedenen Welten, die »Interdependenzen und die internationale strukturelle Entwicklung der letzten Jahrzehnte« werden als soziale Muster an den individuellen Geschichten der Frauen ablesbar.

Hillmanns Untersuchung zeigt vor allem auch die soziale Einbettung der Migration auf. Interviews verdeutlichen die Rolle von transnationalen sozialen Netzwerken als wesentlichen migrationserleichternden Faktor. Diese Netzwerke können den MigrantInnen nicht nur Unterstützung im Ausland bieten. Über sie werden auch weitere Angehörige und KollegInnen nachgeholt, so daß im Zielland relativ homogene soziale Migrationsgruppen entstehen. Die Strategien einzelner Familien und Haushalte sind in die übergreifenden Netzwerke der einzelnen ethnischen Gruppen eingebettet. Immer häufiger erscheint die Migration eines Familienmitglieds als die beste Möglichkeit, den Lebensunterhalt der ganzen Familie zu sichern. Die individuelle Lebensplanung der Migrantin tritt vor dieser Notwendigkeit in den Hintergrund. Sie ist »ferngesteuert« durch wirtschaftliche, soziale und familiale Strukturen im Herkunftsland. Da die Reise häufig von der gesamten Familie finanziert werden muß, da Ressourcen damit internationalisiert werden, da Frauen derselben Familie auch in Rotation ins Ausland gehen, konstatiert Felicitas Hillmann die Ausbildung sogenannter »transnationaler Haushalte«.

Geschlechtsspezifisch ist auch die Beschäftigungssituation: Die Migrantinnen verlassen einen nach Geschlecht organisierten Arbeitsmarkt und finden sich in Italien in ähnlichen Strukturen wieder. Ungeachtet ihrer beruflichen Ausbildung arbeiten fast alle Frauen in Mailand als Hausangestellte in privaten Haushalten. Sie sind also nur in die unterste Schicht des italienischen Arbeitsmarktes integriert und zudem stark von ihren ArbeitgeberInnen abhängig (insbesondere die illegalen Migrantinnen). Zugespitzt kann von einer hierarchischen Arbeitsteilung zwischen den Migrantinnen und den italienischen Frauen gesprochen werden. Letzteren ist die Teilhabe am italienischen Arbeitsmarkt auch dadurch möglich, daß die Migrantinnen die familiale 'Frauen-', d.h. Reproduktionsarbeit leisten.

Susanne Frank / Birgit S. Neuer

► *Felicitas Hillmann (1996): Jenseits der Kontinente. Migrationsstrategien von Frauen nach Europa, Pfaffenweiler: Centaurus (Stadt, Raum und Gesellschaft; Bd. (3)*

Afrika '97

► In der langen Reihe der Dritte-Welt-Taschenkalender ist jetzt Afrika '97 erschienen. Der Kalender zeichnet sich durch eine gelunge Mischung von Kalendarium, Informationen und attraktiven Kurzbeiträgen aus. Dabei soll - so die Herausgeber - die »Vielfalt Afrikas« verdeutlicht werden, »ohne die Schwierigkeiten zu verschweigen«. Ein Schwerpunkt des Kalenders ist die moderne und die traditionelle Kultur und Kunst. Literarische Kostproben von modernen Autoren und traditionellen Erzählungen, Fotos, Zeichnungen und auch Kochrezepte illustrieren das Thema. Daneben stehen informative und kritische Beiträge zu sozialen, ökologischen und politischen Problemen einzelner Länder, zur Situation von Afro-Deutschen und African Americans, sowie Porträts von Persönlichkeiten. Eine kleine Fundgrube des praktischen wie informativen Büchleins stellt zudem die Vielzahl von Kurzrezensionen einschlägiger Bücher dar.

Ulrich van der Heyden

► *Afrika '97. Taschenkalender. Brandes & Apsel Verlag, 256 S., 14,80 DM*



»Historische Chance?« – ein Nachtrag zum Ernährungsgipfel

► Zwölf Jahre nachdem der Hunger auf der Welt beseitigt sein sollte – der erste Welternährungsgipfel 1974 in Rom hatte die Beseitigung des Hungers in zehn Jahren, also bis 1984, beschlossen – ist man von diesem Ziel weiter entfernt denn je. Der Welternährungsgipfel Mitte November in Rom endete mit der unverbindlichen Absichtserklärung, die Zahl der Hungernden von derzeit weit über 800 Millionen bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Ob damit eine »historische Chance« vertan worden ist, wie es ein Vertreter der Welthungerhilfe formulierte, ist allerdings Ansichtssache. Das würde nämlich voraussetzen, daß tatsächlich die Chance bestanden hätte, Aktionspläne mit konkreten, verbindlichen und kontrollierbaren Maßnahmen zur Bekämpfung von Hunger und Armut zu verabschieden, wie es die über 1.000 in Rom vertretenen Bauern- und Entwicklungsorganisationen gefordert hatten.

Dem war aber nicht so. Denn nicht die NGOs, sondern die Auffassung der Staats- und Regierungschefs sind maßgebend für Abschlußerklärungen von Weltgipfeln – und für diese ist fast ausnahmslos die Freiheit von Markt und Handel das Maß der Dinge. Freie Preise, freier Handel sowie die wachstums- und einkommenssteigernde Produktion für den Export soll für eine ernährunssichernde Produktion und Verteilung sorgen. Dazu kam in Rom das Versprechen einer zweiten 'Grünen Revolution'. Deren Propagandisten favorisieren eine auf Chemie, Bio- und neuerdings auf Gentechnologie basierende intensive Landwirtschaft mit Hochertragssorten und Tier- bzw. Fischfarmen.

Agroindustrie und Massentierhaltung erfordern einen großen technischen Aufwand sowie hohen Düngemittel-, Pflanzenschutz- und Futtermitteleinsatz und natürlich den völlig deregulierten Weltmarkt. Zwar können Ertragssteigerungen erzielt werden, die aber die Mehrheit der Bevölkerung nicht erreichen und immense ökologische Probleme aufwerfen. Reiche Bauern (besser: Agrounternehmer) werden reicher und die Armen hungern noch mehr. Die Auslaugung und Vergiftung der Böden sowie die unkalkulierbaren Folgen bio- und gentechnolgischer Produktion spielen trotz aller rhetorischer Eiertänze eine nachgeordnete Rolle, denn die Länder des Südens müssen ihre wenigen 'Standortvorteile' ausspielen. Der Export von Lebensmitteln, die auf dem Weltmarkt noch eine Chance haben, gehört dazu. Die Versorgung der Masse der eigenen Bevölkerung, sprich die Nahrungssicherheit, ist demgegenüber zweitrangig. Anstelle von Reisanbau entstehen in Südasien Palmölplantagen und Garnelenfarmen für den Konsum der eigenen und der hiesigen Eliten. In Lateinamerika müssen Grundnahrungsmittel wie Mais importiert werden. In Mexico bricht die einheimische Produktion unter dem Druck billiger Importe im Rahmen der Freihandelszone NAFTA zusammen.

Der Hunger bleibt und ist auch in fruchtbaren Ländern kein Widerspruch. Im Gegenteil stellt er in vielen Gesellschaften der südlichen Halbkugel zunehmend den Normalfall dar und ist inzwischen auch in osteuropäischen Ländern wie Bulgarien ein riesiges Problem. Die Gewährung von Nahrungsmittelhilfe ist da meist nur noch nachgeschobene internationale Sozialhilfe, die oft lokale Märkte zerstört und eine Beruhigungspille für unser geplagtes Gewissen darstellt. Dagegen gilt es, die Ursachen der Armut zu bekämpfen. Gegen die Kräfte des freien Marktes und gegen die Rede von der Globalisierung und deren tatsächliche Macht müssen regionale Strukturen gestärkt werden. Dazu gehört der Ausbau regionaler Infrastruktur, der Aufbau von lokalen und regionalen Märkten, der ökologische Landbau und die Förderung von kleinen Unternehmen und Genossenschaften. Agrarreformen, die den Namen verdienen und der Schutz der kleinbäuerlichen Bevölkerung sind Voraussetzungen, um eine Wende in der Nahrungsmittelpolitik einzuleiten.

Von FAO- und anderen Gipfeln ist diese Wende nicht zu erwarten. So ist es auch mehr als unwahrscheinlich, daß ausgerechnet von den anstehenden Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) eine Neuausrichtung des Agrarhandels zu erwarten ist, wie es die agrarpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen im Bundestag, Ulrike Höfgen, forderte. Gipfeltreffen und ähnliche Veranstaltungen bieten (historische) Chancen, Alternativen vorzutragen – nicht, diese durchzusetzen.

gelu/jm



100 Jahre Treibhaus

► Der sog. Treibhauseffekt ist seit einem Jahrhundert bekannt. Der schwedische Wissenschaftler Svante Arrhenius machte schon 1896 darauf aufmerksam, daß das von den Menschen verursachte Kohlendioxid langfristig die globale Durchschnittstemperatur erhöhen werde. Arrhenius' Überlegungen stellen den Ausgangspunkt einer diskontinuierlich verlaufenden Debatte über den Treibhauseffekt dar. Dieser wurde erst in den letzten zwei Jahrzehnten als globale Bedrohung ernstgenommen. Seit einem Jahrzehnt beschäftigt sich die Politik auf internationaler Ebene mit der Einleitung von Vorsorgemaßnahmen.

Anläßlich dieses »Jubiläums« findet vom 19.12.-26.1.96 im Salzburger Kunstverein eine Austellung mit dem Titel »100 Jahre Treibhaus« statt. U.a. gibt die Ausstellung allgemeine Informationen über den natürlichen und anthropogenen Treibhauseffekt und dessen potentielle Auswirkungen. Es findet eine Auseinandersetzung mit dem Treibhauseffekt als einer äußerst komplexen Problematik statt, die mit zahlreichen sozio-ökonomischen Phänomenen in Verbindung steht. Ergänzend werden die Ergebnisse einer Umfrage unter WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen von Umweltschutzverbänden aus Österreich, Deutschland und der Schweiz präsentiert, die u.a. erkennen lassen, daß viel zu starke Hoffnungen auf technische Innovationen und Effizienztechniken gehegt werden, und daß das Bevölkerungswachstum als Ursache für den anthropogenen Treibhauseffekt überbewertet wird.

► *Näheres zu der Ausstellung, die auch ausgeliehen werden kann, bei: Salzburger Kunstverein, Heilbrunner Str. 3, A-5020 Salzburg, Tel: 0043/662/8422940, Fax: 840762*

Kindersoldaten

► In Birma werden laut einer von *terre des hommes* unterstützten Studie mehrere tausend Kinder von der Regierungsarmee und von den über 25 bewaffneten Guerillaverbänden eingesetzt. Seit 1988 rekrutiert die Armee Kinder, die jünger als 14 Jahre sind. Kindersoldaten nehmen an Überfällen auf Dörfer und an Himmelfahrtskommandos teil und werden zum Minensuchen, als Transportarbeiter, als Informanten und als Bewachungspersonal eingesetzt. Die psychische und gesundheitliche Belastung führt häufig zu Kriegstraumata und chronischen Krankheiten.

Im letzten Jahrzehnt starben ca. zwei Mio. Kinder in Kriegen, mehr als sechs Mio. wurden verwundet und zahllose Kinder waren Augenzeugen von Massakern. Die Entwicklung von leichten, billigen und einfach zu betätigenden Waffen begünstigt den Einsatz von Kindern als Soldaten. Von den 20 bis 30 Menschen, die täglich auf eine Miene treten und verletzt oder getötet werden, sind vier Kinder.

terre des hommes hält es für dringend geboten, die UN- Kinderrechtskonvention, die zwar Jugendliche unter 18 Jahren als Kinder definiert, die Rekrutierung von Jugendlichen ab 15 Jahren jedoch zuläßt, durch ein Zusatzprotokoll zu ergänzen. Dies ist das Ziel einer Anfang 1997 stattfindenden UNO-Konferenz über die Kinderrechtskonvention, auf der ein Protokoll verabschiedet werden soll, das das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre festsetzt.

► *Nähere Informationen bei: terre des hommes, Ruppenkampstr. 11 a, 49084 Osnabrück, Tel: 0541/71010, Fax: 707233*

Waffen für Indonesien

► Am 25. Oktober 1996, wenige Stunden vor Abflug des Bundeskanzlers nach Indonesien, demonstrierte eine Mahnwache vor dem Kanzleramt in Bonn gegen Lieferungen der deutschen Rüstungsindustrie an das Regime des indonesischen Diktators Suharto. In Indonesien waltet seit dem Putsch von 1965, bei dem Hunderttausende ermordet worden waren, das Militär. Noch heute wird jede Kritik, jede friedliche Demonstration blutig niedergeschlagen. Wegen Bodenschätzen wurden Ost-Timor (Erdöl) und West-Papua (Kupfer, Gold, Silber, Uran, Erdöl, Erdgas) vor Jahrzehnten annektiert und seitdem brutal ausgebeutet. Enteignungen, Vertreibungen und Ausrottung der Einwohner sind an der Tagesordnung.

Immer wieder kommt es zu Protesten gegen die Gewaltherrschaft. Am 27. Juli 1996 fanden in der Hauptstadt Jakarta die schwersten Unruhen seit 20 Jahren statt. Anlaß war der Sturz von Megawati Sukarnoputri, der gewählten Vorsitzenden der Demokratischen Partei Indonesiens (PDI). Die PDI ist eine von zwei zugelassenen, aber letztlich chancenlosen Oppositionsparteien. Als die PDI unter Vorsitz Sukarnoputris dennoch Popularität gewann, arrangierten Regierungskräfte ihren Sturz und die gewalttätige Räumung der PDI-Zentrale. Bei anschließenden Demonstrationen von ca. 10.000 IndonesierInnen wurden mehr als 47 AnhängerInnen Megawatis getötet bzw. sind verschwunden und in der Folgezeit wurden über 200 Oppositionelle inhaftiert.

Diese Repressionen des Regimes werden durch Waffenlieferungen aus dem Ausland, besonders aus Deutschland, gestützt. Jahr für Jahr werden unter Federführung der Weltbank Kredite in Höhe von über 5 Mrd. Dollar genehmigt; größter Kreditgeber nach Japan ist Deutschland (208.3 Mio Dollar/Juni 1996). Über Hermesbürgschaften wird etwa der Kauf deutschen Kriegsmaterials incl. Ausbildung mitfinanziert. Seit 1986 hat die Bundesregierung, trotz internationaler Proteste und trotz des Vorwurfs damit gegen das deutsche Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetz zu verstoßen, 680 Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern nach Indonesien genehmigt. Darunter Kriegsschiffe der ehemaligen NVA, »Wiesel«-Panzer (Kieler Unternehmens MaK), halbautomatische Maschinengewehre (Heckler & Koch) sowie schwerbewaffnete Patrouillenboote.

Deutsche »Hilfe« soll auch für Infrastrukturprojekte in Indonesien geleistet werden. So z.B. der Bau zweier Kernkraftwerke auf Java, der Heimat von 100 Mill. Menschen. Es handelt sich um die ersten von zwölf Kraftwerken, die Siemens/Deutschland in den nächsten Jahren in Indonesien bauen soll. Begründung: Indonesiens Energiebedarf ist steigend und der Bau daher notwendig. Fraglich warum Indonesien dann eigentlich seit einigen Jahren seine billige Steinkohle aus dem Tagebau an Deutschland verkauft.

► *Martha Werner (Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten (IMBAS/Frankfurt)).*

Turnschuhe auf der Flucht



► Seit NIKE Anfang der 60er Jahre gegründet wurde, fand die Produktion in asiatischen Billiglohnländern statt. Als in Japan die Löhne stiegen, wurde die Produktion nach Südkorea und Taiwan verlagert. Andere Marken wie Reebok, Adidas und Fila zogen mit. Sie bauten jedoch keine neuen Fabriken, sondern ließen von ortsansässigen Subunternehmern produzieren. Pusan in Südkorea wurde zur Turnschuhhauptstadt der Welt.

Im Rahmen einer sich während der 80er Jahre formierenden Demokratie- und Arbeiterbewegung in Südkorea organisierten sich besonders die Frauen, die den Großteil der Arbeitskraft stellen, und protestierten gegen gefährliche Arbeitsbedingungen, tägliche Demütigungen und niedrige Löhne. Nachdem 1987 das Militärregime gestürzt und Lohnerhöhungen durchgesetzt wurden, schloß NIKE in den späten 80ern und den frühen 90ern eine ganze Anzahl Sportschuhfabriken in Südkorea. Lag 1989 der südkoreanische Anteil an der Gesamtproduktion noch bei 60%, sind es heute nur noch 12%. Im selben Zeitraum stieg der Produktionsanteil in China von 4 auf 34%, in Indonesien von 0 auf 36%. In Indonesien produzieren heute 120.000 Arbeiter, vor allem Frauen, für NIKE (s. auch iz3w Nr. 204). In China und Indonesien wurde ein freundliches Klima für ausländische Investoren geschaffen: Staatsgewerkschaften, bewaffnete Sicherheitskräfte bei Arbeitskämpfen, niedrige Löhne für Arbeiter und noch niedrigere für Arbeiterinnen.

1993 lag der Stundenlohn in der Schuhindustrie in den USA zwischen 7 und 8 $, in Südkorea etwas über 2 $, in Indonesien zwischen 16 und 20 Cents und in China zwischen 10 und 14 Cents. In ein Paar NIKE Pegasus für 70 $ stecken nur 1.66 $ Arbeitskosten. Demgegenüber werden von NIKE jährlich ca. 300 Mio. Dollar für Werbung ausgegeben (z.B. 20 Mio. $ für Michael Jordan und 10 Mio. für André Agassi).

Streiks mit Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen (z.B. letzten Juni in Jakarta) setzen NIKE jedoch erneut unter Druck und wiederum wandert das Unternehmen in ein anderes asiatisches Land ab. Der neue Ort der Begierde ist Vietnam. Ende 1995 wurden in Ho-chi-Minh-Stadt fünf NIKE-Fabriken eröffnet, wiederum im Besitz koreanischer und taiwanesischer Subunternehmer. In diesem Jahr werden bereits 2% der NIKE-Weltproduktion in Vietnam hergestellt. Die Mindestlöhne liegen für ungelernte Arbeiter bei 30-35$ im Monat. Auch hier fanden jedoch Streiks statt und die Forderungen nach Lohnerhöhungen nehmen zu. NIKE wird wohl bald wieder nach einem neuen Standort für die Billigproduktion Ausschau halten. Auf welches Land wird die Wahl fallen? Birma, Nordkorea, oder Bhutan....

► *Wildcat Mannheim-Ludwigshafen. Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel:0621/657746*

Peripherie 63

► Die *Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* befaßt sich in ihrer jüngsten Ausgabe mit dem Thema Welternährung. Die Beiträge des Heftes versuchen die nicht zuletzt anläßlich des Welternährungsgipfels vom November dieses Jahres aufgekommene Diskussion um Ernährungssicherheit und die damit verknüpften Problemfelder zu entwirren. Dies geschieht, wie im Editorial zu lesen ist, »einerseits auf der Ebene einer eher theoretisch orientierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Diskursen, andererseits durch die Analyse der Determinanten von Ernährungssicherheit in Afrika, durch die Analyse des lokalen Innovationspotentials beim Maniok-Anbau in Westafrika und schließlich im Rahmen der Frage nach den Perspektiven einer »zweiten Grünen Revolution« auf der Basis der jüngeren biotechnologischen Entwicklungen.«

► *Einzelheft 13 DM. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin*

ila 199

► Fairer Handel? Diese Frage stellt sich die *Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* in ihrer Oktoberausgabe. Der Themenschwerpunkt gibt einen Überblick über den Dritte-Welt-Handel, untersucht die politische Ökonomie des »fairen« Handels am Beispiel von Preisbildungsmechanismen und Gewinnspannen im »fairen« Kaffeehandel, polemisiert zu ideologischen Versatzstücken des »fairen« Handels und untersucht die Unterschiede zwischen dem TransFair-Ansatz und der Clean-Clothes-Kampagne. Die weiteren Beiträge im Heft berichten u. a. über das Drogennetz Kolumbien, Nicaragua und USA, über die Guerillagruppe EPR in Mexico, den Friedensprozeß in Guatemala, Jugendliche in Ecuador, ein studentisches Radioprojekt in Uruguay und Chiles sozialökonomische Lage. Daneben wie immer die Auswahl aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen (Poonal) und die Notizen aus der Solidaritätsbewegung.

► *Einzelpreis 8 DM. Bezug: Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn*

epd-Entwicklungspolitik 21

► Das Nadelöhr, durch das die Dritte Welt in westliche Medien gelangt – die Auslandkorrespondenten und ihre »Stringers« – ist Schwerpunktthema der (zweiten) Oktoberausgabe der *epd-Entwicklungspolitik*. Problematisiert wird das Verhältnis von »unserem Mann vor Ort« und den in der Regel unsichtbar und unerwähnt bleibenden lokalen »Stringers«, deren Hauptaufgabe es ist, den internationalen Medien Informationen zu beschaffen. Neben analytischen Beiträgen, die den Korrespondenten-Mythos hinterfragen, berichtet ein Stringer von den Philippinen über seine Arbeit. Im Dokumentationsteil ist u.a. der Forderungskatalog von Media Watch und des Dritte-Welt-JournalistInnen-Netzes zu einer besseren Zusammenarbeit von Auslandskorrespondentlnnen und Stringers abgedruckt.

► *Einzelpreis 6 DM. Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Postfach 500550, 60394 Frankfurt*

Lateinamerika Nachrichten 269

► Die November-Ausgabe der LN widmet sich schwerpunktmäßig lateinamerikanischer Literatur. Etablierte Schriftsteller wie etwa Borges, Vargas Llosa oder Fuentes werden neuen, bisher unbekannten Autoren und Autorinnen gegenübergestellt. Abgerundet wird der Themenschwerpunkt mit einer Rezension des Buches »Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren. Ernesto Che Guevara und die afrikanische Guerilla« nebst einem Interview mit Paco Ignacio Taibo II, einem der Autoren. Weitere Themen sind u.a. die Großoffensive der Guerilla in Kolumbien, der Indígena-Kongreß der Zapatisten in Mexico, der Regenwald Brasiliens und Kohls Lateinamerika-Reise.

► *Einzelpreis 7 DM. Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin*

Briefe an die Redaktion

Betr.:«Der Häuptling der Gelbmützen« von Jutta Ditfurth, iz3w Nr. 215

► Jutta Ditfurths Beitrag zur aktuellen Situation Tibets überrascht mich in mancher Hinsicht. Vor allem aber, das muß deutlich gesagt werden, enthält er haarsträubenden Unsinn. [...]

Es fragt sich, ob Ditfurth ahnungslos chinesischer Propaganda aufgesessen ist, oder ob sie bewußt, Kohl und Kinkel ganz rechts (oder ganz links) überholend, in den Fußspuren von Franz-Josef Strauß wandeln und Handlangerin eines Systems sein will, das ungestraft Völkermord großen Stils betreibt.

Daß die Tibeter getötet, gefoltert, in religiöser, kultureller und wirschaftlicher Hinsicht unterdrückt werden, ist eine Auswirkung der völkerrechtswidrigen Besetzung des Landes durch Rotchina. Der Bundestag hat die Bundesregierung im Juni 1996 aufgefordert, die Menschenrechtsverletzungen in Tibet stärker anzuprangern. Kinkel hat, ohne sich um diesen Beschluß noch weiter zu kümmern, seinem chinesischen Kollegen versprochen, sich künftig nicht mehr einzumischen. Seine Sprüche darüber, daß nicht gut schlafen dürfe, wer die Menschenrechte mit Füßen tritt, sollten wohl nur die UN-Generalversammlung beeindrukken. Heiner Geißler hat diese Art der Leisetreterei zu Recht kritisiert. Die Chinesen haben immer schon versucht, die tibetische Kultur, »eine der Hochkulturen der Welt« (Geißler) als rückständig zu verunglimpfen. Den Dalai Lama stellen sie als machtbesessenen Vertreter eines religiösen Irrglaubens dar.

Tatsächlich ist der tibetische Buddhismus die eigenständige Entwicklung einer anerkannten Weltreligion, die den Geist der Nächstenliebe und das Bodhidattva-Ideal (d.h. den unermüdlichen Einsatz für das spirituelle Wohl und die Erlösung aller Wesen), eine nachahmenswerte Ethik und die Gewaltlosigkeit lehrt. Die Religiosität des Fernen Ostens [...] verlangt keine menschenunwürdigen Rituale, beutet die Gläubigen nicht aus und grenzt sich gegenüber esoterischen Lehren und reinem Aberglauben deutlich ab.

Der Dalai Lama ist ein bescheidener Mönch und Oberhaupt der Gelupga (»Häuptling der Gelbmützen« ist außerordentlich respektlos). Auf weltliche Macht hat er längst verzichtet. Er wird in aller Welt als Vertreter eines altruistischen Humanismus geschätzt und verehrt. [...] Er ist, völlig zu Recht, 1989 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. [...]

Es ist unmöglich, auf alle Einzelheiten des Pamphlets einzugehen. Als Buddhist, Jurist und Freund des tibetischen Volkes weise ich die unqualifizierten Äußerungen Ditfurths zurück.

Goswin Baumhögger

Betr.: Gestaltung und Lesbarkeit der iz3w

► Herzlichen Glückwunsch zum Heft 216! Weil es aber ein Kampf war, es zu lesen und sich der Eindruck aufdrängt, Ihr habt einen Geheimvertrag mit der Fielmann-Zunft abgeschlossen, möchte ich einige optische Kommentare abgeben:

Die Schrift ist mindestens einen Punkt zu klein. Sie ist kleiner als bei einer normalen Tageszeitung. [...] Soll das etwa so bleiben? Die fotografische Gestaltung finde ich spitzenmäßig!

Ingo Melchers

Bücher

▶ Christian P. Scherrer: **Ethno-Nationalismus im Weltsystem** – Prävention, Konfliktbearbeitung und die Rolle der Internationalen Gemeinschaft. agenda global, Münster 1996, 332 S., 38 DM.

▶ Susanne Heim, Ulrike Schaz: **Berechnung und Beschwörung** – Überbevölkerung – Kritik einer Debatte. Schwarze Risse / Rote Strasse, Berlin 1996, 248 S., 29.80 DM.

▶ Felicia Langer: **Laßt uns wie Menschen leben** – Schein und Wirklichkeit in Palästina. Lamuv, Göttingen 1996, 207 S., 32 DM.

▶ Inge Manser: **Rwanda – Suche nach Versöhnung.** Selbstverlag, 1996, 127 S., 12 DM. Bezug: Andreas Wenzel, Rennweg 51, 79106 Freiburg, Tel.: 0761-50 88 75 oder Inge Manser, Hinterdorf 9, CH-5618 Bettwil.

▶ Winfried Wolf: **Haiti – Arroganz im Armenhaus.** Bonner Diplomatie, Rassismus und Armutsentwicklung. ISP, Köln 1996, 167 S.

▶ Delia Zamudio: **Frauenhaut – eine Autobiographie.** Eine schwarze Feministin und Gewerkschafterin aus Peru. ISP/Atlantik, Köln 1996, 144 S.

▶ Die Literaturseiten entstanden in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Köln.

▶ Die Rubrik Soziokultur wird vom Fonds Soziokultur e.V. gefördert.

Tagungen

▶ Vom 10.-12.1.97 laden die AG der Eine-Welt Gruppen im Bistum Münster und die ev. Kirche von Westfalen in Kooperation mit der Akademie Franz-Hitze-Haus zu einer **Regionalkonferenz 2005: 10 Jahre Studie: Zukunftsfähiges Deutschland** ein. Eine fiktive Rückschau aus dem Jahre 2005 soll die Ergebnisse der Regionalkonferenzen der letzten 25 Jahre reflektieren. Anmeldung: *Akademie Franz-Hitze-Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster, Tel.: 0251/9818415, Fax: -480.*

▶ Die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (Blue 21) veranstaltet bereits seit einiger Zeit jeden ersten Dienstag im Monat von 19.30 Uhr – 21.30 Uhr die Vortragsreihe »Nachhaltiger Weltmarkttango«. Am 7.1.97 referiert Helmut Hagemann von Urgewald aus Bonn über das Thema: **Der Regenwald in Amazonien – Spielwiese für bi- und multilaterale EZ?** und am 4.2.97 Maike Rademaker, ebenfalls von Urgewald, über **Die Globalisierung der Finanzmärkte. Die 'Tobin-Steuer' – Instrument zur Regulierung?** Ort: *Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughofstr. 20, 10997 Berlin.*

▶ Am 14. und 15.2.97 findet jeweils von 10-18 Uhr im Geo-Zentrum der Universität Trier ein Seminar zum Thema **Naturkatastrophen in Südostasien: Ursachen, kulturelles Verständnis und Krisenmanagement** statt. Nähere Infos: *Projekt Ost/Südostasien im IfSF e.V., Postfach 4324, D- 54233 Trier, Fax: 0651/73103, e-mail: seaifsf@uni-trier.de*

▶ Stube (Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg) veranstaltet im Rahmen einer Winterakademie vom 27.12.96 bis 2.1.97 ein Seminar zum Thema **»Entwicklungspolitik aus der Sicht des Südens«.** Nähere Informationen direkt bei Stube, Kniebisstraße 29, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711/9236620.

Vorschau: iz3w Nr. 219
Schwerpunkt: »Feminismus – Kritik und Konzepte«

▶ Wo befindet sich zur Zeit der Feminismus praktisch und theoretisch? Die weiße westliche Theoriebildung wird zentral von der Debatte um die Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit bestimmt. Dabei stellt sich die Frage, ob damit neue politische Handlungsspielräume eröffnet oder Herrschaftsverhältnisse nur sprachlich neutralisiert werden. Zu diskutieren ist auch, inwieweit dieser Ansatz für Feministinnen in anderen, nicht-westlichen Ländern ebenso relevant ist. Ein Blick in feministische Konzepte aus Nord und Süd soll darüber Aufschluß geben.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Redaktion:
▶ Monika Bierwirth, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Babette Moser, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Ute Sikora, Christian Stock, Jörg Später, Beate Susset, Sigrid Weber, Udo Wolter, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 07641/43071

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ im Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Abo im Ausland: Europa plus DM 10,– und andere Länder plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4,
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 1249606 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaber Stadtsparkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 219:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 15.1.1997

▶ Dieser Ausgabe liegt eine Beilage von PRO ASYL und der **iz3w** bei.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733